

Zuwanderungsrecht
Moscheebau
Einbürgerung
Minarette
Integrationskurse
Parallelgesellschaft

2007

Pisa-S...
Bunde...
Integration...
Konvertite
Kopftuch
Ehegattennachzug
Koran-Urteil
Marco W.

VORWORT

Wie es so üblich ist, gen Ende eines jeden Jahres, habe ich mich dazu entschlossen, ein Rückblick auf das Jahr 2007 zu wagen. Es gab viele Themen, die Gegenstand interessanter Diskussionen waren und auch viele, die uns einfach nur geärgert haben. Das Koran-Urteil, Zwangsehen, Ehrenmorde, Ehegattennachzug, die Verschärfungen des Aufenthaltsgesetzes, Kopftuch, Mügeln, Moscheebau oder auch Marco W. waren nur einige der vielen Stichwörter, die nicht selten die Titelblätter vieler Zeitungen geziert haben.

Zu den meisten dieser Themen bin ich im JurBlog.de eingegangen und versucht, die Lage aus einer anderen Perspektive darzustellen.

Diese und andere Artikel aus 2007 habe ich in einem E-Book, dem [JURBLOG.DE JOURNAL](#), zusammengefasst. Besonders lesenswerte Artikel sind darin in Volltext zu lesen. Die übrigen in typischer Blogmanier in chronologischer Reihenfolge.

JurBlog.de hat im Jahr 2007 eine rasante Entwicklung durchgemacht. Viele kleinere Erweiterungen wurden hinzugefügt, an der Optik wurde gearbeitet und selbstverständlich auch am Background gefeilt, damit Besucher JurBlog.de einfach-er finden. Das Ergebnis spricht für sich. In den letzten Monaten hat sich die Besucherzahl verdreifacht, was sich auch an der Anzahl der Leserkommentare bemerkbar gemacht hat.

An dieser Stelle möchte ich daher die Gelegenheit nutzen, mich bei allen Lesern und Diskussionspartnern zu bedanken.

Ich wünsche Ihnen nun viel Spaß bei der Lektüre des

[JURBLOG.DE JOURNAL'S](#), frohe Weihnachten, einen gesegneten Opferfest, und einen guten Rutsch ins neue Jahr!

Ekrem Senol, Köln 16.12.2007

Top Artikel aus 2007:

- DER NACHWEIS VON SPRACHKENNTNISSEN BEI EHEGATTENNACHZUG
- DOPPELTE STAATSBÜRGERSCHAFT DER TÜRKISCH-STÄMMIGEN BEVÖLKERUNG IN DEUTSCHLAND
- DER FALL MARCO W.: DEUTSCHE SELBSTVERSTÄNDLICHKEITEN
- MÜGELN: 50 TÜRKEN JAGEN ACHT DEUTSCHE DURCH INNENSTADT
- ELTERNVERTRAG
- VERHALTENSLEITFADEN BEI ONLINE-DURCHSUCHUNGEN

INHALT

Vorwort	3	■ VGH Bayern: Kein Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit durch Wiedererwerb der türkischen Staatsangehörigkeit bei Minderjährigen	16
Inhalt	4	Umfrage: Halten Sie die U-Haft von Marco W. in der Türkei für gerechtfertigt?	18
Liebe Leserinnen, liebe Leser	9	Nov 2007	19
Über JurBlog.de Journal	10	Über den Papst lässt sich nicht sicher reden	19
Tags aus JurBlog.de	11	Wer Ausländer nach Deutschland einlädt, wird überwacht	19
Dez 2007	12	Neu: Downloads bei JurBlog	19
Inter Mailand im Kreuzritter-Trikot gegen Fenerbahce Istanbul	12	Newsletter.....	20
§ 21 Abs. 1 AufenthG ist auf türkische Staatsbürger nicht anwendbar	12	Deutschland führt DNA-Tests bei Einwanderern bereits durch	20
Hessischer Staatsgerichtshof lehnt Klage gegen Kopftuchverbot ab	13	■ Der Fall Marco W.: Die langsamen Mühlen der türkischen Justiz und die Statistik über U-Haft in Deutschland wegen sexueller Missbrauch von Kindern (§ 176 StGB).....	20
Wovon die CDU träumt und wonach sie lechzt ...	13	Ex-EKD-Ratsvorsitzender Kock kritisiert Nachfolger Huber	22
Umfrage: Halten Sie die neuen Sprachvoraussetzungen für den Ehegattennachzug vor der Einreise für gerechtfertigt?	13	Formale Treue zur Verfassung reicht nicht – Man muss sie auch leben dürfen	22
■ Goethe Institut: Politiker spielen Anforderungen bewusst herunter - 300 Wörter sind nicht ausreichend für den Sprachtest beim Ehegattennachzug	13	Wohnungsgesellschaft vermietet Wohnblocks ethnisch getrennt in Zeiten des nationalen Integrationsplans	24
PISA-Studie: Schlechte Chancen für Migrantenkinder	15	Unwort des Jahres 2007 gesucht	25
EKiR: Wer hat den höchsten Turm?	15	Speicherung von IP-Adressen: Einfach nur dreist, die Bundesregierung	25
Vorläufige Anwendungshinweise des BMI zum Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG) - Stand 19.10.2007	15	■ Bischof Huber spricht von Dialog mit Muslimen, meint aber etwas anderes	25
Der unaufhaltsame Aufstieg des Kopftuchs oder doch nicht?	15		

Anwendungshinweise des Innenministeriums zum ZuwG vom 19.08.2007.....	27	BVerfG: Ob wir das gleiche Gesetz vorliegen haben?	32	Höhere Rundfunkgebühren durch die Fernseh- Steuer?	37
Der deutsche TV-Alltag: Normal ist das nicht.....	28	BMFSFJ-Studie über Zwangsverheiratungen: Keine Zahlen, keine Fakten und nichts Neues	32	Aus "Tod eines Kritikers" von Martin Walser.....	38
Benehmt euch. Ihr seid hier nicht zu Hause.....	28	■ Auf den Standpunkt kommt es an: Terrorist oder Rebell?	32	Bayern fordert umgehend Sanktionen bei Gotteslästerung.....	38
Okt 2007	29	CDU: Tag der offenen Moschee soll nicht am 3. Oktober stattfinden	33	Aufenthaltstitel nach ARB 1/80 für türkische Bildungsausländer	38
Wie leicht aus einem Flitterwochenpaar Terroristen werden.....	29	Eine tieftraurige Mail einer Leserin	33	■ Wie der Bundesrat das Schächten von Tieren erschweren will	38
Studie: Verbraucherschutz in der Einwanderungs- gesellschaft.....	29	3. Oktober 2007 ist der "Tag der offenen Moschee"	34	Titelseite einer kleinen türkischen Tageszeitung - Merkel als "zweiter Hitler"	40
Verfassungsschutz NRW: Mit Comics gegen die Terroristen.....	29	Geheimer Erlass des IM NRW: Sicherheitsüberprüfung von Staatsangehörigen aus bestimmten Herkunftsländern.....	34	Länder-Kultusbehörden: Nichtteilnahme am Schwimmunterricht aus religiösen Gründen sind Einzelfälle	40
Infobrief von der Schule: Bitte schicken Sie Ihre Töchter nicht mit Kopftüchern in die Schule.....	30	Sep 2007.....	35	Aug 2007	41
Integrationskurse für Deutsche	30	OECD-Studie: Bildungsbenachteiligung bei Migranten	35	Gastbeitrag: Von Mügeln nach Guntersblum	41
Klage vor dem Bundesverfassungsgericht gegen Deutsch-Nachweis bei Ehegattennachzug angekündigt.....	30	■ Kleine Moscheen, große Kathedralen und die gemeinsame Leitkultur des Herrn Stoiber und der Frau Pauli	35	Attacken auf Ausländer sind Alltag - überall.....	41
Studie widerlegt Negativ-Klischees über die Einwanderer	30	EuGH: Türkische Touristen dürfen ohne Visum einreisen!	36	Gastbeitrag: Offener Brief an Herrn Giordano - Nicht der Islam, die radikalen auf beiden Seiten sind das Problem.....	42
Einwandererkinder sollen bessere Bildungschancen bekommen	31	DNA-Tests bei Familien-zusammenführung	37	BILDblog`s Werbespot.....	42
Kopftuchverbot in Ausweispapieren	31	Rassistische Einbürgerungspraxis der "Schweizermacher"	37	Ein GEZahltes Telefonat mit logischem Tiefgang .	42
JurBlog.de ist zwei Jahre alt!	31	Justizministerin Brigitte Zypries: Zehn Jahre Haft für Terror-Lehrlinge	37	■ Mügeln: 50 Türken jagen acht deutsche durch Innenstadt	42
Groß: Das deutsche Integrationskonzept - vom Fördern zum Fordern?.....	31	Das Bremische Verständnis von Parallelgesellschaften	37	■ Mügeln's Bürgermeister: Kein rechtsextremer Hintergrund, lediglich ausländerfeindliche Parolen	44
Vorsicht bei Immobilienverkauf: "Sind Sie Terrorist?"	32			Köhler unterzeichnet geändertes Zuwanderungsgesetz	46
Gastbeitrag: Wohin mit der Moschee?	32				

Widerstände gegen die Folter	46
50 Deutsche jagen acht Inder durch Innenstadt .	46
Mehr Migranten in Polizeiuniform oder weniger Diskriminierung im Schulsystem?.....	47
Moscheebau in Köln Ehrenfeld und CDU's Phobien.....	47
Ein Dialog in der Ausländerbehörde über Behördenhierarchie, Geld und Befristung von Aufenthaltstiteln.....	47
Die Anwendung der Folter im deutschen Strafprozessrecht.....	47
Kein Asyl bei der CSU für Django	47
Ein kurzer Dialog aus einem verqualmten Zimmer eines Ausländeramtes	48
Rechtsfreier Raum Ausländeramt	48
BVerfG: Die Allgemeinheit hat ein berechtigtes Interesse daran, der Entstehung von religiös oder weltanschaulich motivierten "Parallelgesellschaften" entgegenzuwirken und Minderheiten auf diesem Gebiet zu integrieren .	48
Die Bundesregierung über die Rücknahme der Vorbehalte zur UN-Kinderrechtskonvention	48
Bündiskünzlürümt	49
Express passt sich Türken an und baut bewusst Rechtschreibfehler ein.....	49
27. Internationale Nasreddin Hoca Karikaturen Wettbewerb entschieden.....	49
Der Kampf gegen die Folter.....	49
Kurt Beck fordert Kommunalwahlrecht auch für Nicht-EU-Ausländer	49

Radikale Christen stören Veranstaltungen zum Islam.....	50
Jul 2007	51
Neue Plugins, Umgestaltung und Umstrukturierung	51
Erdogan: Wir werden entschlossen an der Verwirklichung des Zieles EU weiterarbeiten	51
Steigende Einbürgerungszahlen oder nur Einbürgerungskonserve	51
■ Studie: Aufstieg von Türken unerwünscht.....	52
■ Migranten im Geiste des freiheitlich demokratischen Rechtsstaats.....	52
Monitor Sendung zu den Fällen Marco und Mehmet: Zweierlei Maß	54
Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages: Weblogs in der Politik	54
Integrationsgipfel ohne Migranten!	54
Integrationsgipfel ohne Migranten?	54
LG Köln: Kölner Kardinal ist kein Hassprediger	55
Ausländerfeindliche und rechtsextremistische Ausschreitungen im März 2007 in Verbindung mit der heimlichen online Durchsuchung	55
Jun 2007	56
■ Wieso setzt sich niemand für Mehmet ein? Deutscher, Urlauber, im Gefängnis, seit 2002, in der Türkei.....	56
JurBlog ist der Beste JuraBlog.....	56
Wir feiern den 1000. Kommentar.....	57

Über die gelöschten geheimen Daten der Bundeswehr	57
Nachruf: Erst am Bosphorus wurde Jupp Derwall ein Held	57
Der Fall Marco W.: Eine Kehrtwende in der Berichterstattung?	57
Der Fall Marco W.: Was denn nun?	57
■ Der Fall Marco W.: Deutsche Selbstverständlichkeiten	58
CDU gegen eine Gleichstellung des Islam mit dem Christentum	59
Eine unendliche Geschichte? Die Diskussion um den Religionsunterricht in NRW.....	60
Die Neuregelungen des Ausländerrechts.....	60
Gute Fragen und dreiste Antworten zu Zwangsehen	60
Als Jäger getarnte Sammler - Fingerabdrücke von Ausländern	62
Mai 2007	63
JurBlog macht Urlaub.....	63
Gerichtsvollzieher für das Bundesverfassungsgericht gesucht.....	63
Döner ja, Moschee nein!.....	63
■ Integrationsministerin Maria Böhmer über die freie Grundschulauswahl und die Integration ausländischer Kinder	64
■ Integrationsministerin Böhmers Argumente gegen getrennten Schwimmunterricht.....	65

Schäubles Relativierung des Koordinationsrates der Muslime (KRM).....	69	Bundesregierung zu den Doppelstaatlern	73	■ Kritiker, Gewinner und Verlierer des Koran-Urteils.....	78
Apr 2007	70	Trotz rückläufiger Einbürgerungszahlen weitere Verschärfungen des Staatsangehörigkeitsgesetzes	73	Gastbeitrag: Offener Brief an Sibel Kekilli.....	80
Das deutsche Integrationsmodell.....	70	Migrantenverbände werten Verschärfung des Zuwanderungsgesetzes als „einen Rückschritt“ ..	73	CDU will vor Einbürgerung Eid verlangen	80
Hab ihn erwischt, den Bundestrojaner!.....	70	Migranten in Deutschland. Statistiken - Fakten - Diskurse	74	Feb 2007.....	82
Anfrage für den Integrations- und Migrationsausschuss: Nazi-Schmierereien auf Moschee-Hauswand	70	Der gläserne Bürger in einem Sturm im Wasserglas	74	Der Fall Görgülü und die Kapitulation des Familienrechtssystems.....	82
Nachrichtendienste führen Online-Durchsuchungen längst durch	70	■ Konkrete Forderungen, vage Förderungen.....	74	Wenn das Schulamt Jura spielt	82
Videoüberwachung und Peilsender gegen Scheinehen	70	Mrz 2007	75	Heimliche Vaterschaftstests kein Beweismittel – Gesetzgeber muss Verfahren zur Feststellung der Vaterschaft bereitstellen.....	82
Preis für gute Gesetzgebung	71	CDU-Ortsverband unterstützt rechtsextreme Organisation im Streit um Moschee-Bau.....	75	“Gedanken zum Islam” vom Macher des hessischen Gesinnungstests.....	82
■ Bundesregierung will Zuwanderer zu Integrationskursen verpflichten	71	Gleichheitsgrundsatz delight	75	Das Wort zum Freitag	83
Stand der rechtlichen Gleichstellung des Islam in Deutschland.....	71	Asül-Antrag aus Ingolstadt.....	75	Türken am Wohnungsmarkt stark diskriminiert! .	83
Spiel und Spaß bei “23 Nisan”	71	■ Der Nachweis von Sprachkenntnissen bei Ehegattennachzug	76	■ Verhaltensleitfaden bei Online-Durchsuchungen	83
Muslime in Deutschland verurteilen die abscheulichen Morde in der Türkei.....	72	Schily entlastet Genosse Steinmeier.....	77	Ausdrückliche Einwilligung zur Verarbeitung personenbezogener Daten zur rassischen und ethnischen Herkunft	86
Die Millionen Dollar Klage Chance?!	72	Türkische Frauen mit Kopftücher sind hoch im Kurs	77	Türken belauscht.....	86
Moschee mit Hakenkreuzen beschmiert.....	72	Nicht “langjährig geduldete” sondern “langfristig nicht abschiebbare”	78	Gewerkschaft der Polizei: Islam-Konvertiten extremer	86
Einführung des Ethikunterrichts in Berlin als Pflichtfach verfassungsgemäß.....	72	Merkel, Chirac, ein Bierkrug, Napoleon und die Osmanen.....	78	Schäuble: Islam Konvertiten haben etwas bedrohliches.....	86
CDU-Hessen gegen kommunales Wahlrecht für Migranten.....	72	Kleine Anfrage an die Bundesregierung: Islambild deutscher Medien.....	78	Nicht erlaubt? Kein Problem!.....	87
UN verabschiedet Resolution gegen Diffamierung von Religionen	73	Gastbeitrag: Die „böse“ Richterin.....	78	Schäuble:“Suchen Sie sich Ehepartner in Deutschland”.....	87
Achtung vor der Schafswürde	73			ARD- und ZDF-Programm “stärkt Islam-Angst”	87

Ein Muslim auf dem Mond?	87	Forderungen nach Verschärfung der Einbürgerungsverfahren	92	TV-Tipp: Deutschland für Anfänger - Die Welt- Klasse	97
■ § 301 türk. StGB vs. § 90a StGB	87	Die Ermordung von Hrant Dink und § 301 des türkischen Strafgesetzbuches	93	SG Berlin: Nichteheleicher Lebenspartner haftet entgegen Hartz-Gesetzen nicht für fremdes Kind	97
Jan 2007.....	90	Egal wer kommt, er wird ein großes "C" vor dem "su" tragen.....	93	Weihnachtsbaum und Opferlamm.....	97
US-Gericht verurteilt Studenten wegen "totaler Blödheit"	90	E-Mail-Abonnement für Kommentare.....	93	Quote für ausländische Lehrer.....	97
Türkisches Windows XP Hintergrundbild	90	Ausländische Kinder in NRW häufig von Armut bedroht	93	Rechtsextreme Straftaten auf Höchststand.....	97
Heribert Prantl in der SZ über deutsche Ausländerpolitik.....	90	Widersprüchliche Verwendungshinweise der online Rechtsprechungsdatenbank BW.....	93	TV-Tipp: Welt der Wunder - Geheimwissen des Islam.....	97
Hassprediger war V-Mann.....	90	VGH Hessen: Rücknahme von Einbürgerungen nicht rechtmäßig.....	93	WDR Reality-Serie: Aus Fussbroichs wird Özdags	97
Kämpft selbst für eure Integration! Es geht!	91	JurBlog.de in Hürriyet	94	BayVGH: Schächterlaubnis für muslimischen Metzger	98
Deuschtürken, kämpft selbst für eure Integration!.....	91	Islam begreift Zwangsverheiratung als schwere Form der Menschenrechtsverletzung.....	94	Die Verwehrlosung der Rechtsstaatlichkeit	98
BGH: Stärkung der Anlegerrechte - Schadenersatzansprüche aus Überleitungsfällen sind nicht verjährt.....	91	■ Zwangsehen auch in der deutschen Gesellschaft.....	94	Impressum	99
Drucker-Hersteller müssen keine Urheberrechtsgebühr an die Verwertungsgesellschaft Wort zahlen.....	91	Ausländer mit offiziell wirkenden Ausreiseaufforderungen getäuscht	95		
Niederländischer Außenminister: Mangelndes "Toleranz-Gen" bei Muslimen	91	Verfassungsbeschwerde gegen Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit nach § 25 StAG ohne Erfolg.....	95		
Berlin debattiert über Gewaltexzesse von türkischen und arabischen Jugendlichen	91	■ Das Bundesverfassungs-gericht zitiert JurBlog	96		
Unwort des Jahres 2006: "Freiwillige Ausreise" ..	92	Widerrufsbelehrung bei Haustürgeschäften ist ohne Hinweis über die Zurückgewährungspflicht unwirksam	96		
Elternvertrag.....	92	Deutscher Blogger von chinesischen Produzenten verklagt	96		
Bundesregierung verhinderte Rückkehr von Murat Kurnaz.....	92				
Nach Mord an Dink Zweifel an EU-Reife der Türkei.....	92				

LIEBE

LESERINNEN,
LIEBE LESER

Seit über zwei Jahren gibt es nun den JurBlog.de. Darin nehme ich überwiegend zu juristisch-politischen Themen Stellung, die meist in Zusammenhang mit Ausländern stehen, jedoch jeden interessieren oder zumindest interessieren sollten. Dabei orientiere ich mich sehr stark an tagesaktuellen Themen, ohne jedoch den Anspruch zu erheben, stets aktuell und vollständig zu sein.

Vielmehr ist es mein Anliegen, in einer kritischen Nachbetrachtung aus der Sicht eines Ausländers der dritten Generation zu berichten. Dritte Generation, weil ich als Enkelkind eines Gastarbeiters aus der Türkei in Deutschland geboren und aufgewachsen bin. Obwohl ich seit vielen Jahren bereits deutscher Staatsbürger bin, ist es mir bis heute nicht gelungen, mich selbst als solcher zu sehen. Die Gründe sind vielfältig.

Zum einen sind es gut gemeinte und neugierige Fragen über die Herkunft oder ob man zwangsverheiratet sei, deutsch spreche oder einfach auch die traurige Wahrheit, dass die deutsche Staatsbürgerschaft nur so lange besteht, wie es unseren Politikerin gerade passt. Die

Problematik der doppelten Staatsbürgerschaft der türkischstämmigen Bevölkerung hat es offen gezeigt. Mit der Streichung nur eines Satzes aus dem Staatsangehörigkeitsgesetz verloren über Nacht ca. 50.000 türkischstämmige „Bürger“ die deutsche Staatsbürgerschaft. Dass ich meine nicht verloren habe, ist, wie bei vielen auch, reiner Zufall, was den schmalen Grat zwischen deutsch und nicht deutsch in Deutschland verdeutlicht.

Obwohl 15 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund, sieben Millionen Ausländer und über drei Millionen Türken in Deutschland überwiegend friedlich und erfolgreich zusammen leben, geht die Berichterstattung in den Massenmedien meist in eine andere Richtung. Über Ausländer wird allenfalls in Zusammenhang mit Negativen Themen berichtet. Der „islamische“ Terrorismus, sprachliche Mängel, Parallelgesellschaft Integrationsunwilligkeit, oder Kriminalität sind Schlagwörter, dem die Mehrheitsgesellschaft alltäglich ausgesetzt und entsprechend beeinflusst wird. In JurBlog.de werden die Dinge zur Abwechslung aus der Perspektive eines türkischstämmigen „Deutschen“ dargestellt.

*„Der schmale Grat
zwischen deutsch
und nicht-deutsch“*

ÜBER

JURBLOG.DE JOURNAL

Wie Sie sehen, ist JurBlog.de Journal im Querformat, damit es bequem am Bildschirm gelesen werden kann. So haben Sie jede Seite stets vollständig im Blick, ohne umständlich scrollen zu müssen, wie es in den meisten E-Books der Fall ist.

Sämtliche Artikel in diesem Journal sind mit dem Original auf www.jurblog.de verlinkt. Mit einem Klick auf die Überschrift gelangen Sie zum jeweiligen Artikel in Volltext mit den Leserkommentaren. Diese zu lesen, musste ich mir oft anhören, mache mehr Spaß, als die Lektüre des eigentlichen Artikels. Das mag wohl daran liegen, dass Diskussionen auf JurBlog.de meist kontrovers aber sachlich geführt werden. Viele witzige Bemerkungen, Seitenhiebe und auch mal Ausrutscher, die quasi die Suppe im Geschmack abstimmen, ohne es zu versalzen, gehören selbstverständlich dazu.

In jedem Monat sind ein bis drei Artikel, die ich besonders lesenswert finde, bereits im Volltext in diesem Journal zu lesen. Die Überschriften dieser Artikel sind schattiert dargestellt und im Inhaltsverzeichnis mit einer kleinen Grafik „■“ hervorgehoben.

Da dies die erste Ausgabe des JurBlog.de Journals ist, wird Ihnen sicherlich das eine oder andere mehr oder weniger gefallen. Bei Nichtgefallen gibt es kein Geld zurück, da es sowieso umsonst ist. Auf jeden Fall gibt es aber eine Antwort von mir, wenn Sie mir Ihre Meinung zukommen lassen (senol@jurblog.de) oder ein Kommentar im JurBlog.de hinterlassen.

Jedenfalls aber bitte ich um Weiterleitung dieses E-Books an Bekannte, Freunde und Kollegen. Vielen Dank!

Die Anordnung der Artikel in diesem Journal erfolgt, wie in einem Blog üblich, von neu zu alt. Daher ist es, möchte man das Jahr 2007 chronologisch Revue passieren lassen, vielleicht sinnvoll von unten nach oben zu lesen. Für diese Anordnung habe ich mich entschieden, um den Flair eines Blogs beizubehalten.

Die grau/kursiven Textpassagen stellen Zitate oder Inhalte externer Quellen wieder, die im JurBlog ebenfalls grau dargestellt sind.

TAGS

AUS JURBLOG.DE

OIC Meinungsfreiheit Moscheebau Terrorismus Christen Steuern StAG Türkei
Niederlassungserlaubnis Straftat Wahlen Sozialhilfe Kopftuch Gesetzesänderung
Verfassungsschutzbericht **Ausländer** Migration Arbeitnehmer Hessen Sportunterricht
Integrationskurse Verfassungsrecht Polizei Bundesregierung Bremen
Fremdenfeindlichkeit Islam Gleichbehandlungsgrundsatz Zwangsehe Statistik
Innenministerium Menschen-rechte Musik Migrantenverbände Ditib Literatur Familie
Parallelgesellschaft StGB **Integration** Studien Integrationsministerium Politik
Geheimdienst Strafrecht Bayern Humor Politiker Scheinehe Familienrecht Post-und-
Fernmeldegeheimnis UN Geschichte Ausländeramt online-Durchsuchungen Bildung
Ehrenmorde Kommunalwahlrecht CDU ARB-1/80 Aufenthaltsgenehmigung **AufenthG**
Sprache Ausweisung Religionsfreiheit Medien **Migranten** Nordrhein-Westfalen Papst
Gewalt Integrationsgipfel Koran Wehrdienst Moscheekontrollen GEZ EU
Arbeitslosigkeit **Deutschland** Rechtsstaat Gesellschaft Arbeitsrecht Demokratie
Aufenthaltserlaubnis Verfassungsschutz Türken KRM Schule BGB Bekleidung Studenten
Niedersachsen Kinder Allerlei CSU Deutsch Folter EKD Mehrstaatigkeit SPD Assimilation
Ausbürgerung EuGH Vorurteile Diskriminierung Download Extremismus Pressefreiheit
Wirtschaft Mecklenburg-Vorpommern TV Terror Migrantenpolitik Konsulat Visa
Kriminalität Islamkonferenz Staatsbürgerschaft Sicherheitspolitik Religion mediale
Segregation Aufenthaltstitel Landesverfassung Einbürgerung AGG Jugendliche Kultur
Arbeitsmarkt Feiertage Pro-Köln Ausbildung **Muslims** Umfragen Arbeitserlaubnis PKK
Moschee Verbraucher Blog Grundrechte mediale Integration Rechtsextremismus
Baden-Württemberg Osmanisches Reich Fußball Doppelte Staatsbürgerschaft innere-
Sicherheit Die-Linke BVerfG FDP Rechtsprechung Schwimmunterricht
Familienzusammenführung Bundeswehr Duldung Bundesjustizministerium Internet
Deutsche Ehe Körperschaft-des-öffentlichen-Rechts Bundesverwaltungsgericht

DEZ

2007

EU-TÜRKEI: EUGH ZUR VISUMFREIEN EINREISE VON TÜRKEN

17. DEZ, 2007 KEIN KOMMENTAR

Art. 41 Abs. 1 des Zusatzprotokolls (EWG/Türkei) vom 23. November 1970 ist dahin auszulegen, dass er es verbietet, neue Beschränkungen der Ausübung der Niederlassungsfreiheit einzuführen, die die erstmalige Aufnahme türkischer Staatsangehöriger betreffen, die sich dort zur Aufnahme einer selbständigen Erwerbstätigkeit niederlassen wollen. Mit diesem Tenor hat der EuGH einen für die Bundesrepublik Deutschland und für türkische Staatsbürger wichtige Grundsatzentscheidung ([Urteil](#) des EuGH vom 20.09.2007 , Az.: C-16/05) getroffen. Doch ist die Bundesregierung nicht gewillt, die Konsequenzen aus den Vereinbarungen (1970) zu tragen. [Weiterlesen »](#)

INTER MAILAND IM KREUZRITTER-TRIKOT GEGEN FENERBAHCE ISTANBUL

14. DEZ, 2007 8 KOMMENTARE

[Wenn der Kicker zum Kreuzritter wird](#) titelt SpOn den Fall eines türkischen Anwalts aus

Izmir, der sich über das Trikot des italienischen Top-Clubs Inter Mailand aufregte und beim örtlichen Gericht Anzeige erstattete, das die Klage an Uefa und Fifa in der Schweiz weiterleitete. Inter Mailand sei im Champions-League Spiel gegen Fenerbahce Istanbul in einem weißen Trikot mit einem großen roten Kreuz darauf aufgelaufen, das stark an die Kreuzritter erinnere. [Weiterlesen »](#)

§ 21 ABS. 1 AUFENTHG IST AUF TÜRKISCHE STAATSBÜRGER NICHT ANWENDBAR

14. DEZ, 2007 KEIN KOMMENTAR

Das EuGH hat in seinem [Urteil](#) vom 20.09.2007 (The Queen, Veli Tum, Mehmet Dari / Secretary of State for the Home Department) in der Rechtssache C-16/05 eine für türkische Staatsbürger wichtige Grundsatzentscheidung getroffen. Die Entscheidung hat weitreichende Konsequenzen sowohl für türkische Staatsbürger als auch für die Bundesrepublik Deutschland. So ist beispielsweise § 21 Abs. 1 AufenthG für türkische Staatsangehörige nicht anwendbar. [Weiterlesen »](#)

HESSISCHER STAATSGERICHTSHOF LEHNT KLAGE GEGEN KOPFTUCHVERBOT AB

11. DEZ, 2007 1 KOMMENTAR

Am Montag hat der hessische Staatsgerichtshof in Wiesbaden das Kopftuchverbot für alle Beamtinnen im hessischen öffentlichen Dienst als verfassungsgemäß bestätigt. Das Urteil fiel nach einer knappen fünf zu sechs Entscheidung. Fünf der Richter gaben Sondervoten ab, die die Regelung in weiten Teilen als unvereinbar mit der hessischen Landesverfassung bewerteten. Das „Gesetz zur Sicherung der staatlichen Neutralität“ wurde 2004 von der CDU im Landtag durchgesetzt. [Weiterlesen »](#)

WOVON DIE CDU TRÄUMT UND WONACH SIE LECHZT

10. DEZ, 2007 4 KOMMENTARE

Die CDU hatte [Parteitag](#). Angela Merkel stand am Rednerpult und sprach über das dritte CDU-Grundsatzprogramm, das Fundament für die nächsten 20 Jahre.

“Volkspartei der Mitte” nennt sich die CDU neuerdings. So wurde auch kaum ein Thema ausgelassen von der Bundeskanzlerin. Über Familienpolitik, Klimaschutz, EU-Beitritt der Türkei bis hin zur Integrationspolitik. Die CDU plädiere für eine kontrollierte Zuwanderung und spricht - um nicht Einwanderungsland zu sagen - neuerdings vom *“Integrationsland Deutschland“*. [Weiterlesen »](#)

UMFRAGE: HALTEN SIE DIE NEUEN SPRACHVORAUS- SETZUNGEN FÜR DEN EHEGATTENNACHZUG VOR DER EINREISE FÜR GERECHTFERTIGT?

9. DEZ, 2007 3 KOMMENTARE

Die Neuregelungen im Aufenthaltsgesetz, wonach künftig Ehepartner, die zu Ihren Ehemännern/-frauen nach Deutschland ziehen wollen, einen Sprachtest in ihrem Heimatland absolvieren müssen, führte in Deutschland und auch hier im JurBlog zu heftigen Diskussionen zwischen. Während die einen der Ansicht sind, dass mit der Neuregelung die schnellere Integration gewährleistet werde und zu dem Zwangsehen unterbunden würden, sind

Migranten der Ansicht, dass die unterschiedliche Behandlung von Ausländern bestimmter Nationen (z.B. Japan, Kanada etc.) verfassungswidrig ist und die Sprache nach der Einreise viel schneller und besser gelernt werden könne. Auch würde es nicht überall im Ausland möglich sein, einen Deutschkurs zu besuchen und die Kosten finanziell zu tragen. [Weiterlesen »](#)

GOETHE INSTITUT: POLITIKER SPIELEN ANFORDERUNGEN BEWUSST HERUNTER - 300 WÖRTER SIND NICHT AUSREICHEND FÜR DEN SPRACHTEST BEIM EHEGATTENNACHZUG

7. DEZ, 2007 1 KOMMENTAR

Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Maria Böhmer, hat bei Ihrer Türkeireise Ende November 2007 um Verständnis für die jüngste Verschärfung des deutschen Einwanderungsrechts geworben. Die neue Anforderung etwa an Bräute, vor Einreise nach Deutschland Grundkenntnisse des Deutschen zu erwerben, ist heftig kritisiert worden. Das Massenblatt “Hürriyet” hatte Frau Böhmers

Reise mit der Überschrift angekündigt: "Die deutsche Ministerin, die die Bräute zum Weinen bringt". In Ankara besuchte Staatsministerin Böhmer einen Sprachkurs des Goethe-Instituts, der den geforderten Grundwortschatz von 300 Wörtern vermitteln soll. "Weinende Bräute habe ich dort nicht gesehen", sagte Frau Böhmer im Gespräch mit der FAZ vom 24.11.2007, wohl aber Bräute, die sich freuten, bald nach Deutschland zu kommen.

Frau Böhmer hätte gut daran getan, nicht nur die Sprachkurse zu besuchen, sondern auch an einem Abschlusstest teilzunehmen, um beurteilen zu können, ob die geforderten 300 Wörter für den erfolgreichen Abschluss ausreichen und ob es tatsächlich keine weinenden Bräute gibt.

Seit Einführung der Sprachhürde im Aufenthaltsgesetz häufen sich jedenfalls Beschwerden von verzweifelten Ehemännern und -frauen aus Deutschland, die sich über die hohen Anforderungen bei den Sprachtests in der Türkei beschweren. Mit 300 Wörtern könne der Test nicht erfolgreich abgelegt werden. So würden fast alle teilnehmenden Kandidaten durchfallen.

Eine verzweifelte Ehefrau, die in Deutschland geboren und aufgewachsen sei sagte, dass ihr Ehemann auch nach

zweimaligem Besuch des gesamten Deutschkurses beim Goethe-Institut die Prüfung nicht bestanden habe. Sämtliche Kandidaten wären kurz nach Austeilung der Prüfungsfragen erstaunt über die hohen Anforderungen gewesen. Selbst Lehrer und Prüfungsleiter des Goethe Instituts in der Türkei hätten ihren Unmut geäußert. Mann müsse die Anweisungen allerdings befolgen.

Viele der weiblichen Prüflinge seien in Tränen ausgebrochen, als die Prüfungsaufgaben sie überforderten. Sie müssten noch viele Monate aufwenden und erneut Kurse beim Goethe-Institut besuchen, um eine realistische Chance zu haben, zu ihren Ehemännern/-frauen ziehen zu können. Die finanzielle Belastung sei ein weiteres Problem.

Nach den allgemeinen Anwendungshinweisen zum Zuwanderungsgesetz beinhaltet die Stufe „A1“ GER als unterste Sprachstandsniveau die folgenden sprachlichen Fähigkeiten

„Kann sich mit einfachen, überwiegend isolierten Wendungen über Menschen und Orte äußern. Kann sich auf einfache Art verständigen, doch ist die Kommunikation völlig davon abhängig, dass etwas langsamer wiederholt, umformuliert oder korrigiert wird. Kann einfache Fragen stellen und

beantworten, einfache Feststellungen treffen oder auf solche reagieren, sofern es sich um unmittelbare Bedürfnisse oder um sehr vertraute Themen handelt z. B. wo sie/ er wohnt, welche Leute sie/ er kennt oder welche Dinge sie/ er hat.“

Wie ein solcher Test konkret ausgestaltet sein kann, erfährt der Interessierte auf den [Seiten des Goethe-Instituts](#). Darin sind beispielhafte Aufgaben zu den Bereichen Hören, Lesen, Schreiben und Sprechen, die weder mit einem Wortschatz von 300 Wörtern zu lösen sind noch den allgemeinen Anwendungshinweisen entsprechen.

Zur Wiederholung: Anmerkung aus dem Anwendungshinweisen des Innenministeriums zum Sprachtest: *„Kann sich auf einfache Art verständigen, doch ist die Kommunikation völlig davon abhängig, dass etwas langsamer wiederholt, umformuliert oder korrigiert wird.“* Ob diese Aufzeichnung den Vorgaben entspricht ist mehr als fraglich.

Auf Anfrage beim Goethe Institut in München bei einem verantwortlichen für Prüfungsaufgaben wurde versichert, dass 300 Wörter in keinem Falle für den Sprachtest Stufe A1 GER ausreichen. Man müsse bedenken, dass Wörter noch dekliniert, konjugiert etc., werden müssten,

um ganze Sätze zu verstehen oder zu bilden. Doch auch mit 300 Grundvokabeln sei der Test nicht zu bestehen. Die Aussagen vieler Politiker in diese Richtung sei ein „bewusstes herunterspielen“ der Anforderungen.

PISA-STUDIE: SCHLECHTE CHANCEN FÜR MIGRANTENKINDER

7. DEZ, 2007 1 KOMMENTAR

Marianne Demmer von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) äußerte sich dem Nachrichtenportal „spiegel-online“ gegenüber unzufrieden über die Ergebnisse der Studie. Die Verantwortlichen hätten seit der ersten PISA-Studie insbesondere für die Migrantenkinder nichts zum Besseren wenden können. „Weltspitze bei der doppelten Benachteiligung der jungen Migrantinnen und Migranten zu sein - das sollte den Kultusministern eigentlich die Schamesröte ins Gesicht treiben“, so Demmer. [Weiterlesen »](#)

EKIR: WER HAT DEN HÖCHSTEN TURM?

6. DEZ, 2007 1 KOMMENTAR

Wenn ich ehrlich bin, hätte ich, als ich [„Bischof Huber spricht von Dialog mit Muslimen, meint aber etwas anderes“](#) schrieb, noch nicht gedacht, dass Kritik auch aus den eigenen Reihen der EKD kommen würde. Spricht für die EKD, was nicht zwangsläufig für Bischof Huber gilt. Jedenfalls hat nach dem [ehemaligen Vorsitzenden der EKD \(Kock\)](#) auch der Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland (EKiR), Nikolaus Schneider, die Positionen der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) gegenüber dem Islam kritisiert. [Weiterlesen »](#)

VORLÄUFIGE ANWENDUNGSHINWEISE DES BMI ZUM STAATSANGEHÖRIGKEITSGESETZ (STAG) - STAND 19.10.2007

5. DEZ, 2007 KEIN KOMMENTAR

Das Bundesinnenministerium (BMI) hat die aktuelle Fassung der [Anwendungshinweise zum Staatsangehörigkeitsgesetz \(StAG\)](#) veröffentlicht (Stand: 19.10.2007). Diese Vorläufigen Anwendungshinweise berücksichtigen die Änderung des Aufenthaltsgesetzes. Sie dienen der sachgerechten Anwendung der geänderten gesetzlichen Vorschriften von ihrem

Inkrafttreten bis zur Anpassung der einschlägigen Bestimmungen der StAR-VwV gemäß Artikel 84 Abs. 2 GG. Anwendungshinweise sind als Handbücher für Behörden gedacht, informieren aber auch den Interessierten über wichtige Details. [Weiterlesen »](#)

DER UNAUFHALTSAME AUFSTIEG DES KOPFTUCHS ODER DOCH NICHT?

4. DEZ, 2007 KEIN KOMMENTAR

Jörg Lau, der Betreiber des gleichnamigen Blogs in „Die Zeit“ macht auf einen [Zeitungsartikel aus der türkischen Tageszeitung Milliyet](#) aufmerksam. Die Überschrift lautet Jörg Lau's zu der Studie über die Zahl der Kopftuchträgerinnen in der Türkei: [„Der unaufhaltsame Aufstieg des Kopftuchs“](#). Die Umfrage habe schließlich ergeben, dass innerhalb der letzten vier Jahre sich die Zahl der „Türban“-Trägerinnen sich vervierfacht habe. So würden insgesamt 69,4 Prozent der Frauen ein Kopftuch (im Gegensatz zu 64,2 im Jahre 2003) tragen. [Weiterlesen »](#)

VGH BAYERN: KEIN VERLUST DER DEUTSCHEN STAATSANGEHÖRIGKEIT DURCH WIEDERERWERB DER TÜRKISCHEN STAATSANGEHÖRIGKEIT BEI MINDERJÄHRIGEN

3. DEZ, 2007 KEIN KOMMENTAR

Die bayerischen Behörden müssen türkischstämmigen Jugendlichen, denen in den vergangenen Jahren ihre Einbürgerung aberkannt wurde, wieder einen deutschen Pass ausstellen. Dies ergibt sich aus einem Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs vom 14.11.2007 ([Az. 5 B 05.3039](#)). Demnach verliert ein minderjähriges Kind die deutsche Staatsangehörigkeit nicht, wenn es eine ausländische Staatsangehörigkeit (hier die der Türkei) lediglich kraft automatischer gesetzlicher Erstreckung mit der Einbürgerung seiner Eltern erwirbt.

Die Vorgeschichte: Hintergrund des Urteils ist das im Jahr 2000 neu geregelte Staatsangehörigkeitsrecht. Demnach müssen Ausländer ihre alte Staatsangehörigkeit grundsätzlich aufgeben, um eingebürgert zu werden. Viele

türkischstämmige Zuwanderer beantragten jedoch nach ihrer Einbürgerung erneut einen türkischen Pass, wodurch bundesweit etwa 50.000 Menschen ausgebürgert wurden. In Bayern waren nach Schätzungen des Innenministeriums bis zu 2000 Jugendliche davon betroffen.

Der Sachverhalt: Im vorliegenden Fall haben die Eltern der damals noch minderjährigen Kläger 1999 unmittelbar nach Einbürgerung in die deutsche Staatsangehörigkeit beim türkischen Generalkonsulat den Wiedererwerb der türkischen Staatsangehörigkeit beantragt, in die sie 2001 von den türkischen Behörden zusammen mit ihren Kindern erneut aufgenommen wurden.

Das Gesetz: Das am 1. Januar 2000 in Kraft getretene Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG) sieht in § 25 vor, dass ein Deutscher seine Staatsangehörigkeit mit dem Erwerb einer ausländischen Staatsangehörigkeit verliert, wenn dieser Erwerb *auf seinen Antrag* erfolgt...

Die Behörde: Die bayerischen Behörden vertraten die Ansicht, dass nicht nur die Eltern, sondern auch die Kinder die deutsche Staatsangehörigkeit verloren hätten, weil auch für die Kinder von einem

Erwerb *„auf Antrag“* ausgegangen werden müsse.

Die Kläger: Die Kläger machten demgegenüber geltend, dass ihre Eltern einen Antrag nur für sich selbst, nicht aber für die Kinder gestellt hätten. Die Anträge der Eltern konnten sie allerdings nicht vorlegen, weil ihnen die türkischen Behörden trotz wiederholter Anfragen weder Akteneinsicht gewährten, noch Aktenauszüge zur Verfügung stellten.

Die Entscheidung: Der BayVGH ist zu dem Ergebnis gelangt, dass die Kläger die türkische Staatsangehörigkeit entsprechend dem türkischen Staatsangehörigkeitsgesetz als minderjährige Kinder automatisch mit der Wiedereinbürgerung ihres Vaters erworben haben. Das führe bei den Kindern aber nicht zum Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit. Insofern fehle es an dem dazu erforderlichen Erwerb einer ausländischen Staatsangehörigkeit auf *„Antrag“* der sorgeberechtigten Eltern. Das Gericht geht in den konkreten Fällen bereits davon aus, dass die Eltern beim türkischen Generalkonsulat nicht auch für ihre minderjährigen Kinder einen Wiedereinbürgerungsantrag gestellt haben, zumal das nach dem türkischen Recht überflüssig sei. Dass es den Klägern trotz ihrer Bemühungen nicht gelungen sei, von

den türkischen Behörden Unterlagen zu erhalten, könne ihnen nicht zur Last gelegt werden.

Doch selbst wenn ein solcher Antrag der sorgeberechtigten Eltern vorliegen würde, scheidet ein Erwerb "auf Antrag" aus. Denn § 25 StAG setzt nach Auffassung des BayVGH auch bei minderjährigen Kindern voraus, dass der Antrag ursächlich für den Erwerb der fremden Staatsangehörigkeit geworden sein muss. Diese Ursächlichkeit fehle, wenn die Einbürgerung ausschließlich kraft Gesetzes im Wege der Erstreckung und damit unabhängig von einer Willensbekundung der Eltern erfolge. Eine elterliche Willensbekundung könne den Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit nicht rechtfertigen, wenn das Recht des aufnehmenden Staates ihr keinerlei rechtliche Bedeutung beimesse und die Einbürgerung zwingend auf die minderjährigen Kinder erstrecke.

Die Revision gegen das Urteil wurde nicht zugelassen; der Freistaat Bayern kann dagegen Nichtzulassungsbeschwerde beim Bundesverwaltungsgericht in Leipzig einlegen.

Die Reaktion des bayerischen Innenministeriums: Ein Sprecher des Innenministeriums sagte, Bayern habe den

betroffenen Jugendlichen angeboten, dass sie wieder ihren deutschen Pass erhalten können - kostenlos. Gleichzeitig erwäge das Ministerium, beim Bundesverwaltungsgericht Beschwerde gegen das Urteil einzulegen.

Mein Kommentar: Das Problem der doppelten Staatsbürgerschaft ist heute noch Bundesweit ein großes Problem für die türkischstämmige Bevölkerung in Deutschland. Die Änderungen des Staatsangehörigkeitsgesetzes im Jahre 2000 haben viele Menschen unerwartet getroffen. Die große Mehrheit war sich den Konsequenzen nicht bewusst, als sie die Wiedereinbürgerungsanträge in den türkischen Konsulaten unterschrieben. Das böse Erwachen ließ nicht lange auf sich warten. Die Folgen waren für viele verheerend.

Nicht nur die ursprünglichen unbefristeten Aufenthaltstitel wurden befristet, auch andere Probleme wurden zum Trauma. Da die deutsche Staatsbürgerschaft mit der Wiedererlangung der türkischen Staatsbürgerschaft kraft Gesetzes automatisch erloschen war, dies aber weder der Betroffene noch der Staat wusste, stand man vor der Frage, was z.B. nun mit dem (als Scheindeutscher) abgeleisteten Wehr-/Zivildienst geschehen sollte, ob der

inzwischen (als Scheindeutscher) Verbeamtete künftig um seinen Arbeitsplatz zittern musste oder ob die (als Scheindeutscher) erhaltenen Sozialleistungen zurück zu erstatten waren und viele weitere Einzelfragen, die bis heute ungeklärt im Raum stehen.

Viele Bundesländer und so auch Bayern verschickten Rundschreiben an potenzielle türkische Doppelstaater, in denen sie aufgefordert wurden, Auskunft über Ihre Staatsangehörigkeiten zu geben. Wer sich innerhalb einer bestimmten Frist melde, würde wohlwollend von den Behörden behandelt. Die Bundesländer legten dann "wohlwollend" mal enger, mal weiter aus. In Bayern stand "wohlwollend" für Willkür. In keinem anderen Land wurden Minderjährigen die deutschen Pässe entzogen, da die Kinder die türkische Staatsbürgerschaft kraft türkischen Staatsbürgerschaftsrechts (gekoppelt an die Staatsbürgerschaft der Eltern) erlangt hatten und nicht auf *Antrag*.

Viele haben sich in Erwartung einer wohlwollenden Erledigung der Formalitäten freiwillig gemeldet. So wohl auch die Eltern der obigen Kläger in Bayern. Dass Sie nun die deutschen Pässe kostenlos wieder haben dürfen, ist angesichts des eindeutigen Gesetzeswortlauts und der bundesweiten

Praxis selbstverständlich das Mindeste und bedarf eigentlich keiner Erwähnung. Immerhin mussten tausende Jugendliche jahrelang im Ungewissen über die eigene Staatsbürgerschaft durch die bayerischen Wälder ziehen, keine Beamtenstellen annehmen, keinen Zivildienst ableisten, womöglich um die Ausweisung kämpfen, obwohl sie kraft Gesetzes deutsche Staatsbürger waren. Wenn man bedenkt, dass die Staatsangehörigkeit für einen Jugendlichen Wegweisend für die Berufswahl sein kann, sind die möglichen Auswirkungen im Einzelfall enorm und integrationspolitisch fatal.

Dass das bayerische Ministerium immer noch erwägt, eine Beschwerde beim Bundesverwaltungsgericht gegen die Entscheidung einzulegen, ist angesichts der Tatsache, dass die bayerischen Behörden nach einem verlorenem Rechtsstreit meist die höhere Instanz ankündigen, als unheilbar chronische Krankheit ad acta zu legen. Aussicht auf Genesung, gibt es allenfalls mit einer gesunden Einstellung und der Rechtsstaatlichkeitspille, die allerdings erst einmal geschluckt werden muss, damit es wirkt.

UMFRAGE: HALTEN SIE DIE U-HAFT VON MARCO W. IN DER TÜRKEI FÜR GERECHTFERTIGT?

1. DEZ, 2007 6 KOMMENTARE

Oft interessiert es mich, was JurBlog Leser über dies oder jenes denken. Viele hinterlassen ein Kommentar und tragen zur Diskussion bei. Es gibt aber auch viele, die sich nicht so gerne an Diskussionen beteiligen und sich mit dem Lesen begnügen. Daher habe ich mich entschlossen, ein Umfrage-Plugin einzubauen. Die erste Umfrage betrifft den Fall Marco W. Es gab in den letzten Wochen viel darüber zu lesen in den Medien und auch im JurBlog wurde lebhaft und kontrovers darüber diskutiert. Manche halten die U-Haft Marcos für rechtswidrig, andere für gerechtfertigt und wiederum andere sind der Ansicht, dass die Untersuchungshaft mittlerweile einfach zu lange dauert. Wie denken Sie darüber?

[Weiterlesen »](#)

NOV

2007

ÜBER DEN PAPST LÄSST SICH NICHT SICHER REDEN

30. NOV, 2007 1 KOMMENTAR

Es ist Montag der 11. September letzten Jahres gegen 14:00 Uhr. Die bayrische Polizei stürmt die Wohnung von Familie L. in diesem Gehöft in der Nähe von Burghausen. Das Ehepaar hat zwei Kinder im Alter von sechs und zehn Jahren und bewohnt ungefähr 90 Quadratmeter. Doch die Polizei rückt mit einem martialischen Großaufgebot an. Der Vater wird sofort mitgenommen. Der Vater darf kein Wort mehr mit seiner schockierten Familie wechseln. Die Beamten kommen zur Hausdurchsuchung teilweise mit Maschinenpistole und schussicherer Weste. Offensichtlich wird bewaffneter Widerstand der Familie befürchtet. [Weiterlesen »](#)

WER AUSLÄNDER NACH DEUTSCHLAND EINLÄDT, WIRD ÜBERWACHT

30. NOV, 2007 2 KOMMENTARE

Wer einen visumpflichtigen Ausländer nach Deutschland einlädt, soll künftig in einer speziellen Datei gespeichert werden. Darauf haben sich das von der CDU geführte Innenministerium und das von der SPD

geführte Auswärtige Amt verständigt. Die neue Einlader-Datei solle vor allem Viel-Einlader identifizieren, weil davon ausgegangen werde, dass Schleuser immer wieder mit den gleichen Personen zusammenarbeiten. Allerdings sollen mehrfache Einladungen nicht automatisch zur Ablehnung des Visumantrags führen. Da werde dann geschaut, ob bisher alles korrekt abgelaufen sei, ob zum Beispiel die Eingeladenen auch wieder ausgereist seien.

[Weiterlesen »](#)

NEU: DOWNLOADS BEI JURBLOG

30. NOV, 2007 KEIN KOMMENTAR

Die auf JurBlog veröffentlichten Artikel enthalten in der Regel Links zu relevanten Dokumenten, Fundstellen oder interessanten Seiten. Mit der Zeit verschwinden diese aber im Nirvana eines Blogsystems, so dass das Auffinden nicht immer einfach ist. Die Suchfunktion ist zwar oft hilfreich, doch meist zeitaufwendig. Daher empfahl sich eine Seite, in der hilfreiche und Interessante [Dokumente zum Download](#) bereit liegen und die immer über die Menüleiste zu erreichen ist. Den Anfang machen Anwendungshinweise für das Aufenthaltsgesetz, Staatsangehörigkeitsgesetz sowie für den

Beschluss Nr. 1/80 des Assoziationsrats EWG-Türkei.

NEWSLETTER

30. NOV, 2007 KEIN KOMMENTAR

Seit längerem werde ich gebeten, Artikel, die auf JurBlog.de veröffentlicht werden, per E-Mail an interessierte weiterzuleiten. Mein Hinweis auf die RSS-Funktion wird meist mit einem fragendem Blick erwidert. Obwohl sich RSS im Internet etabliert hat, lässt dessen Bekanntheitsgrad leider immer noch zu wünschen übrig. Daher habe ich mich entschlossen, mit Hilfe eines Plugins Abhilfe für all diejenigen zu schaffen, die über neue Artikel per E-Mail informiert werden möchten. [Weiterlesen »](#)

DEUTSCHLAND FÜHRT DNA-TESTS BEI EINWANDERERN BEREITS DURCH

28. NOV, 2007 1 KOMMENTAR

Vor einigen Wochen empörten wir uns in Deutschland über die Pläne Frankreichs, Gentests für Einwanderer einzuführen, um den Verwandtschaftsgrad zu ermitteln. Das umstrittene und auch im Ausland kontrovers diskutierte Gesetz passierte dann auch das französische Parlament. Nun erfahren wir

von der Bundesregierung, dass die Idee für derartige Gentests aus Deutschland stammt und bereits seit längerem praktiziert wird. Rechtsgrundlage seien § 82 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) oder § 6 Abs. 2 des Passgesetzes (PaßG). [Weiterlesen »](#)

DER FALL MARCO W.: DIE LANGSAMEN MÜHLEN DER TÜRKISCHEN JUSTIZ UND DIE STATISTIK ÜBER U-HAFT IN DEUTSCHLAND WEGEN SEXUELLER MISSBRAUCH VON KINDERN (§ 176 STGB)

27. NOV, 2007 - 28 KOMMENTARE

Der 17-jährige Marco sitzt in türkischer Untersuchungshaft, weil er im Urlaub ein britisches Mädchen sexuell missbraucht haben soll. Als die ersten Meldungen vor ca. sieben Monaten über die Nachrichtenticker liefen, empörte sich die deutsche Medienlandschaft über die Inhaftierung. Ein harmloser Urlaubsflirt/Händchenhalten könne schließlich nicht so unsittlich sein, so die Argumentation. Boulevardblätter liefen Amok zitierten Politiker, die die EU-Reife der Türkei in Frage stellten und deuteten unterschwellig auf den Islam und die

Moralvorstellungen in der Türkei hin. Anders sei die Inhaftierung schließlich nicht zu erklären.

Nur wenige Tage vergingen, als die ersten konkreten Anschuldigungen bekannt wurden. Sexueller Missbrauch von Kindern, Spermaspuren, Gewalt etc. Ob die Vorwürfe stimmten oder nicht, jedenfalls kehrte Ruhe ein. Die Öffentlichkeit, als auch die Medienlandschaft bemerkten, dass sie voreilig berichtet hatten. So harmlos war die Tat dann wohl doch nicht. Rechtsexperten kamen zu Wort und erklärten, dass das Verfahren in der Türkei nicht anders verlaufe, wie es in Deutschland auch verlaufen würde.

Doch werden in letzter Zeit erneut – getrieben von Ungeduld - Stimmen laut, die sich über die Trägheit der türkischen Justiz empören. Schließlich könne sich eine Untersuchungshaft ja nicht über sieben Monate hinziehen. Das Europäische Parlament habe sich in den Fall eingeschaltet und auch die Bundesregierung würde sich vielleicht einer Menschenrechtsklage anschließen. Schließlich liege ein waschechter Justizskandal vor, den die Türken zu verantworten hätten. Stimmen wie:

Egal, ob Marco schuldig ist oder nicht: Einen Minderjährigen sieben Monate lang in Untersuchungshaft gefangen zu halten verstößt gegen alle rechtsstaatlichen Prinzipien der EU

oder

Wir leben doch nicht mehr im Mittelalter, als noch Reiter Botschaften von einem Land ins andere bringen mussten

werden erneut laut. Bundeskanzlerin Angela Merkel dagegen hat in einem Interview ihre Parteifreunde zur Zurückhaltung in der Frage über den in der Türkei inhaftierten Schülers Marco W. aufgefordert. Sie sagte:

Wir werden jetzt erst einmal das tun - wenn wir überhaupt etwas tun können - was dem Jungen hilft, und ich glaube, das sollten wir lieber nicht mit einer großen politischen Diskussion verknüpfen, über die man unterschiedlicher Meinung sein kann.

Recht hat sie, die Frau Merkel! In der Tat kann man unterschiedlicher Meinung in diesem Fall sein. Aber auch aus einem anderen Grunde ist Zurückhaltung geboten. Laut [Statistisches Bundesamt \(Strafverfolgung\) wurden im Jahre 2005](#) insgesamt 1231 Personen in Untersuchungshaft genommen wegen

Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung (§§ 174 bis 184b StGB). Davon wurden 1001 mit Fluchtgefahr begründet. Bei 356 Personen betrug die Dauer der Untersuchungshaft sechs Monate bis ein Jahr und bei 169 mehr als ein Jahr. Bei 74 Personen betrug die Dauer der Untersuchungshaft länger als die erkannte Strafe (Seite 341).

Wem die §§ 174 bis 184b StGB zu pauschal sind, schließlich wird Marco allenfalls § 176 StGB (Sexueller Missbrauch von Kindern) vorgeworfen, schaut in den [Bericht aus dem Jahr 2004](#). Darin sind die einzelnen Straftatbestände noch einzeln aufgeführt. Danach wurden im Jahre 2004 insgesamt 187 Tatverdächtige wegen § 176 StGB in Untersuchungshaft genommen, 131 davon wegen Fluchtgefahr. 45 Tatverdächtige wurden sechs Monate bis ein Jahr in Untersuchungshaft genommen und bei 17 Personen betrug die U-Haft über ein Jahr. Bei 15 Personen betrug die Dauer der Untersuchungshaft länger als die erkannte Strafe (Seite 343).

Nicht ohne Grund ist der renommierte Stuttgarter Rechtswissenschaftler Christian Rumpf, der sich besonders gut mit der türkischen Rechtsordnung auskennt, der Ansicht, dass derzeit noch keine offensichtlichen Verstöße gegen

rechtsstaatliche Prinzipien bestehen. (Quelle: [Stern](#)) Doch werden solche Kommentare leider und wenn überhaupt nur als Anhängsel an Berichte um den inhaftierten Marco W. beigemischt.

Auch weiß die breite deutsche Öffentlichkeit kaum etwas über Inti H. aus dem deutschen Leer. Den heute 20-jährigen Inti H. soll das gleiche Schicksal getroffen haben, das nun Marco W. in Antalya durchleidet. Bloß dass Inti H. über ein Jahr in Untersuchungshaft im Gefängnis von Hameln saß, bevor ihn die Richter zu vier Jahren Haft verurteilten. Inhti H. war ebenfalls 17 Jahre alt und hat die Vorwürfe zurückgewiesen (Quelle: [20minuten.ch](#)).

Im Lichte des oben aufgeführten erübrigt sich zum jetzigen Zeitpunkt eine hitzige Debatte über die langsamen Mühlen der türkischen Justiz. Selbstverständlich ist es nicht schön, dass solche Verfahren sich in die Länge ziehen. Selbstverständlich ist es auch wünschenswert, dass Tatverdächtige Klarheit über die drohende Strafe erlangen. Doch ist die [deutsche Selbstverständlichkeit](#) in diesem Fall leider alles andere als sachlich, vernünftig und objektiv. Während man mit dem Zeigefinger auf den anderen zeigt, übersieht man die übrigen Finger, die auf einen selbst gerichtet sind.

Update wegen weiteren Zahlen über Untersuchungshaft bei Jugendlichen und Heranwachsenden:

[Strafverfolgung und Sanktionierung von deutschen und ausländischen Jugendlichen und Heranwachsenden. Eine Untersuchung am Beispiel des Einbruchsdiebstahls.](#)

Eine nur geringe Anzahl von Tatverdächtigen verweilte zwischen ein und zehn Tagen in Untersuchungshaft. Danach erfolgte ein starker Anstieg bei der Dauer zwischen 11 und 30 Tagen, wobei hier der Anteil der deutschen und ausländischen Tatverdächtigen exakt gleich groß war. Bei 31 bis 50 Tagen wurde der niedrigste Wert erreicht, wobei hier keine Deutschen vertreten waren. Darauf folgend war ein gleichmäßiger Anstieg zu verzeichnen, der bei einer Dauer von 101 bis 150 Tagen seinen Zenit hatte. Beim Anstieg war die Quote der Ausländer etwas höher als die der Deutschen, hingegen war das Verhältnis beim Höhepunkt genau umgekehrt. Danach sank die Zahl der Verfahren wieder konstant ab, wobei der Anteil der deutschen Tatverdächtigen bei einer Dauer der Untersuchungshaft von über 200 Tagen viermal so groß war, wie der der ausländischen. Die längste Dauer bei den

deutschen Untersuchungshäftlingen betrug **497 Tage**, bei den ausländischen war der größte Wert 202 Tage. Dies wirkte sich auch auf die durchschnittliche Länge der Untersuchungshaft aus. Insgesamt dauerte die Untersuchungshaft durchschnittlich 106 Tage. (Seite 172)

Eine [weitere Fundstelle](#) gibt ebenfalls zur Länger der U-Haft bei Jugendlichen Auskunft. Näheres dort ab Seite 160.

Nachtrag: Bis heute (06.12.2007) keine einzige Reaktion irgendeines der (ca. 100) angeschriebenen Blätter!

Umfrage: Halten Sie die U-Haft von Marco W. in der Türkei für gerechtfertigt?

- Ja = 33 Stimmen (24%)
- Ja, aber die U-Haft dauert zu lange = 58 Stimmen (42%)
- Nein = 48 Stimmen (35%)

EX-EKD-RATSVORSITZENDER KOCK KRITISIERT NACHFOLGER HUBER

27. NOV. 2007 1 KOMMENTAR

Der ehemalige Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Manfred Kock, kritisierte das derzeitige

Verhältnis zwischen der evangelischen Kirche und den muslimischen Verbänden und erklärte, dass es für das künftige Zusammenleben dringend erforderlich sei, zu einer gelassenen Tonart zurückzufinden. Huber habe seinem Ja "leider hinzugefügt, eine kritische Auseinandersetzung zur Zahl und Größe der Moscheen müsse erlaubt sein". Damit habe Huber "den Eindruck einer Nähe" zu Kritikern einer geplanten repräsentativen Moschee in Köln-Ehrenfeld erweckt. [Weiterlesen »](#)

FORMALE TREUE ZUR VERFASSUNG REICHT NICHT – MAN MUSS SIE AUCH LEBEN DÜRFEN

26. NOV. 2007 1 KOMMENTAR

"Kann es sich ein islamischer Verband wirklich zur Aufgabe machen, Eltern systematisch dabei zu unterstützen, ihre Töchter vom schulischen Sportunterricht abzumelden, und hierbei auf die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts verweisen, das entschieden hat, dass Schülerinnen muslimischen Glaubens, die sich wegen der aus ihrer Sicht verbindlichen Bekleidungs Vorschriften des Korans außerstande sehen, am koedukativen

Sportunterricht teilzunehmen, einen Anspruch auf Befreiung vom Unterricht haben? Müssten die Verantwortlichen in den Verbänden hierbei nicht auch bedenken, dass damit Mädchen möglicherweise in eine Außenseiterrolle innerhalb des Klassenverbandes gedrängt werden?“

Diese Fragen, auf die näher eingegangen wird, stellt [Prof. Dr. Christine Langenfeld](#), Direktorin des Instituts für Öffentliches Recht an der Universität Göttingen, in der Printausgabe der FAZ vom 15.11.2007 (Nr. 266, Seite 12). In ihrem Artikel misst sie in kultureller, integrations- und religionspolitischer Hinsicht der Einführung eines Religionsunterrichts für die ca. 700.000 muslimischen Kinder erhebliche Bedeutung zu. Der Religionsunterricht sei eine gemeinsame Angelegenheit von Staat und Religionsgemeinschaften. Dem Staat sei die Aufsicht auch über den Religionsunterricht zugewiesen, dass allerdings in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften zu erteilen sei.

Voraussetzung für eine erfolgreiche Einführung islamischen Religionsunterrichts sei, dass sich Religion und Staat zu gegenseitiger Selbstbeschränkung bereitfinden. Der Staat müsse auf der einen

Seite darauf bestehen, dass seine Rechtsordnung nicht in Frage gestellt werde. Auf der anderen Seite müsse sie Zugeständnisse dahingehend machen, dass sich die Inhalte des Religionsunterrichts nicht vollständig an der weltlichen Verfassung auszurichten hätten. Der Religionsunterricht müsse nicht jede Form des Grundrechtsgebrauchs für gleichermaßen gut und erstrebenswert halten. Die Religionsgemeinschaften müssten im Gegenzug darauf achten, dass die im Religionsunterricht vermittelten Inhalte mit dem Kernbereich der im Grundgesetz verankerten Grundrechte vereinbar seien.

Die bis hierhin weitestgehend differenzierten Ausführungen der Verfasserin nehmen jedoch bei den eingangs aufgeführten Fragen eine kleine Wendung. Könne ein islamischer Verband es sich zur Aufgabe machen, Eltern „systematisch“ zu unterstützen, wenn es darum gehe, ihre Töchter vom Sportunterricht zu befreien?

Ein islamischer Verband kann, möchte es ernsthaft die Interessen seiner Mitglieder wahrnehmen, es sich nicht erlauben, sich dieser Aufgabe zu entziehen. Ein islamischer Verband, der zugleich auch ein Interessenverband ist, ist bereits aus ihrem

Selbstverständnis heraus zur Unterstützung derer gezwungen, die wegen der religiösen Lebensweise in der Gesellschaft ausgegrenzt werden oder zu Unrecht diskriminiert oder benachteiligt werden. Wo, wenn nicht in diesen Fällen, wann, wenn nicht in „islamophoben“ Zeiten und wer, wenn nicht ein islamischer Verband, sollte sich diesen Aufgaben annehmen?

Fraglich und daher ausführungsbedürftig ist allenfalls, wie die „systematische“ Unterstützung ausgestaltet ist, sofern man überhaupt von einem „System“ sprechen kann. So lange ein islamischer Verband darauf achtet, nicht den Willen der Eltern durchzusetzen, sondern die der Töchter, die aus eigenen religiösen Gründen heraus nicht am Sportunterricht teilnehmen möchten, gibt es zumindest aus religiöser Sicht nichts zu bemängeln. Und wenn der Wille, vom Sportunterricht befreit zu werden, mit den Vorgaben des Bundesverwaltungsgerichts vereinbar sind, gibt es auch aus juristischer Sicht keine Einwände. Der Einwand, dass eine mögliche Befreiung zur Ausgrenzung führen kann, ist sicherlich ernst zu nehmen. Wie aber soll ein islamischer Verband einer Schülerin vermitteln, dass die Inanspruchnahme eines vom Bundesverwaltungsgericht zugesprochenen Grundrechts zur Ausgrenzung führen kann, zumal die häufigsten Probleme auf diesem

Gebiet nicht unter Schülern sondern mit Lehrern oder der Schulleitung auftauchen.

Das Ausgrenzungsargument der Verfasserin ist allerdings aus anderen Gründen nicht haltbar. Würde es irgendjemandem in den Sinn kommen, einen Interessenverband für beispielsweise Homosexuelle deswegen zu kritisieren, weil sie durch die Unterstützung der Homosexuellen deren Ausgrenzung in der Gesellschaft fördert? Vielmehr würde man dem Ausgrenzungsproblem in den Grund gehen und die Ursachen erforschen, begleitet von Aufklärungskampagnen, in denen für mehr Toleranz gegenüber der Minderheit geworben würde. Man würde neue Gesetze zum Schutz derer verabschieden, die aufgrund ihrer Homosexualität innerhalb der Gesellschaft und von der Rechtsordnung benachteiligt werden, damit sie die ihnen von Verfassung wegen eingeräumten Rechte auf freie Entfaltung der Persönlichkeit auch leben können. Ein solcher Interessenverband würde selbst mit staatlichen Mitteln subventioniert werden.

Es ist nicht nur juristisch ein Schuss nach hinten sondern auch politisch betrachtet eine Kritik in die falsche Richtung. Bei Lichte gesehen handelt es sich um ein Recht, wie es die Verfasserin zutreffend feststellt, dass vom Bundesverwaltungsgericht

zugesprochen wurde, die allerdings in der Mehrheitsgesellschaft nicht akzeptiert wird. An dieser Stelle wäre Kritik angebracht in Richtung des Staates, der dafür sorgen müsste, dass, wie bei anderen Beispielen bereits geschehen, Vorurteile, Aus- und Abgrenzung möglichst unterbleiben. Insbesondere in Schulen, wo die staatliche Einflussnahme auf Schulleitung und Lehrer besonders groß ist, dürfte der Abbau von Antipathien, sofern ernsthaft gewollt, keine Probleme bereiten. Einer möglichen Ausgrenzung unter Schülern könnte auch die Aufklärung im Klassenunterricht entgegenwirken.

Und wenn es der Verfasserin darum geht, Ausnahmen, Ausnahmen sein zu lassen, genügt ein islamischer Verband dem bereits damit, in dem es lediglich unterstützend tätig wird, sobald eine Schülerin von sich aus an den Verband aufsucht. Offensiv ausgelegte Kampagnen, alle muslimischen Mädchen vom Sportunterricht befreien zu wollen, ist in Deutschland von islamischen Verbänden weder bekannt geworden noch geplant, weswegen eine weitere Vertiefung sich erübrigt. Schließlich dürfte die Zahl der Schülerinnen mit Kopftuch im Vergleich zu denen, die keines tragen, tatsächlich die Ausnahme bilden. Grund zur Sorge besteht daher allenfalls dahingehend, dass viele muslimische Mädchen, aus Angst vor einer

möglichen Ausgrenzung und somit zwangsweise, auf ihre verfassungsrechtlich garantierte Religionsfreiheit verzichten müssen.

WOHNUNGSGESELLSCHAFT VERMIETET WOHNBLOCKS ETHNISCH GETRENNT IN ZEITEN DES NATIONALEN INTEGRATIONSPLANS

22. NOV, 2007 2 KOMMENTARE

Eine 75-jährige deutsche Großmutter habe ein anderes Verständnis von Sauberkeit und Erziehung als eine junge Migrantenfamilie. Die [Nassauische Heimstätte](#) achte bei der Vergabe leer stehender Wohnungen deshalb darauf, dass nur noch Mieter aus ähnlichen Kulturkreisen in einem Wohnhaus zusammenleben. Damit bezieht erstmals eine große deutsche Wohnungsgesellschaft offen Gegenposition zu der von anderen Unternehmen propagierten Integration von Menschen aus unterschiedlichen Kulturkreisen auf engstem Raum. [Weiterlesen »](#)

UNWORT DES JAHRES 2007 GESUCHT

20. NOV, 2007 5 KOMMENTARE

Es ist wieder so weit: Deutschland sucht das Unwort des Jahres (DSDUDJ). Vorschläge können zwar während des ganzen Jahres eingebracht werden, die intensive Sammelphase liegt aber jeweils zwischen Oktober und Anfang Januar. Es ist also die Beste Zeit für die Einreichung von Vorschlägen, zumal ein Großteil des Jahres bereits zurück liegt und schon so viel gesagt worden ist. Zur Erinnerung habe ich die Unwörter sowie ein Paar "fast-Unwörter" der Jahre 1991 bis 2006 zusammengestellt. Es ist schon seltsam, dass 13 (fast-)Unwörter der letzten 16 Jahre Ausländer betreffen. Anscheinend wird in diesem Zusammenhang am meisten Mist verbreitet. [Weiterlesen »](#)

SPEICHERUNG VON IP- ADRESSEN: EINFACH NUR DREIST, DIE BUNDESREGIERUNG

9. NOV, 2007 4 KOMMENTARE

Das Recht und Gesetz in Deutschland nur gegenüber dem Bürger und nicht dem Staat gilt, beweist die [Antwort der](#)

[Bundesregierung](#) (16/1884) auf die kleine Anfrage der FDP Fraktion. Das AG Berlin Mitte bzw. der Berufungsinstanz LG Berlin vom 6. September 2007 (Az.: 23 S 3/07, vorgehend AG Berlin Mitte, vom 27. März 2007, Az.: 5 C 314/06) hat dem Bundesjustizministerium untersagt, personenbezogene Daten des Klägers, die im Zusammenhang mit der Nutzung des Internetportals, <http://www.bmj.bund.de>, übertragen wurden zu speichern. Die Aufbewahrung solcher Kommunikationsspuren ermögliche es, das Surf- und Suchverhalten von Internetnutzern detailliert nachzuvollziehen. In einer solchen Vorratsprotokollierung liege aber eine „Verletzung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung“ der Betroffenen, so das Gericht. [Weiterlesen »](#)

BISCHOF HUBER SPRICHT VON DIALOG MIT MUSLIMEN, MEINT ABER ETWAS ANDERES

8. NOV, 2007 10 KOMMENTARE

Wolfgang Huber, der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), trete für eine offene und kritische Auseinandersetzung zwischen Christen und Muslimen ein, die kritische Fragen mit einschließe. In seinem Bericht vor der in Dresden tagenden EKD-Synode sagte Huber,

die evangelische Kirche sage „Ja“ zum Bau neuer Moscheen, was die kritische Auseinandersetzung über den Ort, die Größe und die Anzahl nicht ausschließe. Die Rede Wolfgang Hubers in Dresden war, wie es viele Medien wiederzugeben versuchen, keine Einladung an die Muslime zur offenen und kritischen Auseinandersetzung. Zu den einzelnen Gründen:

Wenn Huber Muslimen in Deutschland das Recht zum Bau von Moscheen billigt, könnte man meinen, als müssten sich Muslime für die Großzügigkeit und die ihnen entgegengebrachte Toleranz bedanken. Durchleuchtet man die Aussage Hubers jedoch, stellt sich die Frage, wieso Huber das bereits verfassungsrechtlich geschützte Recht überhaupt erwähnt. Ob Muslime Moscheen bauen dürfen, steht nicht zur Debatte. Mit einer gehörigen Portion guten Glaubens könnte man seine Aussage auch dahingehend verstehen, als wollte er die Religionsfreiheit für alle noch einmal klarstellen.

Doch entpuppt sich das im Grunde selbstverständliche „Zugeständnis“ als eine Steilvorlage für ein überhebliches „aber“. Das Zugeständnis für den Bau von Moscheen schließe kritische Fragen nach der Größe, dem Ort und der Anzahl von Moscheen nicht aus. Gehen wir die

einzelnen „Aber“-Punkte durch, wird offensichtlich, dass es Huber nicht um eine kritische Auseinandersetzung geht, sondern um Ab- und Ausgrenzung von der Gesellschaft.

Die Anzahl der Gebetsräume mag für den einen oder anderen auf den ersten Blick als „viel“ erscheinen, doch nur die Wenigsten sind so groß, dass man überhaupt von einer „Größe“ sprechen kann, geschweige denn von einer großen Moschee. Einzelne „Groß“-Bauten, und auch nur in Großstädten Deutschlands, in muslimischen Ballungsgebieten, führen bereits jetzt zu Bürgerbewegungen bis hin zu offenen Hetzkampagnen. Die Aussage Hubers impliziert zusätzlich, dass deutschlandweit eine große Moschee nach der anderen gebaut werde, was an der gegenwärtigen Realität vorbeigeht. Insofern darf die Gegenfrage erlaubt sein, ob es tatsächlich um die „Größe“ geht.

Die geschätzte Zahl von 1.500 bis 2.600 „Moscheen“ in Deutschland liegt an den verdrehten Begrifflichkeiten. Von den angeblich existierenden „Moscheen“ sind nur die wenigsten wirkliche Moscheen, wie es der Durchschnittsbürger versteht. In den allermeisten Fällen handelt es sich um einfache Gebetsräume, die nicht einmal von der Straße aus sichtbar sind. Es folgen

umfunktionierte Mehrfamilienhäuser und Fabrikhallen muslimischer Gemeinden, die allenfalls dadurch auf einen Gebetsraum schließen lassen, weil eine - meist einfache - Schrifftafel mit der Aufschrift „Moschee“ darauf hindeutet. Was übrig bleibt sind keine hundert Moscheen, die auch als solche erkennbar sind.

Über den Ort einer Moschee lässt sich, wie es an vielen Beispielen bereits geschah, vortrefflich streiten. Einwände wie Umgebung, Stadtbild und Wohnbevölkerung prägen die Diskussionen. Die meist überzogenen Argumente - um nicht vorgeschobenen zu sagen -, lassen durchblicken, dass eine Moschee am besten in Gebieten gebaut werden sollte, wo sie am wenigsten wahrgenommen werden. Am besten in den Industriegebieten außerhalb der Stadt oder dort, wo sowieso nur Muslime leben. Diese Argumente erlauben jedoch eine weitere Gegenfrage: Wie bitte sollen Muslime in die Mitte der Gesellschaft rücken, wenn sie an den Rand der Stadt oder aber in ihre so genannten „Parallelgesellschaften“ abgeschoben werden?

Alles in allem enthält Hubers Aussage aber noch etwas Unterschwelliges: Muslime bauen zu viele und zu große Moscheen obwohl sie nicht gebraucht werden und an

Orten, wo kein Bedarf ist. Diese, als „kritisches Hinterfragen“ getarnte, Aussage wirft Muslimen entweder vorsätzliche Provokation oder aber einfach nur Dummheit vor und ist daher nicht geeignet, einen Dialog einzuleiten. Moscheen kosten sowohl im Bau als auch im Unterhalt sehr viel Geld. Geld, die die meisten muslimischen Gemeinden nicht haben oder die nur durch große Mühe mit Hilfe von Spendengeldern aufgebracht werden.

Kein muslimischer Bauherr wird sich ihren Geldgebern - den Mitgliedern - gegenüber rechtfertigen können, wenn Sie Finanzmittel durch zu große oder überflüssige Moscheebauten an Orten wo keine Muslime leben, aus dem Fenster werfen. Bevor mühsam zusammen getragene Gelder investiert werden, da darf man sich sicher sein, werden sich Muslime sowohl über die Größe als auch über den Ort ausreichend Gedanken gemacht haben. So viel Kompetenz und Verantwortungsgefühl muss man einem Dialogpartner schon zugestehen, möchte man sich nicht selbst der Lächerlichkeit aussetzen.

Nach Auskunft der Bundesregierung beträgt, die Pro-Kopf-Relation von 2.600 Moscheen und 3,2 Millionen Muslimen 1: 1.231 (was den christlichen Relationen von Kirchenmitgliedern zu Kirchengebäuden

entspricht: evangelisch = 1 : 1.164, katholisch = 1 : 1.050). Für den Moscheebesuch von Befragten mit der eigenen Religionsangabe „islamisch“ ergeben sich folgende Verteilungen: Rund ein Fünftel der Muslime sind als „religiös“ zu betrachten (18 %), ein weiteres Fünftel ist eher indifferent (20 %) und drei Fünftel leben keine religiöse Praxis (62 %). Diese Ergebnisse entsprechen zum einen den Angaben, die in der Bundestagsdrucksache (16/5033) zur Zahl der männlichen „Teilnehmer des wöchentlichen Freitagsgebets“ genannt werden (493.000) und die (auf 2,7 Mio. sich dem „Islam“ zugehörig Bekennende bezogen) einen Anteil von 18,3 „Religiösen“ unter den ‚Muslimen‘ ergeben.

Legt man nur die Teilnehmer des wöchentlichen Freitagsgebetes von ca. 500.000 zu Grunde und die Maximalschätzung von 2.600 „Moscheen“, müsste jeder Gebetsraum in Deutschland eine Kapazität für ca. 200 Menschen haben - im Fastenmonat Ramadan und an islamischen Feiertagen dürfte die Aufnahmekapazität mindestens um das Doppelte steigen. Davon sind wir, berücksichtigt man die kleinen Gebetsräume mit meist nur 20-50 m² „Größe“, die die Bundesregierung als „Moschee“ in der Statistik mit aufführt, weit entfernt, um

unterschwellig den Vorwurf zu erheben, Muslime würden zu viele und zu große Moscheen an Orten bauen, wo sie niemand braucht.

Bei Lichte betrachtet dienen pauschale Aussagen, wie die von Huber, keineswegs dem Dialog. Sie schüren bereits in ausreichendem Maße vorhandene Vorurteile und führen dazu, dass vorhandene Bedenken gegen Moscheebauten weiter zunehmen.

Die Rede Hubers in Dresden und auch seine Aussagen aus der jüngsten Vergangenheit über Muslime erinnert stark an das Kartenspiel „der schwarze Peter“. Es erhärtet sich der Eindruck, als wolle Huber mit solchen Aussagen der Öffentlichkeit vermitteln, dass die EKD gesprächsbereit sei und sogar Zugeständnisse mache. Die islamischen Gemeinschaften seien es, die blockierten, sobald es um „kritische Fragen“ gehe.

Das ist populistisch und nichts anderes als der Versuch, den Muslimen den schwarzen Peter zuzuschieben.

Wolfgang Huber muss lernen, sachliche und konstruktive Kritik von diffamierender Kritik zu unterscheiden, ist er tatsächlich an einem Dialog interessiert. Ein Dialog auf gleicher

Augenhöhe und nicht von oben herabblickend, ist für alle Beteiligten wünschenswert und zum Vorteil einer gemeinsamen Zukunft notwendig. Dieser Verantwortung, möchte man meinen, sollte sich der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland eigentlich bewusst sein.

ANWENDUNGSHINWEISE DES INNENMINISTERIUMS ZUM ZUWG VOM 19.08.2007

7. NOV, 2007 1 KOMMENTAR

Am 2. Oktober 2007 veröffentlichte das Bundesinnenministerium „Hinweise zu den wesentlichen Änderungen durch das Gesetz zur Umsetzung aufenthalts- und asylrechtlicher Richtlinien der Europäischen Union“ also dem Richtlinienumsetzungsgesetz bzw. dem 2. Änderungsgesetz zum Zuwanderungsgesetz. Darin werden u.a. folgende Änderungen erläutert, die Flüchtlinge und anderweitig Schutzberechtigte betreffen (§ 25 Abs. 3, §§ 26, 60, 72 AufenthG), Abschiebungshaft (§ 62 AufenthG) oder die Altfallregelung (§§ 104a, 104b AufenthG). [Weiterlesen »](#)

DER DEUTSCHE TV-ALLTAG: NORMAL IST DAS NICHT

2. NOV, 2007 1 KOMMENTAR

[Hilal Sezgin](#) zapft in der [Zeit](#) durch die vorabendliche Serienlandschaft, bevor die Tagesschau-Sprecherin die Nachricht von neuen Flüchtlingsleichen an europäischen Küsten verkündet und bemängelt entgegen zahlreichen Verlautbarungen die immer noch herrschende Nicht-Existenz von Migranten im deutschen TV-Programm. Anstoß des Artikels ist die "[Wohngemeinschaft Deutschland](#)" im ZDF. Von kommenden Montag an kümmert sich der Sender eine Woche lang intensiv ums Thema Integration. [Weiterlesen »](#)

BENEHMT EUCH. IHR SEID HIER NICHT ZU HAUSE

2. NOV, 2007 KEIN KOMMENTAR

[Christoph Butterwegge](#), Professor für Politikwissenschaft an der Universität zu Köln, schreibt in der "[Die Zeit](#)" über die deutsche Medienlandschaft und wie Sie über Ausländer berichten. Er fällt ein vernichtendes Urteil und macht auf die Bedeutung von sachlicher und objektiver Berichterstattung aufmerksam. Sein Artikel ist eine mediale Reise durch die letzten

Jahre. Die Anschläge auf das World Trade Center, so der Autor, seien eine Zäsur für die Berichterstattung der Medien über Migranten. [Weiterlesen »](#)

OKT

2007

WIE LEICHT AUS EINEM FLITTERWOCHENPAAR TERRORISTEN WERDEN

31. OKT, 2007 3 KOMMENTARE

schildert die [Hannoversche Allgemeine](#). Die Betroffenen, vielleicht dem einen oder anderen aus der Blogspähre bekannt, sind die Betreiber der Blogs [Musafira](#) und [Too Much Cookies](#). Jedenfalls haben sich die Betreiber vor kurzem das "Ja-Wort" gegeben und sich spontan für ein Flitterwochenende in die Hamwiede bei Walsrode entschieden. Kurz nachdem sich die beiden in ihrer Ferienwohnung bequem gemacht haben, kam die Polizei und stürmte mustergültig die Wohnung. [Weiterlesen »](#)

STUDIE: VERBRAUCHERSCHUTZ IN DER EINWANDERUNGS- GESELLSCHAFT

31. OKT, 2007 KEIN KOMMENTAR

Sie unterschreiben Hausratversicherungen und denken, es handelt sich um Haftpflichtversicherungen; sie arbeiten jahrzehntelang und bekommen doch nur eine Minirente, weil sie keine Belege gesammelt haben; sie haben an der Haustür

etwas unterschrieben und wundern sich über die hohen Kosten: Zuwanderer hierzulande wären die geborene Klientel für Verbraucherschützer und Schuldnerberater. Die Realität aber sieht anders aus, wie aus einer Studie für den [Bundesverband Verbraucherzentralen](#) (vzbv) hervorgeht. [Weiterlesen »](#)

VERFASSUNGSSCHUTZ NRW: MIT COMICS GEGEN DIE TERRORISTEN

29. OKT, 2007 KEIN KOMMENTAR

Mit der Publikation des zweiten Teils des Bildungscomics "Andi" soll gezielt islamistischen bzw. antidemokratischen Agitatoren die Offensive durch überzeugende, an die Lebenswelt von Jugendlichen angepasste Argumentation genommen werden.

Ein positiver Bezug auf die freiheitliche demokratische Grundordnung ist der Dreh- und Angelpunkt des Projekts. Darüber hinaus werden insbesondere der Islamismus und seine Propaganda gezielt entmystifiziert. Dies geschieht durch paradoxes Intervenieren ("Inspektor Columbo-Pädagogik"), das heißt: die Verunsicherung durch Fragen und die

Konfrontation mit Widersprüchen.
[Weiterlesen »](#)

INFOBRIEF VON DER SCHULE: BITTE SCHICKEN SIE IHRE TÖCHTER NICHT MIT KOPFTÜCHERN IN DIE SCHULE

26. OKT, 2007 KEIN KOMMENTAR

Immer mehr Schulen fordern muslimische Eltern auf, ihre Töchter ohne Kopftuch in die Schule zu schicken. Teilweise wird versucht, das Kopftuchtragen durch Bekleidungs Vorschriften in Schulordnungen zu unterbinden, teilweise durch "freiwillige" Verzichtserklärungen bei der Anmeldung in eine Schule. Es gibt auch Schulen, die durch Infobriefe auf mögliche Probleme aufmerksam machen und das ganze als eine Bitte im Sinne des Kindes formulieren. Im folgenden ein solcher Infobrief an die Eltern von Schülerinnen einer Grundschule:
[Weiterlesen »](#)

INTEGRATIONSKURSE FÜR DEUTSCHE

26. OKT, 2007 KEIN KOMMENTAR

Wie es der Zufall will: Im Beitrag "[Wohin mit der Moschee](#)" forderte Gastautor Naci Türk noch den Integrationskurs für Deutsche. Gestern entdeckte ich in der [Frankfurter Rundschau](#) ein Artikel mit gleichlautender Überschrift. Darin schildert Thomas Usleder, Autor des Buches "[Die Farben unter meiner Haut](#)", seine Erfahrungen, als Deutscher mit anderer Hautfarbe. Subjektiv aber mit Statistiken untermauert fordert er von der Mehrheitsgesellschaft, ebenfalls zu lernen und auch ihren Beitrag zur Integration zu leisten. Ausgangspunkt der Forderung ist eine simple Frage: "Woher kommen Sie?"
[Weiterlesen »](#)

KLAGE VOR DEM BUNDESVERFASSUNGSGERICHT GEGEN DEUTSCH- NACHWEIS BEI EHEGATTENNACHZUG ANGEKÜNDIGT

24. OKT, 2007 4 KOMMENTARE

Der Ehegattennachzug hängt seit der Änderung des Aufenthaltsgesetzes von dem Nachweis von Deutschkenntnissen ab. Ziel dieser Regelung solle die Verhinderung von Zwangsehen sein, erklärt Prof. Dr. Thomas Groß in der aktuellen Zeitschrift für

Ausländerrecht und Ausländerpolitik. Aber die Prämisse dieser Zweckbestimmung sei fraglich, so Groß, „denn damit wird unterstellt, dass Grundkenntnisse der deutschen Sprache quasi automatisch die Entscheidungsfreiheit erhöhen.“
[Weiterlesen »](#)

STUDIE WIDERLEGT NEGATIV- KLISCHEES ÜBER DIE EINWANDERER

23. OKT, 2007 5 KOMMENTARE

Getragen von einem Gremium aus Politik, Medien und Verbänden hatte Sinus Sociovision eine qualitativ-psychologische [Studie zu den Lebenswelten von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland](#) durchgeführt. Ziel der Studie sei ein unverfälschtes Kennenlernen und Verstehen der Alltagswelt von Migranten, ihrer Wertorientierungen, Lebensziele, Wünsche und Zukunftserwartungen gewesen.
[Weiterlesen »](#)

EINWANDERERKINDER SOLLEN BESSERE BILDUNGSCHANCEN BEKOMMEN

18. OKT, 2007 KEIN KOMMENTAR

Auf einem internationalen Symposium „Integration durch Bildung im 21. Jahrhundert“ in Berlin plädierte Kanzlerin Merkel für die Förderung von Migrantenkindern. Die Abhängigkeit von guter Bildung und sozialer Herkunft solle dringend durchbrochen werden. Sie verlangte von der Bundesregierung bessere Bildungschancen für Zuwanderer und Kinder aus bildungsfernen Familien. „Alle Kinder müssen die gleichen Chancen auf Bildung, Schule, Hochschule und Beruf haben“, so Merkel. [Weiterlesen »](#)

KOPFTUCHVERBOT IN AUSWEISPAPIEREN

17. OKT, 2007 12 KOMMENTARE

Wird das Tragen eines Kopftuchs im Ennepe-Ruhr-Kreis zum Ausweisungsgrund? Das möchte die nordrhein-westfälische Grünen-Abgeordnete Monika Düker nun mit Hilfe einer kleinen Anfrage klären. Unter anderem fragt Düker, wie die gängige Praxis

bei der Ausstellung oder Verlängerung von Pässen bzw. Aufenthaltserlaubnissen bezüglich des Passfotos bei muslimischen Frauen, die ein Kopftuch tragen, ist und inwiefern dies mit dem Recht auf Religionsfreiheit im Sinne des Artikels 4 Grundgesetz vereinbar ist. [Weiterlesen »](#)

JURBLOG.DE IST ZWEI JAHRE ALT!

16. OKT, 2007 7 KOMMENTARE

Vor zwei Jahren, im Oktober 2005, habe ich den Entschluss gefasst, das ab und zu erarbeitete, meist juristische ins Netz zu stellen. Ich entschloss mich nach einer kurzen Recherche, ein Blog zu starten. Die Domain JurBlog.de war noch frei und so nahm alles seinen Lauf. Anfangs unsicher und neu auf diesem Gebiet, befasste ich mich mehr mit juristischen Themen. Mit der Zeit kamen politische Themen hinzu, so dass sich JurBlog zu dem entwickelte, was es heute ist, ein juristisch-politischer Blog. Meine ursprüngliche Ambition, wichtige und hilfreiche Informationen rund um das Ausländerrecht mitzuteilen, erweiterte sich somit auch auf die Ausländerpolitik. [Weiterlesen »](#)

GROSS: DAS DEUTSCHE INTEGRATIONSKONZEPT - VOM FÖRDERN ZUM FORDERN?

15. OKT, 2007 1 KOMMENTAR

Prof. Dr. Thomas Groß durchleuchtet in der aktuellen ZAR (Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik, 2007, 315) die deutsche Integrationspolitik der letzten Jahre anhand der jüngsten Gesetzesänderungen. Das Wort „Integration“ im Aufenthaltsgesetz geht auf die von Bundesinnenminister *Otto Schily* eingesetzte Unabhängige Kommission Zuwanderung zurück. Darin wird festgestellt, dass Zuwanderung keine Bedrohung ist, sondern als Bereicherung verstanden und auch im Interesse der Aufnahmegesellschaft liegen kann. Als Ziel der Integration wird eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben unter Berücksichtigung kultureller Vielfalt angegeben. Außerdem wird betont, dass dazu beiderseitige Anstrengungen sowohl der Aufnahmegesellschaft wie der Zuwanderer erforderlich sind. Daher soll Integration durch „Fördern und Fordern“ erreicht werden. [Weiterlesen »](#)

VORSICHT BEI IMMOBILIENVERKAUF: "SIND SIE TERRORIST?"

13. OKT, 2007 20 KOMMENTARE

EU-Richter haben einem Terrorverdächtigen den Kauf einer Moschee in Berlin verboten. Wer auf der Terrorliste der EU stehe, dürfe keine Grundstücke erwerben, urteilte der Europäische Gerichtshof (EuGH) am Donnerstag in Luxemburg. Das Gemeinschaftsrecht gebiete ein Einfrieren aller Mittel von Personen, die wegen Verbindungen zu Personen oder Organisationen auf der Terrorliste stehen. [Weiterlesen »](#)

GASTBEITRAG: WOHIN MIT DER MOSCHEE?

11. OKT, 2007 14 KOMMENTARE

Moschee hin, Moschee her. Seit Langem wird in der Öffentlichkeit diskutiert, ob Moscheen in Deutschland gebaut werden sollen oder nicht. Nicht jeder ist für den Bau einer Moschee. Bewegungen, gegen Moscheebauten, waren erst auf kommunaler Ebene tätig, jetzt auf Landesebene. Leute, die heute gegen Moscheebau sind, haben sich in der Vergangenheit dafür stark gemacht, dass die

Moscheen aus dem Hinterhöfen raus kommen. Man wisse nämlich nicht, was die Muslime am Abseits der Gesellschaft treiben. [Weiterlesen »](#)

BVERFG: OB WIR DAS GLEICHE GESETZ VORLIEGEN HABEN?

11. OKT, 2007 3 KOMMENTARE

Über den Pilotversuch des nordrhein-westfälischen Innenministers Ingo Wolf (FDP), seinem Verfassungsschutz den Weg in die Festplatten zu ebnen, verhandelt seit Mittwoch der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe. Im Folgenden ein Paar höchst amüsante Zitate von [Hans-Jürgen Papier](#), den Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts und Gründe der Landesvertretung, die angeblich für die Online-Durchsuchung sprechen. [Weiterlesen »](#)

BMFSFJ-STUDIE ÜBER ZWANGSVERHEIRATUNGEN: KEINE ZAHLEN, KEINE FAKTEN UND NICHTS NEUES

9. OKT, 2007 7 KOMMENTARE

Unter "Gute Fragen und dreiste Antworten zu Zwangsehen" hatte ich auf eine kleine Anfrage der Linken aufmerksam gemacht. Der Bundesregierung wurde ein Fragenkatalog zum Thema Zwangsehen vorgelegt ([BT-Drucks. 16/5501](#)). Darin wollten die Fragesteller u.a. wissen, welche Bemühungen die Bundesregierung seit dem 19. Januar 2006 unternommen habe, um ihren Mangel an statistischen Daten und wissenschaftlichen Erkenntnissen zur Problematik der Zwangsverheiratung zu beseitigen? [Weiterlesen »](#)

AUF DEN STANDPUNKT KOMMT ES AN: TERRORIST ODER REBELL?

5. OKT, 2007 32 KOMMENTARE

Das Wort "Terrorist" erlebt seit den 70'ern den zweiten Frühling in Deutschland. Google News findet insgesamt 9.095 Artikel allein aus den letzten 30 Tagen, in denen das Wort "Terroristen" vorkommt. Umso erstaunlicher ist es, wenn deutsche Blätter mehrheitlich über "PKK Rebellen" sprechen, wenn sie über jüngsten Vorfälle in der Türkei vom 29.09.2007 berichten. PKK-"Rebellen" hätten bei einem Überfall auf einen Bus in der Türkei zwölf Menschen, darunter auch Säuglinge, getötet und zwei weitere verletzt.

Bis auf einen Fund bei [n-tv](#) konnte Google News keine Meldungen über die Vorfälle liefern, suchte man nach ["PKK" und "Terroristen"](#) (17 Treffer insgesamt in den letzten 30 Tagen). Sucht man hingegen nach ["PKK" und "Rebellen"](#) (49 Treffer!), fällt auf, dass nahezu alle Blätter über die Morde berichten.

Überraschend, dass der Begriff "Terrorist", wenn es um die PKK geht, zurückhaltend gebraucht wird. Handelt es sich doch nach dem Bundesamt für Verfassungsschutz um eine Terrororganisation, die am 26.11.1993 rechtskräftig verboten wurde.

[Rebell](#) wird bei Wikipedia als ein Widerstandskämpfer verstanden, die einer bestehenden Regierung bewaffneten Widerstand leistet. Die Grenze zwischen den Bezeichnungen Rebell und Terrorist verlaufe häufig fließend und sei standpunktabhängig. Der Begriff "Rebell" sei im Vergleich zu dem eindeutig negativ besetzten Begriff "Terrorist" wesentlich positiver konnotiert, etwa als Synonym zu "Freiheitskämpfer". Nicht umsonst fällt wohl bei vielen der Name "James Dean" als der berühmteste Rebell ein.

Jedenfalls wird mit zweierlei Maß gemessen, wenn es um Qualifizierungen von Organisationen aus dem In- und Ausland

geht. Würde eine Organisation wie die PKK in Deutschland seit über 30 Jahren herumtreiben und verantwortlich sein für über 37.000 tote Menschen, würde niemand auch nur auf die Idee kommen, von Rebellen zu sprechen.

Die Vorfälle in Deutschland Anfang der 90'er führten ohne Umwege zum Verbot der PKK. Doch scheint die Bezeichnung tatsächlich standpunktabhängig zu sein. Aus Deutschland aus berichtet es sich über die PKK in der Türkei sicher angenehmer. Aber wehe, wenn in Deutschland auch nur einem Menschen ein Haar gekrümmt wird ... Diese Haltung ist verlogen und spricht nicht für die allgemeine deutsche Presselandschaft, die gern für sich in Anspruch nimmt, objektiv und der Wahrheit verpflichtet zu sein.

Es leben mehrere Millionen Leser in Deutschland, die aus der Türkei stammen und in irgendeiner Weise mit dem Terror der PKK in der Türkei in Berührung gekommen sind, sei es durch Tote oder Verletzte in der Familie, in der Nachbarschaft oder im Bekanntenkreis. Millionen Leser, denen immer wieder vorgeworfen wird, wenn es um Integrationsforderungen geht, lieber türkische Zeitungen zu lesen, türkisches Fernsehen zu schauen und gegen deutsche Medien zu rebellieren.

CDU: TAG DER OFFENEN MOSCHEE SOLL NICHT AM 3. OKTOBER STATTFINDEN

4. OKT, 2007 28 KOMMENTARE

In ganz Deutschland haben Zehntausende Besucher am Mittwoch Moscheen besucht und mit Muslimen diskutiert. Der Zentralrat der Muslime hatte den Aktionstag 1997 ins Leben gerufen und wird seit dem jährlich veranstaltet. Nach dem Willen der CDU soll sich dies allerdings ändern. Der bundesweite "Tag der offenen Moschee" sollte nach Ansicht der hessischen CDU nicht am "Tag der Deutschen Einheit" veranstaltet werden. Der Vorsitzende der CDU- Landtagsfraktion, [Christean Wagner](#), nannte die Terminwahl am Mittwoch in einer Pressemitteilung "unsensibel" und "unpassend". [Weiterlesen](#) »

EINE TIEFTRAURIGE MAIL EINER LESERIN

4. OKT, 2007 7 KOMMENTARE

Vor ein Paar Tagen hat mich eine E-Mail erreicht, über dessen Inhalt ich geschockt, wütend und traurig gleichermaßen war und immer noch bin. Mit ausdrücklicher Zustimmung der Urheberin darf ich die Mail (anonymisiert) hier veröffentlichen. Es ist

unglaublich, wozu Menschen imstande sind und wie sie versuchen, das Denken anderer zu verhindern. Motiv, Religion, Hautfarbe, Ethnie oder was auch immer spielt keine Rolle: Eine Mail wie die folgende, sollte niemand schreiben müssen. [Weiterlesen »](#)

3. OKTOBER 2007 IST DER “TAG DER OFFENEN MOSCHEE”

2. OKT, 2007 1 KOMMENTAR

Unter diesem Motto findet der diesjährige Tag der offenen Moschee statt. Alljährlich findet diese Initiative der Moscheen seit 1997 statt. Zu dieser Veranstaltung laden bundesweit die Moscheegemeinden am kommenden Mittwoch ein. Erstmals in diesem Jahr laden gemeinsam die vier größten islamischen Dachverbände – DITIB, IR, VIKZ und ZMD – ein. So werden sich dieses Jahr Ortsgemeinden dieser Dachverbände an der bundesweiten Aktion beteiligen. Der Tag der offenen Moschee wird veranstaltet um zu informieren, sich vorzustellen und um sich gegenseitig kennenzulernen. Mit dem Tag der offenen Moschee öffnen sich die Moscheen immer mehr für den interkulturellen und interreligiösen Dialog. [Weiterlesen »](#)

GEHEIMER ERLASS DES IM NRW: SICHERHEITSÜBERPRÜFUNG VON STAATSANGEHÖRIGEN AUS BESTIMMTEN HERKUNFTSLÄNDERN

1. OKT, 2007 1 KOMMENTAR

Das [Flüchtlingsrat NRW](#) macht in seiner aktuellen Ausgabe (09/2007) auf einen geheimen Erlass des Innenministeriums NRW vom 11.7.2007 aufmerksam. Danach sollen Staatsangehörige aus bestimmten Ländern bei der Erteilung oder Verlängerung ihrer Aufenthaltserlaubnis einen Fragebogen zur Sicherheitsüberprüfung ausfüllen. Nach Informationen des Flüchtlingsrates NRW werden dort Fragen gestellt zu Kenntnissen über bestimmte Organisationen oder Kontakten zu diesen. Diesen Fragebogen würden alle Staatsangehörige aus bestimmten Ländern wie Irak, Iran, Afghanistan oder Pakistan vorgelegt bekommen. Dieser Erlass werde als Verschlussache gehandhabt und sei nicht einmal Rechtsanwälten zugänglich, obwohl das Ausfüllen (oder Nichtausfüllen) mögliche Rechtsfolgen nach sich ziehe. [Weiterlesen »](#)

SEP

2007

OECD-STUDIE: BILDUNGSBENACHTEILIGUNG BEI MIGRANTEN

26. SEP, 2007 KEIN KOMMENTAR

Die vor kurzem veröffentlichte OECD-Studie „Bildung auf einen Blick 2007“ belegt, dass die Bundesrepublik Deutschland eine erheblich ungünstige Qualifikationsstruktur von Migranten im Vergleich zur übrigen Bevölkerung aufweist. Der Bildungserfolg junger Menschen hänge in Deutschland zudem sehr stark von ihrer sozialen Herkunft ab. Die Integrationsdefizite im Bereich Bildung und Hochschule seien auch im „europäischen Jahr der Chancengleichheit für alle 2007“ unübersehbar. „Dies ist ein Grund für die schlechteren Arbeitsmarktergebnisse von Migranten - jedoch nicht der einzige, denn auch hoch qualifizierte Migranten tun sich in Deutschland auf dem Arbeitsmarkt schwer“, zitiert „Spiegel-Online“ die Studie „Jobs for Immigrants - Labour Market Integration in Australia, Denmark, Germany and Sweden“.

[Weiterlesen »](#)

KLEINE MOSCHEEN, GROSSE KATHEDRALEN UND DIE GEMEINSAME LEITKULTUR DES HERRN STOIBER UND DER FRAU PAULI

25. SEP, 2007 1 KOMMENTAR

Edmund Stoiber, in den letzten Tagen seiner Dienstzeit, sorgt sich um Zustand und Zukunft der Union. Was er unter Besinnung auf konservative Wurzeln versteht, beschreibt er mit einem griffigen Vergleich. Der scheidende CSU-Vorsitzende und bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber hat unter Bezug auf den umstrittenen Leitkultur-Begriff einen offensiven Umgang mit dem Islam gefordert. Die CDU sei gut beraten, sich auf ihre konservativen Wurzeln zu besinnen. Das heiße zum Beispiel: „Es gibt eine in Jahrhunderten gewachsene Leitkultur in Deutschland“, sagte Stoiber der „Bild“-Zeitung. „Also: Bei aller Toleranz – Kathedralen müssen größer sein als Moscheen.“

Zwei typische Aussagen von Herrn Stoiber, die flüssiger als Wasser sind, nämlich überflüssig. Wenn Herr Stoiber meint, dass Kathedralen größer als Moscheen sein müssen, fragt man sich, was ihn treibt. Die

Diskussion, die er gerne anstacheln möchte, gibt es nicht. Allenfalls Debatten darüber, wie groß die Moschee in den Himmel hinausragen darf. Das orientiert sich aber nicht an den Kathedralen in der Umgebung sondern am Geschmack des Architekten und des Bauherrn. Und darüber sollte man sich bekanntlich nicht streiten.

Bleiben wir verfassungstreu, stellt sich die stoibersche Frage überhaupt nicht. Die Größe der Moscheen, Synagogen oder Tempeln müssen sich, genau wie Kathedralen auch, an den Bedürfnissen der Menschen orientieren, die sie besuchen. Ein zu großes oder zu kleines Bauwerk ist rausgeschmissenes Geld und nutzt niemandem. Und wenn die nächste Kathedrale im Ort nur 2 m² groß ist, so ist es nur selbstverständlich, dass die Moschee größer gebaut wird. Andernfalls bestünde kein Bedarf.

Herr Stoiber, der eigentlich schlau genug sein sollte, um das zu wissen, möchte allem Anschein nach nichts anderes, als die Bevölkerung gegen Muslime aufzustacheln. Ein Problem in die Köpfe Mehrheitsgesellschaft zu projizieren, um - unabhängig von der architektonischen Größe - weitere Ablehnung gegen Moscheebauten in der Bevölkerung hervorzurufen. Er möchte indizieren,

Muslime bestünden auf den Bau von Moscheen, die größer seien als Kathedralen. Angst, Ablehnung und Scheu vor Muslimen sind die logischen Folgen, die niemand gebrauchen kann.

Die Begründung, die Herr Stoiber für seine Forderung aufführt ist typisch stoiberianisch und dünn zugleich: Schließlich sei da eine in Jahrhunderten gewachsene Leitkultur in Deutschland.

An dieser stellt sich einem doch gleich die Frage nach der gemeinsamen Leitkultur zweier Personen: Die des Herrn Edmund Stoiber und die der Frau Gabriele Pauli. Und damit sind keine zwei Extreme gemeint, von der der Eine im tiefsten Niederbayern sozialisiert wurde, die Andere dagegen an der Reeperbahn. Nein, es sind zwei Kontrahenten derselben Partei und derselben Region Deutschlands, die um die Gunst derselben Wähler buhlen.

Während Stoiber aber seine Partei immer auf das christliche ein schwört, möchte Frau Pauli konvertieren - "C". Während Stoiber das gutbürgerliche konservative Familienbild als Leitkultur zu vertickern versucht, möchte Gabriele Pauli die Ehezeit auf sieben Jahre befristen - "S". Und auch sonst sich die Beiden nicht sonderlich grün, weswegen sich auch die "U" als leere Hülse entpuppt.

Die Führungsriege einer lokalen Partei, in der nicht einmal gemeinsame Nenner über wesentliche Grundwerte existieren, sollte sich nicht anmaßen, über eine gesamtdeutsche Leitkultur zu sprechen. Es wirkt lächerlich.

EUGH: TÜRKISCHE TOURISTEN DÜRFEN OHNE VISUM EINREISEN!

24. SEP, 2007 2 KOMMENTARE

Hier der [Link](#) zur Entscheidung. Die Auswertung folgt in Kürze. Ich kann es kaum erwarten, Zeit dafür zu haben. Nur so viel: Nach Art. 41 Abs. 1 des Zusatzprotokolls gelte, sofern diese günstiger sei, für Einreisebestimmungen durch türkische Staatsangehörige die Rechtslage des Ausländergesetzes im Zeitpunkt des Inkrafttretens des Zusatzprotokolls, d.h. am 01.01.1973. Nach § 5 Abs. 1 Nr. 1 DVAusIG vom 10.09.1965 in der Fassung vom 13.09.1972 benötigten türkische Staatsangehörige nur dann vor der Einreise einen Sichtvermerk, wenn sie im Bundesgebiet eine Erwerbstätigkeit ausüben wollten. Für sonstige Aufenthalte bestand ohne zeitliche Begrenzung grundsätzlich keine Visumpflicht, da die Visumpflicht erst am 01.07.1980 eingeführt wurde. [Weiterlesen »](#)

DNA-TESTS BEI FAMILIEN- ZUSAMMENFÜHRUNG

21. SEP, 2007 13 KOMMENTARE

In Frankreich wird die Zuwanderung erschwert. Immigranten sollen sich künftig einem Sprach- und einem Wissenstest in ihrem Heimatland unterziehen. Verabschiedet wurde auch ein heftig umstrittener DNA-Test. Durch den Test soll sichergestellt werden, dass der Antragsteller tatsächlich der entsprechenden Familie zugehört. Die Prüfung im Herkunftsstaat wäre „freiwillig“ und müsste von dem Einwanderungsbewerber bezahlt werden, betonte Immigrationsminister Brice Hortefeux. Die Menschenrechtsliga LDH bezeichnete dies jedoch als einen Täuschungsversuch: „Niemand muss einen DNA-Test machen, aber es muss auch niemand ein Visum erhalten.“ [Weiterlesen »](#)

RASSISTISCHE EINBÜRGERUNGSPRAXIS DER „SCHWEIZERMACHER“

20. SEP, 2007 KEIN KOMMENTAR

Die Schweiz hat ein dreistufiges Einbürgerungsverfahren. Der Bund klärt bei Gesuchen um ordentliche Einbürgerung nur ab, ob auf Bundesebene Informationen

vorliegen, welche die Einbürgerung ausschließen. Die Gemeinden und Kantone kennen hingegen noch zusätzliche, eigene Wohnsitz- und Eignungsvoraussetzungen, die eine Bewerberin oder ein Bewerber erfüllen muss. Die Mitglieder einer Gemeinde dürfen sogar über den Antrag auf Staatsbürgerschaft von Einzelpersonen abstimmen. [Weiterlesen »](#)

JUSTIZMINISTERIN BRIGITTE ZYPRIES: ZEHN JAHRE HAFT FÜR TERROR-LEHRLINGE

19. SEP, 2007 21 KOMMENTARE

Unsere Justizministerin Brigitte Zypries kann einem schon manchmal leid tun. Die meist mit Sach- und gesundem Menschenverstand agierende Frau Zypries gerät aber von Zeit zu Zeit unter die Räder der Führungsriege des Innenministeriums und der übrigen üblichen Verdächtigen, die nach jedem Vorfall lauthals nach strengeren Gesetzen schreien. Sie scheint auch diesmal gehörig unter Druck gestanden zu haben. Nicht anders ist ihr, allem Anschein nach im Vakuum konstruiertes, Gesetzeswerk zu erklären. [Weiterlesen »](#)

DAS BREMISCHE VERSTÄNDNIS VON PARALLELGESELLSCHAFTEN

18. SEP, 2007 22 KOMMENTARE

Am vergangenen Freitag wurde vom Bremer Innensenator Willi Lemke verkündet, dass die größte Gefahr von Nazis ausgehe. Üblicherweise geht bei den Verfassungsschutzämtern des Bundes und der Länder die größte Gefahr, obwohl kriminalstatistisch das Gegenteil der Fall, vom „islamischen“ Terrorismus aus. Jedenfalls sei die Zahl rechtsextremistischer Straftaten in Bremen im vergangenen Jahr gestiegen. Die Sicherheitsbehörden hätten 138 (121 im Jahr zuvor) derartige Delikte registriert. [Weiterlesen »](#)

HÖHERE RUNDFUNKGEBÜHREN DURCH DIE FERNSEH- STEUER?

17. SEP, 2007 KEIN KOMMENTAR

Die bisherige Geräte-Abgabe über die GEZ ist umstritten. Vertreter der Bundesländer erwägen stattdessen eine Kopfpauschale oder Umlagen über Steuern. Auch eine Haushalts-Abgabe steht zur Debatte. In

Überlegung ist ebenfalls, die Steuer bzw. Abgabe unabhängig vom Besitz eines TV-Gerätes zu gestalten, damit sich auch niemand mehr drücken kann. Was immer auch kommen mag, billiger als bisher soll es jedenfalls nicht werden. Zumindest nicht für die arbeitende und Geld verdienende Bevölkerung. Für die arbeitslosen sowie sonstigen Bedürftigen wird sich, bis auf das verbesserte Angebot der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, nichts ändern. [Weiterlesen »](#)

AUS "TOD EINES KRITIKERS" VON MARTIN WALSER

14. SEP, 2007 2 KOMMENTARE

Für meine freien Tage in der Türkei, hatte ich ein Paar lockere Bücher und ein Sachbuch für alle Fälle eingepackt. Ich dachte mir: Weg von Recht und Gesetz, der deutschen Innenpolitik, den Ausländern und das ganze drumherum. Ich werde bald in einem Dorf mitten in Zentralanatolien sein, wo ich - trotz deutscher Staatsbürgerschaft - weder deutscher mit Migrationshintergrund noch Ausländer bin. Ein Dorf, in der das Wort "Ausländer" noch nie ins türkische übersetzt wurde. [Weiterlesen »](#)

BAYERN FORDERT UMGEHEND SANKTIONEN BEI GOTTESLÄSTERUNG

14. SEP, 2007 6 KOMMENTARE

Der noch amtierende bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber (CSU) hatte bereits nach der Ausstrahlung der Fernseh-Comic-Serie „Popetown“ im vergangenen Jahr härtere Strafen gefordert. Bayerns Justizministerin Beate Merk (CSU) hat der Wochenzeitschrift „Spiegel“ zufolge eine Bundesratsinitiative zur Änderung des § 166 Strafgesetzbuch (StGB) vorbereitet, wonach nicht erst eine Beschimpfung von Religion und Kirche strafbar sein soll, sondern bereits die Herabwürdigung oder die Verspottung. [Weiterlesen »](#)

AUFENTHALTSTITEL NACH ARB 1/80 FÜR TÜRKISCHE BILDUNGS AUSLÄNDER

10. SEP, 2007 4 KOMMENTARE

Deutschland ist eines der ersten Adressen weltweit, wenn Studenten ihre Ausbildung im Ausland fortführen wollen. So waren im Jahre 2005 fast 200.000 ausländische Bildungsausländer an deutschen Hochschulen immatrikuliert. Die größte

Gruppe ausländischer Studierender stammt mit fast 26.000 aus China gefolgt von Bulgarien und Polen. An sechster Stelle kommen türkische Studenten (ca. 6.500), die 3,5 % unter allen Bildungsausländern ausmachen. [Weiterlesen »](#)

WIE DER BUNDES RAT DAS SCHÄCHTEN VON TIEREN ERSCHWEREN WILL

5. SEP, 2007 15 KOMMENTARE

Seit 1990 und § 90a BGB wissen wir, dass Tiere keine Sachen sind aber die für Sachen geltenden Vorschriften auf Tiere entsprechend anzuwenden sind. Dieser Ping-Pong-Paragraph erhielt am 26. Juli 2002 Verstärkung. Seit dem ist Tierschutz als Staatsziel im Grundgesetz verankert. Doch noch im Jahre 2000, also zwei Jahre zuvor, wurde die Aufnahme des Tierschutzes in das Grundgesetz noch abgelehnt. Was war passiert? Ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts (15. Januar 2002 ([1 BvR 1783/99](#))) änderte schlagartig die Gemütslage unserer Politiker. Das Gericht entschied, dass das Tierschutzgesetz so auszulegen ist, dass muslimische Metzger eine Ausnahmegenehmigung für das Schächten erhalten können wenn sie persönlich der Überzeugung sind, dass der Glaube das betäubungslose Schlachten

erfordere. Das Gericht hatte die grundgesetzlich verankerte Religionsfreiheit dem einfachgesetzlichen Tierschutz also übergeordnet. Logisch! Ebenfalls logisch, so dachte man sich im Plenum des Bundestages 2002 wohl, dass der Tierschutz dann einfach ins Grundgesetz müsse, quasi auf gleiche Augenhöhe.

Das Bundesverwaltungsgericht ([Az. BVerwG 3 C 30.05](#)) in Leipzig machte unseren Politikern allerdings einen Strich durch die Rechnung. Das Gericht entschied im November 2006, dass auch die Aufnahme des Tierschutzes als Staatsziel in das Grundgesetz es nicht ausschließt, einem muslimischen Metzger eine Ausnahmegenehmigung zum betäubungslosen Schlachten (Schächten) von Rindern und Schafen zu erteilen, um seine Kunden entsprechend ihrer Glaubensüberzeugung mit Fleisch zu versorgen.

Wenn das so ist, denkt sich nun der Bundesrat, gestatten wir das betäubungslose Schlachten von Tieren künftig nur noch dann, wenn der Antragsteller ausdrücklich nachweist, dass es dafür zwingende Vorschriften der Religionsgemeinschaft gibt. Das überrascht! Die Damen und Herren scheinen nicht überzeugt zu sein, von den Feststellungen

der Gerichte. Bei der Religionsfreiheit geht es weniger um Vorschriften irgendwelcher Religionsgemeinschaften als vielmehr um die persönlichen Überzeugungen des Einzelnen.

Außerdem soll er nachweisen, dass dem zu schlachtenden Tier auf diese Art nicht mehr Schmerzen zugefügt wird, als bei der Schlachtung mit Betäubung. Aha! Und wie stellt man sowas fest? Nach dem Willen des Bundesrates soll dies anhand fachwissenschaftlicher Maßstäbe beurteilt werden, bei der es aber (leider) noch Forschungsbedarf gäbe. Im Prinzip also eine Voraussetzung, die der Metzger irgendwann mal theoretisch erbringen könnte, wenn die Fachwissenschaft das Gebiet ausreichend erforscht hat. Das wird ihn freuen.

Der Bundesrat hat seine Vorstellungen jedenfalls zu einem Gesetzesentwurf zur Änderung des Tierschutzgesetzes ([BT-Drs. 16/6233](#)) zusammengefasst und eingebracht. Der Bundesrat wolle damit der seit 2002 geänderten Verfassungslage (Tierschutz im Grundgesetz) gerecht werden. Mit der Aufnahme des Tierschutzes als Staatszielbestimmung in das Grundgesetz, sei das rechtliche Gewicht des Tierschutzes schließlich gestärkt worden.

Nun ja, genau so gut könnte ich auch - in Anbetracht der Rechtsprechungs- und Gesetzgebungschronologie - behaupten, dass der Tierschutz Dank muslimischer Metzger gestärkt wurde oder dass man sich gar nicht *für* den Tierschutz stark macht, sondern *gegen* muslimische Metzger. Dann würde man mir aber wahrscheinlich vorwerfen, polemisch zu sein.

Zum Glück aber - und das meine ich ausnahmsweise mal ernst - gibt es Menschen in der Bundesregierung, die mit Realismus an diese "Sache" (siehe ersten Satz) herangehen. Nach dessen Ansicht ist die Forderung nach einem Nachweis zwingender Religionsvorschriften für das Schächten als auch der Nachweis dafür, dass das Schächten nicht mehr Schmerzen verursacht als das Schlachten mit vorheriger Betäubung als "in verfassungsrechtlicher Hinsicht" bedenklich. "Man muss sich eine weitere Pleite vor Gericht ja nicht selbst anhalsen", werden sie die Damen und Herren aus der Bundesregierung wohl gedacht haben. Andere Gründe für die neuerliche *Sachlichkeit* fallen mir gerade nicht ein.

TITELSEITE EINER KLEINEN TÜRKISCHEN TAGESZEITUNG - MERKEL ALS “ZWEITER HITLER”

4. SEP, 2007 2 KOMMENTARE

Wenn türkische Medien über Ereignisse berichten, die sie verärgern, ist es wahrscheinlich, dass die Sachlichkeit auf der Strecke bleibt. Entpuppt sich etwas allerdings als erfreulich, so werden die Urheber hochgelobt in den siebten Himmel. So ist die türkische Presse, ganz oder gar nicht. Das neue Zuwanderungsgesetz, das ist kein Geheimnis, gefiel den Türken ganz und gar nicht. Und wie nicht anders zu erwarten, titelten türkische Zeitungen eine Superlative nach dem anderem. Sicher gibt es türkische Blätter, die um Sachlichkeit bemüht sind. Doch einige verdrehen die Tatsachen, übertreiben maßlos oder hetzen ihre Leser. Wie letzteres geht, hat die türkische Tageszeitung [Vakit](#) vorzüglich gezeigt (siehe [Die Zeit](#)). Auf der Titelseite wurde Merkel mit einem Hakenkreuz am Arm abgedruckt. [Weiterlesen »](#)

LÄNDER-KULTUSBEHÖRDEN: NICHTTEILNAHME AM SCHWIMMUNTERRICHT AUS RELIGIÖSEN GRÜNDEN SIND EINZELFÄLLE

3. SEP, 2007 1 KOMMENTAR

Der Interkulturelle Rat in Deutschland hat versucht, die Debatte um den Schwimmunterricht muslimischer Schülerinnen, durch Fakten zu versachlichen. Der Rat fragte die Kultusministerien aller Länder nach ihren Erfahrungen. 14 der 16 Länder antworteten, teils ausführlich. Fazit der Antworten: Von Massenboykott kann keine Rede sein. Bei der Nichtteilnahme am Schwimmunterricht aus religiösen Gründen, so die 14 Ministerien, handelt es sich um “Einzelfälle”. “In aller Regel”, so die Antwort aus Hessen, lassen sich Konflikte auf Schulebene “sinnvoll lösen”. Zahlen über entsprechende Anträge sammeln die Landesministerien zwar nicht, nur Berlin. Dort indes wurden von Oktober 2005 bis Mitte 2007 ganze 19 Anträge erfasst. Alle wurden abgelehnt. [Weiterlesen »](#)

AUG

2007

GASTBEITRAG: VON MÜGELN NACH GUNTERSBLUM

31. AUG, 2007 20 KOMMENTARE

Letzte Woche haben in der ostdeutschen Kleinstadt Mügeln etwa fünfzig junge Deutsche Mitten in der Stadt eine Gruppe indischer Migranten gejagt und mehrere Menschen teils schwer verletzt. Während der Mob die wehrlosen Menschen brutal zusammenschlug, rief sie in festlicher Stimmung Parolen wie „Ausländer raus“ und „Hier regiert der nationale Widerstand“. Darauf angesprochen, wehrte sich der Bürgermeister besorgt über den Imageschaden für seine Stadt, in Mügeln gebe es keinen Rechtsextremismus, „ausländerfeindliche Parolen könnten jedem mal über die Lippen kommen“. Außerdem sei es lächerlich, zu behaupten, die Inder seien durch die ganze Stadt gehetzt worden. „Dabei sind es von dem Festzelt bis zu der Pizzeria nur 30 Meter“ so die Bemerkung des OB. Seltsam auch die Erklärung der Polizei, dass sich „allzu viele“ Zeugen nicht gemeldet hätten und viele sich anscheinend schwer täten, „Zivilcourage zu zeigen“. Erschreckender Bericht über die Alltagskultur einer ostdeutschen Stadt. [Weiterlesen »](#)

ATTACKEN AUF AUSLÄNDER SIND ALLTAG - ÜBERALL

30. AUG, 2007 10 KOMMENTARE

So etwas wie in Mügeln könne überall passieren, hatte der nordrhein-westfälische Integrationsminister Armin Laschet (CDU) am Wochenende gesagt. Die Zahlen bestätigen ihn: Nach Angaben der Bundesregierung wurden in den ersten sechs Monaten dieses Jahres 5321 Fälle von rechtsextremistischer Kriminalität registriert. Darunter waren 339 Gewalttaten, 324 Personen wurden verletzt. Demnach werden zwei Personen täglich aufgrund rechtsextremistischer Gewalttaten insbesondere in Niedersachsen, Sachsen, Nordrhein-Westfalen, Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern verletzt. In diesen Ländern ist die registrierte rechtsextremistische Kriminalität am höchsten. In Relation zu den Einwohnerzahlen liegen Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Berlin an der Spitze. [Weiterlesen »](#)

GASTBEITRAG: OFFENER BRIEF AN HERRN GIORDANO - NICHT DER ISLAM, DIE RADIKALEN AUF BEIDEN SEITEN SIND DAS PROBLEM

29. AUG, 2007 5 KOMMENTARE

Lieber Herr Giordano,

ich habe Ihren Artikel in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung und Ihren Brief an Herrn Alboga gelesen.

Ich respektiere und schätze Ihren Kampf gegen den Antisemitismus und gegen den Rassismus, deshalb bin ich sehr überrascht, dass sie in Ihren Äußerungen so radikal und undifferenziert über Koran und Muslime ohne empirische Studien als Beleg (vor-)urteilen. Goethe hat eine andere Meinung über Koran und Muslime gehabt. Hat er den Koran nicht richtig lesen können? Hat seine Genialität dazu nicht ausgereicht? Zum Beispiel schrieb er auch ein Gedicht mit dem Namen "Mahomets Gesang" zu Ehren des islamischen Propheten Mohammed. [Weiterlesen »](#)

BILDBLOG`S WERBESPOT

24. AUG, 2007 1 KOMMENTAR

[BILDblog](#) goes TV! Eine der erfolgreichsten Blogs in Deutschland hat es geschafft, als erster Blog einen eigenen Werbespot zu produzieren und ins Fernsehen zu bringen. Namhafte Schauspieler wie Anke Engelke und Christoph Maria Herbst nahmen für lau an den Dreharbeiten teil und herausgekommen ist eine der witzigsten Werbespots der letzten Jahre. Vorab: die zehnte und letzte Lüge, ist die beste Lüge. [Weiterlesen »](#)

EIN GEZAHLTES TELEFONAT MIT LOGISCHEM TIEFGANG

24. AUG, 2007 KEIN KOMMENTAR

Es gibt in den letzten Tagen viel zu lesen über die GEZ. Die Gemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten hat die Wissensplattform akademie.de über die Rechtsabteilung der GEZ abgemahnt. Aus diesem Anlass mal die Wiedergabe eines GEZahlten Telefonats mit logischem Tiefgang. Hans Müller telefoniert mit der GEZ: [Weiterlesen »](#)

MÜGELN: 50 TÜRKEN JAGEN ACHT DEUTSCHE DURCH INNENSTADT

23. AUG, 2007 18 KOMMENTARE

Nach einem Streit in einer Großstadt in NRW waren acht Deutsche in eine nahe gelegene Kneipe geflüchtet. Dorthin verfolgte sie eine Gruppe von etwa 50 zumeist jungen Türken. Die Angreifer traten die Tür der Gaststätte ein. Rund 70 Polizeibeamte drängten die Angreifer dann ab. Bei den handgreiflichen Auseinandersetzungen wurden acht Deutsche und vier Türken verletzt. Zahlreiche Schaulustige Türken hatten sich den Überfall mit angesehen, ohne den Verfolgten zu helfen. Die türkischen Angreifer hätten nationalistische Parolen gebrüllt. Einer Polizeisprecherin zufolge soll die Meute "Kartoffelfresser" und "hier regiert Türkenpower" gerufen haben. Es sei auch ein Skandal, dass die Schaulustigen zustimmend applaudiert hätten. "Fakt ist: Auch wenn Alkohol hat um diese Zeit eine Rolle gespielt hat, darf sowas nicht passieren."

Nach Sachsens Innenminister Albrecht Buttolo (CDU), muss die Aktion lange vorher geplant gewesen sein. Eine Verfolgungsjagd mit 50 Beteiligten könne nicht einfach spontan entstehen. Die acht Deutschen seien zufällig auf die Feier eines türkischen Vereins in einem von überwiegend Türken bewohnten Viertel gestoßen und sich unter die Leute gemischt. Die Deutschen hätten sich nach Angaben von Augenzeugen nicht

auffällig verhalten. Sie wollten einfach nur mitfeiern.

Der Oberbürgermeister der Stadt beschwerte sich über die zunehmenden Parallelgesellschaften in einigen Ortsteilen und fügte hinzu, dass das Problem seit längerem bekannt sei. Allerdings sei es nicht einfach gegen eine Horde von Menschen in Gebieten anzukämpfen, in denen sich selbst Polizisten nicht sicher fühlten. Er verlangte Verstärkung vom Innenministerium und versprach alles dafür zu tun, dass so ein Vorfall sich nicht wiederholt. Die Täter würden alsbald gefasst werden. Dafür würde er sich persönlich einsetzen. Dass auch zum Tatzeitpunkt Alkohol im Spiel gewesen sei, sei keine Entschuldigung für Gewalttaten. Wer nicht trinken könne, müsse es sein lassen. Schließlich dürfe man betrunken auch kein Auto fahren.

Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble meldete sich nur wenige Stunden, nachdem der Vorfall bekannt wurde, aus seinem Urlaubsort zu Wort. Seine Interviews erscheinen fast täglich in der FAZ, Süddeutsche Zeitung, TAZ, Frankfurter Rundschau, Die Welt, Die Zeit und in vielen anderen Tageszeitungen. Die öffentlich rechtlichen Rundfunkanstalten senden täglich mit Sondersendungen vor und nach den Hauptnachrichten über Arbeitslosigkeit,

Kriminalität und das sonstige Elend in sog. Parallelgesellschaften.

Darin drückt Wolfgang Schäuble sein Mitgefühl für die Opfer aus und kündigt Gesetzesänderungen sowie ein hartes Durchgreifen gegen die Täter an. Auf die Jugendlichen solle kein Jugendstrafrecht angewendet werden. "Wer zu so einer Tat bereit sei, sei in der Regel auch kein Kind mehr". Auch die sofortige Ausweisung sämtlicher Täter stehe an der Tagesordnung. "Wer unsere Gesetze missachtet, hat in Deutschland nichts zu suchen". Die ersten Entwürfe über weitere Verschärfungen des Zuwanderungsgesetzes seien bereits in Arbeit, um Kriminelle künftig schneller abschieben zu können.

Zwei Tatverdächtige, die kurz nach dem Gemetzel gefasst wurden, befinden sich immer noch in Untersuchungshaft. Die beiden Verdächtigen (21 und 23), hätten sich bisher zwar nie etwas zu Schulden kommen lassen und sich sehr kooperativ gezeigt, doch hielten die Ermittlungen an. Zurzeit sei immer noch unklar, ob die Festgenommenen mitgemacht haben oder nur zufällig anwesend waren.

Es wurde ein Gipfeltreffen aller Innenminister der Länder im Bundeskanzleramt angekündigt, in der

darüber beraten werden soll, wie man gegen Ausländerkriminalität künftig besser vorgeht. Sofortmaßnahmen wie Fingerabdrücke aller Ausländer und Speichelproben sind angedacht, um eine schnellere Aufklärung zu ermöglichen. Das Innenministerium gab bekannt, dass neben dem internationalen Terrorismus nun auch Ausländerkriminalität die größte Gefahr für die Innere Sicherheit darstelle. Man werde alle Hebel in Bewegung setzen, um auch dagegen wirksam vorzugehen. Einheitlich habe man bereits jetzt beschlossen, Bundesmittel beim Kampf gegen die Ausländerkriminalität weiter aufzustocken.

Einer von der Bundesregierung bei führenden Meinungsforschungsinstituten in Auftrag gegebenen repräsentativen Umfrage zu folge leben 62% Prozent der Deutschen in ständigem Angst vor Überfällen von Ausländern. Weitere 29% gaben an, dass sie bei Möglichkeit Ausländerviertel umfahren oder umgehen. Lediglich 9% gaben an, dass sie sich sicher fühlten und die Diskussionen der letzten Tage für übertrieben halten.

Von Migrantenverbänden wurde gefordert, dass sie sich von diesen Taten ausdrücklich distanzieren und ihre Mitglieder dazu aufrufen bei der Aufklärung mit der Polizei gemeinsam zu arbeiten. Insbesondere die

türkischen Verbände hätten eine Bringschuld und würden durch die Schaffung von Parallelgesellschaften solchen Vorfällen Tür und Tor öffnen. Auf die Einwände, dass die Parolen nur von Einzelpersonen gekommen seien und nicht auf alle übertragbar wären, wolle man sich nicht einlassen. Getreu dem Motto: "mitgegangen-mit gehangen" könne sich niemand, der dort anwesend war, davon glaubhaft distanzieren. Wer solche Parolen zulasse, trage ebenso die Verantwortung wie derjenige, der es von sich gebe.

Aus den Reihen der Union wurden erneut Stimmen laut, die einen EU-Beitritt der Türkei ausschließen. Die jüngsten Vorfälle würden deutlich zu Tage bringen, dass die Türken noch lange nicht für die Europäische Union seien. Die EU sei geprägt von der christlich-jüdischen Tradition, die gegen Antisemitismus sei. Die Türkei hinke der EU um Jahrzehnte hinterher. Deutschland und Europa könnten sich nicht leisten, Menschen zu dulden, die nach Ethnie, Religion oder Abstammung unterscheiden.

Auch Soziologen kommen zu Wort, die eine Parallele zu den Krawallen in den Pariser Vorstädten ziehen und in den Vorfällen den Beginn sehen. Auszüge aus Reden von sog. Islamkritikerinnen, die einen Zusammenhang zwischen diesem Vorfall

und dem herrschenden Patriarchat in muslimischen und überwiegend türkischen Familien sehen, füllen die Feuilleton Seiten. Türkische Männer könnten es nicht haben, wenn Deutsche gemeinsam mit türkischen Frauen feiern. Weitere Lokalzeitungen versuchen die Debatte wissenschaftlich zu führen und veröffentlichen Untersuchungen von Universitätsprofessoren, die meinen, ein türkisches Gewaltgen ausfindig gemacht zu haben.

Vereinzelte Stimmen aus den Reihen der Grünen, Linken und einige Wissenschaftler warnen zwar vor Vorurteilen und Pauschalisierungen, finden jedoch kaum Gehör.

MÜGELNS BÜRGERMEISTER: KEIN RECHTSEXTREMER HINTERGRUND, LEDIGLICH AUSLÄNDERFEINDLICHE PAROLEN

23. AUG, 2007 2 KOMMENTARE

In "50 Deutsche jagen acht Inder durch Innenstadt" habe ich bereits versucht zu verdeutlichen, wie verlogen die Bundesregierung und die Länder mit dem "islamistischen" Terrorismus auf der einen Seite und dem Rechtsextremismus auf der

anderen Seite umgehen. Doch schlägt das, was aus Mügeln zu lesen ist, dass bisher bekannte um eine vielfaches. Der Bürgermeister von Mügeln meint, nach Angaben der [Welt](#), einen Unterschied zwischen ausländerfeindlichen Parolen und Rechtsextremismus ausmachen zu können:

dass es wahrscheinlich keinen rechtsextremen Hintergrund gibt, sondern dass ausländerfeindliche Parolen gesagt worden sind

Wer ausländerfeindliche Parolen von sich gibt, hat sich, nimmt man den Begriff mal auseinander, zum Feind von Ausländern erklärt. Und wer sich den Ausländer ohne wenn und aber zum Feind erklärt, ist Rechtsextremist.

Weiter appelliere Bürgermeister Deuse an die Bürger Mügeln:

die, die Dinge gesehen haben, sich zu melden, um Aussagen zu treffen, damit dieser Vorwurf, der nun auf Mügeln lastet, endlich abgebaut wird.

Nach dem Willen des Bürgermeisters ist dies ein Aufruf nur an die, die helfen können, den Vorwurf abzubauen. Diejenigen, die Mügeln belasten könnten, werden nicht angesprochen. Allem Anschein nach

bestehen keine Zweifel bei den Verantwortlichen: Es gibt kein Rechtsextremismus und das muss mit allen Mitteln bestätigt werden.

Solche Parolen können jedem mal über die Lippen kommen

sagte Deuse weiter, als ihn die "Financial Times Deutschland" auf die "Ausländer-
raus"-Rufe während der Hetzjagd auf acht Inder ansprach. Das sagt im Grunde alles.

Selbstverständlich melden sich auch Unionler zu Wort. CDU-Innenpolitiker Wolfgang Bosbach soll gesagt haben, dass nach dem ersten Anschein der Verdacht nahe liege, dass es ausländerfeindliche Motive für die Tat in Mügeln gebe. Er warne aber zugleich "vor einer Bagatellisierung". Sachsens Ministerpräsident Georg Milbradt (CDU) warne vor Vorverurteilungen. Zunächst müsste der Sachverhalt durch die polizeilichen Ermittlungen in Mügeln aufgeklärt werden: "Weder kann ein rechtsextremistischer, ausländerfeindlicher Hintergrund verneint werden, er ist aber auch nicht bewiesen". CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla hat sich gegen die Aufstockung der Bundesmittel für Initiativen und Programme gegen Rechtsextremismus ausgesprochen. "Wir brauchen nicht mehr

Geld, sondern mehr Zivilcourage", sagte er der Ostsee-Zeitung.

Genau die Courage, die unsere Bundesregierung vermissen lässt. Bloß keine Pauschalisierung, keine Vorurteile und Urteile, bevor der Sachverhalt aufgeklärt wird. So Unrecht haben die Herren ja nicht. Selbstverständlich bietet dieser Vorfall keinen Grund zur Pauschalisierung, selbstverständlich muss der Sachverhalt aufgeklärt werden bevor ein Urteil gesprochen werden kann. Doch erkennt man eine gewisse Verlogenheit.

Weit zurück braucht man nicht einmal zu schauen. In der jüngsten Vergangenheit gab es einen Fall eines Einzeltäters, die dazu geführt hat, dass über Nacht drei Millionen Ausländer in Deutschland zu Ehrenmördern erklärt wurden. Keine Differenzierung und extrem vorurteilsbehaftet gingen insbesondere Unionspolitiker vor. Während die Ermittlungen noch andauerten, wurden Höchststrafen nicht nur für den Täter sonder gleich für die gesamte Familie gefordert. Von Ausweisung und Gesetzesverschärfungen war die Rede. Es handele sich um ein *türkisches* Problem waren noch die harmlosesten Schlussfolgerungen.

Weshalb die Herren gerade bei einer Massenschlägerei mit 50 Tätern anfangen zu differenzieren und sich auf rechtsstaatliche Werte besinnen, erscheint mir offensichtlich. Schaut man sich die Opferzahlen von Ehrenmördern und Rechtsextremen an, werden die Verhältnisse deutlich. Wir haben allenfalls ein deutsches Problem.

[An anderer Stelle](#) und in einem anderen Zusammenhang wird deutlich, worum es im Grunde geht:

"Der Kampf gegen den Terrorismus überschattet die Gefahren der herkömmlichen Kriminalität ... Dass ein Mensch in Deutschland Opfer eines terroristischen Anschlags wird, ist tausendfach unwahrscheinlicher als Opfer der organisierten Kriminalität zu werden ... Nach den Anschlägen vom 11. September wurden versierte Beamte aus der organisierten Kriminalität zur Terrorabteilung versetzt."

Tatsächlich schenkt das Bundesinnenministerium der organisierten Kriminalität offenbar weniger Aufmerksamkeit als früher. Bis zum Jahr 2003 hatte der Bundesinnenminister, damals noch Otto Schily (SPD), beispielsweise über professionellen

Menschenhandel und Prostitution auf eigenen Konferenzen berichtet. Unter seinem Nachfolger Wolfgang Schäuble (CDU) war die organisierte Kriminalität hingegen nicht einmal eine Mitteilung mehr wert.

Man stelle sich das Szenario nur mal andersherum vor: "50 Türken jagen acht deutsche durch Innenstadt". Was da los wäre. Aber dazu später...

KÖHLER UNTERZEICHNET GEÄNDERTES ZUWANDERUNGSGESETZ

22. AUG, 2007 3 KOMMENTARE

Bundespräsident Horst Köhler hat das neue Zuwanderungsgesetz unterschrieben. Die Prüfung habe "keine durchgreifenden verfassungsrechtlichen Bedenken ergeben", die eine Ausfertigung des Gesetzes verhindert hätten. Unberücksichtigt sind die Fachleute geblieben, die in drei Anhörungen des Innenausschusses zum betreffenden Gesetzentwurf darauf hingewiesen haben, dass die Änderungen insbesondere beim Ehegattennachzug gegen das Grundgesetz verstoßen. Immerhin wird zugegeben, dass es verfassungsfeindliche Bedenken gibt, die nach Ansicht des Bundespräsidenten

lediglich nicht *durchgreifend* sind. [Weiterlesen »](#)

WIDERSTÄNDE GEGEN DIE FOLTER

21. AUG, 2007 KEIN KOMMENTAR

Widerspruch gegen die Anwendung der Folter hatte es bereits in der Zeit vor Christus gegeben. So rügt Cicero in einer Rede die Folteranwendung wie folgt: „Bei den peinlichen Fragen scheint man nicht darauf auszugehen, die Wahrheit zu erforschen, sondern um damit jemanden, der gefoltert wird, zu falschen Aussagen zu zwingen[1]. Im Mittelalter und in der frühen Neuzeit galten die Bedenken teils gegen die Glaubwürdigkeit von erzwungenen Geständnissen, teils wurden sie jedoch auch als unmenschliches Mittel bezeichnet[2]. Diese unterschiedliche Missbilligung hatte auch unterschiedliche Forderungen zur Folge. Die einen forderten „lediglich“ die Einschränkung der Folter und verurteilten den Missbrauch. Wohingegen die anderen die gänzliche Abschaffung verlangten. Die Widerstände gegen die Folter sollen deshalb unter diesen beiden Gesichtspunkten analysiert werden. [Weiterlesen »](#)

50 DEUTSCHE JAGEN ACHT INDER DURCH INNENSTADT

20. AUG, 2007 4 KOMMENTARE

Nach einem Streit in Mügeln waren acht Inder in eine nahe gelegene Pizzeria geflüchtet. Dorthin verfolgte sie eine Gruppe von etwa 50 zumeist jungen Deutschen. Die Angreifer traten die Tür der Gaststätte ein. Rund 70 Polizeibeamte drängten die Angreifer dann ab. Bei den handgreiflichen Auseinandersetzungen wurden acht Inder und vier Deutsche verletzt. Zahlreiche Schaulustige hatten sich den Überfall mit angesehen, ohne den Verfolgten zu helfen. Die "[Leipziger Volkszeitung](#)" berichtet, die deutschen Angreifer hätten ausländerfeindliche Parolen gebrüllt. Einer Polizeisprecherin zufolge soll die Meute "Ausländer raus" und "hier regiert der nationale Widerstand" gerufen haben. [Weiterlesen »](#)

MEHR MIGRANTEN IN POLIZEIUNIFORM ODER WENIGER DISKRIMINIERUNG IM SCHULSYSTEM?

17. AUG, 2007 KEIN KOMMENTAR

In der [Heilbronner Stimme](#) wird über 15 Beamte des Heilbronner Polizeireviere berichtet, die einen Türkisch-Sprachkurs abgeschlossen haben. Die [FAZ](#) und die [Frankfurter Rundschau](#) berichten, die hessische Polizei wolle die Zahl der Migranten in ihren Reihen erhöhen. Die Landesregierung versuche, der demographischen Veränderung in der Gesellschaft gerecht zu werden. In Frankfurt am Main haben nach Auskunft der Polizei nur rund 20 von 3200 Polizisten einen ausländischen Pass - legt man den Anteil an der Gesamtbevölkerung zugrunde, müssten es rund 800 sein. [Weiterlesen »](#)

MOSCHEEBAU IN KÖLN EHRENFELD UND CDU'S PHOBIEN

16. AUG, 2007 14 KOMMENTARE

Den Streit um die geplante Moschee im Stadtteil Ehrenfeld wollte die Kölner CDU öffentlich austragen - herausgekommen ist

eine Mixtur aus Vorurteilen, Wut und fremdenfeindlicher Hetze. Selbst CDU-Oberbürgermeister Schramma reagierte genervt. [Weiterlesen »](#)

EIN DIALOG IN DER AUSLÄNDERBEHÖRDE ÜBER BEHÖRDENHIERARCHIE, GELD UND BEFRISTUNG VON AUFENTHALTSTITELN

14. AUG, 2007 1 KOMMENTAR

Folgende Situation: Es geht um die Erteilung von Aufenthaltstiteln an eine türkische Familie, die seit über 30 Jahren in Deutschland lebt und arbeitet. Sie hatten die deutsche Staatsbürgerschaft nach dem Wegfall der sog. Inlandsklausel wegen ihrer doppelten Staatsbürgerschaft verloren. Im folgenden Dialog mit Herrn XY, dem Leiter der Abteilung, geht es um die Befristung des Aufenthaltstitels: [Weiterlesen »](#)

DIE ANWENDUNG DER FOLTER IM DEUTSCHEN STRAFPROZESSRECHT

14. AUG, 2007 8 KOMMENTARE

Nach Auffassung von Künßberg war der Gebrauch der Folter den Germanen

zunächst unbekannt. Fest steht jedoch, dass die Germanenreiche, die auf römischem Boden gegründet wurden, nach dem Vorbild des römischen Rechts die Folter in ihre Gesetzgebung aufgenommen haben[1]. Es besteht aber auch die Möglichkeit, dass sich die Folter bei den Germanen eigenständig entwickelt haben kann, und dass später bei den Aufzeichnungen der germanischen Stammesrechte der entsprechende Terminus des römischen Rechts einfach übernommen wurde. Diese These gilt seit der grundlegenden Abhandlung von Winfried Trusen über „Strafprozeß und Rezeption“ aus dem Jahre 1984 als widerlegt[3]. [Weiterlesen »](#)

KEIN ASYL BEI DER CSU FÜR DJANGO

13. AUG, 2007 3 KOMMENTARE

Django Asül, der niederbayrische Kabarettist und Türke, darf nicht mehr als Fastenredner auf dem Münchner Nockherberg auftreten. Er hatte für seinen ersten Auftritt in diesem Jahr viel Kritik aus den Reihen der CSU bekommen, die erneut gezeigt haben, dass Humor nur dann Humor ist, wenn man über andere lachen kann ([JurBlog: Asül-Antrag aus Ingolstadt](#)). Hier einige dieser - im Grunde höchst zutreffenden und lustigen - Zitate: [Weiterlesen »](#)

EIN KURZER DIALOG AUS EINEM VERQUALMTEN ZIMMER EINES AUSLÄNDERAMTES

13. AUG, 2007 KEIN KOMMENTAR

Vor einiger Zeit führte ich nach einem kurzen Vorgespräch folgenden Dialog mit Herrn XY in seinem stark verqualmten Zimmer in einem der Kölner Ausländerämter: [Weiterlesen »](#)

RECHTSFREIER RAUM AUSLÄNDERAMT

10. AUG, 2007 2 KOMMENTARE

Es gibt Ausländerämter ohne Sitzgelegenheiten und Wartescheine. Man muss sich mindestens eine Stunde vor Behördenöffnung in die Schlange stellen, um dann in einem gefährlichen Gedränge seine Papiere durch ein Handbreite geöffnete Tür durchzugeben, da man sonst keine Chance mehr bekommt, seine Angelegenheiten zu erledigen. Die Tür wird geschlossen, wenn der Beamte meint, genug Arbeit für den Tag zu haben. Aus den Fenstern kann man kaum hinaussehen, weil sie offensichtlich seit Jahren weder geputzt noch benutzt wurden weswegen ein

verruchter und von Schweiß durchtränkter, übel riechender Geruch hinzukommt. Die Beamten in solchen Gebäuden gehören zu der Sorte, die sich woanders nicht durchsetzen konnten und entsprechend viele um sich herum brauchen, um die Frust herauslassen zu können. Wohl solche, wie die aus der heutigen [TAZ: Weiterlesen »](#)

BVERFG: DIE ALLGEMEINHEIT HAT EIN BERECHTIGTES INTERESSE DARAN, DER ENTSTEHUNG VON RELIGIÖS ODER WELTANSCHAULICH MOTIVIERTEN “PARALLELGESELLSCHAFTEN” ENTGEGENZUWIRKEN UND MINDERHEITEN AUF DIESEM GEBIET ZU INTEGRIEREN

9. AUG, 2007 KEIN KOMMENTAR

Das Verwaltungsgericht Stuttgart hat mit Urteil vom 26.07.2007 die Klage einer Familie bibeltreuer Christen auf Befreiung ihres Kindes von der allgemeinen gesetzlichen Schulpflicht abgewiesen (Az.: 10 K 146/05). Das Verwaltungsgericht Stuttgart führt in Anlehnung an die Entscheidungen des

Bundesverfassungsgerichts ([1 BvR 436/03](#), [2 BvR 1693/04](#), [1 BvR 2780/06](#)) unter anderem an, dass die Allgemeinheit ein berechtigtes Interesse daran habe, der Entstehung von religiös oder weltanschaulich motivierten “Parallelgesellschaften” entgegenzuwirken und Minderheiten auf diesem Gebiet zu integrieren. [Weiterlesen »](#)

DIE BUNDESREGIERUNG ÜBER DIE RÜCKNAHME DER VORBEHALTE ZUR UN- KINDERRECHTSKONVENTION

8. AUG, 2007 KEIN KOMMENTAR

Als die Vereinten Nationen 1989 das Übereinkommen über die Rechte des Kindes – die UN-Kinderrechtskonvention (UN-KRK) – verabschiedeten, war dies ein Meilenstein in der Geschichte der Kinderrechte. Eine ihrer zentralen Botschaften lautet: „Alle Kinder haben die gleichen Rechte.“ So achten die Vertragsstaaten „jedem in ihrer Hoheitsgewalt unterstehendem Kind ohne jede Diskriminierung unabhängig von der Rasse, der Hautfarbe, dem Geschlecht, der Sprache, der Religion, der politischen oder sonstigen Anschauung, der nationalen, ethnischen oder sozialen Herkunft, des Vermögens, einer Behinderung, der Geburt

oder des sonstigen Status des Kindes, seiner Eltern oder seines Vormundes“ (Artikel 2 der UN-Kinderrechtskonvention) die festgelegten Rechte. [Weiterlesen »](#)

BÜNDÜSKÜNZLÜRÜMT

6. AUG, 2007 KEIN KOMMENTAR

Der Wettbewerb für das neue Botschaftsgebäude der Türkei ist entschieden. Der eine Flügel symbolisiere den Orient, der andere den Okzident, so sieht es der Architekt. So soll man auf einen Blick erkennen, dass dies die türkische Botschaft ist. Als ihr Entwurf in der vergangenen Woche bekannt wurde, schimpfte Hürriyet: „Das Botschaftsprojekt ist zum Gespött der Leute in Deutschland geworden.“ Denn die „[B.Z.](#)“ hatte den modernen Bau wegen seiner zwei Flügel und seines gläsernen Atriums mit dem Bundeskanzleramt verglichen: [Weiterlesen »](#)

EXPRESS PASST SICH TÜRKEN AN UND BAUT BEWUSST RECHTSCHREIBFEHLER EIN

6. AUG, 2007 KEIN KOMMENTAR

[Express](#) berichtet über den türkischen SuperCup von Besiktas JK gegen Fenerbahce. Zum zweiten Mal treffen

Pokalsieger und Meister der türkischen Liga auf deutschem Boden aufeinander. Letztes Jahr in Frankfurt, sollte das Spiel dieses Jahr in Köln ausgetragen werden. Ein Fest für alle Fußball Fans. Selbstverständlich ist das Ereignis im Kölner RheinEnergie Stadion eine Meldung in der Lokalpresse wert und so widmete Express Online dem Spektakel einen Artikel (links). [Weiterlesen »](#)

27. INTERNATIONALE NASREDDIN HOCA KARIKATUREN WETTBEWERB ENTSCIEDEN

5. AUG, 2007 KEIN KOMMENTAR

Die vom [Karikatürcüler Derneği](#) (The Association of Cartoonist in Turkey) seit 1975 veranstaltete [internationale Nasreddin Hoca Karikaturen Wettbewerb](#) ist entschieden. Gewonnen hat Nikitin Igor. Damit geht der Preis nach 13 Jahre erneut nach Russland. Bisherige Gewinner stammen aus Frankreich, ehem. Jugoslawien, Türkei, Iran, Mazedonien, China, Bulgarien, Israel und Polen. In diesem Jahr nahmen 1055 Künstler aus 63 Ländern mit insgesamt 2320 Karikaturen teil. [Weiterlesen »](#)

DER KAMPF GEGEN DIE FOLTER

4. AUG, 2007 11 KOMMENTARE

Aus dem Amnesty International Jahresbericht 2007 geht hervor, dass derzeit in über 100 Ländern Menschen der Folter ausgesetzt werden. Auch in Deutschland ist Folter ein Thema. In der Rechtswissenschaft wird trotz des absoluten Folterverbots von nicht wenigen Stimmen eine ausnahmsweise Zulässigkeit der Folter zur effektiven Gefahrenabwehr befürwortet oder zumindest für denkbar erachtet[1]. [Weiterlesen »](#)

KURT BECK FORDERT KOMMUNALWAHLRECHT AUCH FÜR NICHT-EU-AUSLÄNDER

3. AUG, 2007 KEIN KOMMENTAR

Nachdem der Mensch die Demokratie erfand, versucht nun die Demokratie den Menschen zu finden. Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck und Innenminister Karl Peter Bruch jedenfalls fordern laut „Die Zeit“, dass die Länder vom Bund die Möglichkeit erhalten sollen, auch den Menschen aus Nicht-EU-Staaten, die

seit längerer Zeit legal in Deutschland leben, das Kommunalwahlrecht einzuräumen. „Wer die Integration von Ausländern aus Drittstaaten ernsthaft will, muss ihnen auch das Kommunalwahlrecht geben“, so Beck und Bruch. [Weiterlesen »](#)

RADIKALE CHRISTEN STÖREN VERANSTALTUNGEN ZUM ISLAM

2. AUG, 2007 12 KOMMENTARE

Nach Angaben der „[Süddeutschen Zeitung](#)“ stören „kleine Gruppen radikaler christlicher Islamfeinde“ systematisch Veranstaltungen zum Islam in München. Die Polizei musste am Mittwoch den dritten Vortragsabend der Reihe „Vielfalt ist machbar“ schützen. Die Gruppe „Deus Vult Amorem“ (Gott will die Liebe) habe auf ihrer Homepage angekündigt, auf Vorträgen zum Islam „als unliebsame Opponenten zu erscheinen“ und „dem Political-Correctness-Geschwätz durch unbequeme Fragen ordentlich Paroli zu bieten“. „Deus vult“ war der Schlachtruf des Ersten Kreuzzuges 1096. [Weiterlesen »](#)

JUL

2007

NEUE PLUGINS, UMGESTALTUNG UND UMSTRUKTURIERUNG

31. JUL, 2007 2 KOMMENTARE

Der Sommerloch ist mal eine gute Gelegenheit endlich im JurBlog aufzuräumen - ein Sommerputz quasi. Bereits begonnen und sichtbar sind bereits ein Paar optische Veränderungen, die euch hoffentlich gefallen. Der alte Banner hat ausgedient und wurde vom neuen, dem Themenschwerpunkt des JurBlogs entsprechenden, Design abgelöst. Die Justitia hat dem Reichstag den Rücken zugekehrt. Die JurBlog Schrift wurde erstmals seit fast zwei Jahren das erste Mal verändert. Gewichen ist die große bold-Schrift zu Gunsten des dezent-eleganteren Stils. [Weiterlesen »](#)

ERDOGAN: WIR WERDEN ENTSCHLOSSEN AN DER VERWIRKLICHUNG DES ZIELES EU WEITERARBEITEN

23. JUL, 2007 KEIN KOMMENTAR

“Wir werden entschlossen an der Verwirklichung des Zieles EU weiterarbeiten” kündigte der alte und neue

Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan an. [Weiterlesen »](#)

STEIGENDE EINBÜRGERUNGSZAHLEN ODER NUR EINBÜRGERUNGSKONSERVE

23. JUL, 2007 KEIN KOMMENTAR

Nach Angaben des [Statistischen Bundesamtes](#) wurden in Deutschland im Verlauf des Jahres 2006 rund 124.830 Ausländerinnen und Ausländer eingebürgert. Das waren etwa 7.590 (+ 6,5%) Einbürgerungen mehr als im Vorjahr. Von allen Eingebürgerten des Jahres 2006 erwarben rund 66,8% die deutsche Staatsangehörigkeit auf der Grundlage eines Einbürgerungsanspruchs nach § 10 Abs. 1 Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG). Die größte Gruppe der Eingebürgerten stellten 2006 – wie schon in den letzten Jahren – Personen aus der Türkei (26,8%). [Weiterlesen »](#)

STUDIE: AUFSTIEG VON TÜRKEN UNERWÜNSCHT

18. JUL, 2007 21 KOMMENTARE

Über [Watchblog Islamophobie](#) bin ich auf ein Artikel in der [FAZ](#) aufmerksam geworden. Darin wird über eine [Studie von Ferdinand Sütterly vom Frankfurter Institut für Sozialforschung](#) berichtet, die erstaunlich ist. Aufgrund der Debatten der letzten Jahre über Migranten könnte man meinen, dass deren Integration erwünscht ist. Die Studie kommt allerdings zu einem anderen Ergebnis:

Am Beispiel von Zuschreibungen zwischen autochthonen und türkischstämmigen Bevölkerungsgruppen rekonstruiert das Forschungsprojekt eine Reihe verschiedener interethnischer Klassifikationsmuster. Dabei fällt auf, dass türkische Aufsteiger besonders häufig Ziel stigmatisierender Zuschreibungen sind. Dies lässt sich mit der Existenz eines »ethnischen Verwandtschaftsglaubens« erklären, der eine symbolische Tiefendimension sozialer Ungleichheit sowie ein generatives Prinzip abwertender Kategorisierung darstellt. Die sozial integrierenden oder exkludierenden Wirkungen negativer Klassifikationen und entsprechender Klassifikationskämpfe

werden auf drei Faktoren zurückgeführt und entsprechend untersucht.

Der erste Faktor besteht in der internen Logik der Klassifikationsmuster selbst. Während die einen zwar pejorativ, aber nicht exkludierend sind (graduelle Klassifikationen), werden die andern von Semantiken beherrscht, die abwertend und ausschließend zugleich sind (kategoriale Klassifikationen). Der zweite Faktor ist die Form der Konfliktaustragung. Offene Aushandlungsprozesse über stigmatisierende Klassifikationen bieten die Chance zu »konfliktvermittelter Integration«, während negative Klassifikationen eher Kontaktvermeidung und Abschottung befördern, wo Strategien der Konfliktvermeidung das Geschehen bestimmen. Drittens schließlich hängen die Integrationsfolgen negativer Klassifikationen davon ab, auf welchen sozialen Kontext sie sich beziehen. Während die desintegrativen Effekte negativer Klassifikationen in der lokalen Politik und im ökonomischen Leben durch institutionalisierte Normen begrenzt werden, existieren in der sozialen Lebenswelt nur informelle, performative Normen des wechselseitigen Umgangs. Negative Klassifikationen können daher in diesem Bereich besonders leicht zu sozialem Ausschluss und ethnischer Separierung führen.

Für diejenigen, die nichts verstanden haben, lohnt sich der Blick zurück in die FAZ:

... indem er der deutschen Bevölkerung nachwies, gar nicht auf die Integration ihrer türkischen Mitbürger erpicht zu sein. Jedenfalls präsentierte er eine Studie, die belegte, dass vor allem die sozialen Aufsteiger unerwünscht seien, jene Immigranten also, die sich am besten integriert hätten. Die Deutschen, so Sütterly, pflegten eine „Idealvorstellung“ vom subalternen türkischen Gastarbeiter.

MIGRANTEN IM GEISTE DES FREIHEITLICH DEMOKRATISCHEN RECHTSSTAATS

16. JUL, 2007 12 KOMMENTARE

Während die Mehrzahl der Medien über den Scherbenhaufen auf dem zweiten Integrationsgipfel in Berlin berichtet, hat die „Welt“ in Paderborn entdeckt, dass mehr Integration eigentlich nicht mehr möglich ist. Ein Türke sei als vermutlich erster Moslem Schützenkönig der Paderborner Bürgerschützen von 1831 geworden. Die „Main Spitze“ berichtet über: „Christen beim muslimischen Freitagsgebet“. Die wichtigste Erkenntnis liefert allerdings

folgende Feststellung der FAZ vom 12.07.2007 (Seite 2):

Nie zuvor haben sich Ausländerorganisationen in einem derart kompromisslosen Ton und mit solcher juristischer Detailkenntnis an die Bundesregierung gewandt, um neue ausländerrechtliche Regelungen zu kritisieren.

Weder Merkels 400 unverbindliche Maßnahmen noch Phrasen wie "Meilenstein in der Geschichte der Integrationspolitik" beeindrucken. Doch die Erkenntnis, dass „Migrantorganisationen“ neuerdings und wenn es sein muss, kompromisslos und mit juristischer Detailkenntnis brillieren können, ist unabdingbar für eine erfolgreiche gemeinsame Zukunft.

Wer Integration damit gleichsetzt, dass Migranten auf der Straße nicht mehr als solche zu erkennen sind, irrt gewaltig. Integration ist mehr, als nur so zu sein wie andere und viel mehr, als nur Schwimm- und Sexualunterricht oder ein Stück Stoff. Was nützen aufgeklärte Schwimweltmeisterinnen mit offener Haarpracht, wenn sie sich aufgrund vermehrter Ausgrenzungserfahrungen in ihre Wohnungen zurück ziehen? Geht es

dann der Unverletzlichkeit der Wohnung an den Kragen?

Wir leben in einem freiheitlich demokratischen Rechtsstaat und dem gilt es sich anzupassen. Die Freiheitlichkeit setzt nicht voraus, dass wir uns bunt oder dezent, viel oder weniger bekleidet auf die Straße begeben. Die Demokratie setzt nicht voraus, dass wir uns unterwürfig verhalten und der Rechtsstaat nicht, dass wir uns alles gefallen lassen. Im Gegenteil: Der freiheitlich demokratische Rechtsstaat verlangt zivilgesellschaftliches Engagement, die Teilhabe an der politischen Willensbildung sowie Rechtsbewusstsein. Das ist der Geist des freiheitlich demokratischen Rechtsstaats, das wesentliche des Integriertseins.

Und wenn erst die deutsche Staatsbürgerschaft einem die Stimme verleiht, die alle vier Jahre vergeben wird, sowie das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden, ist jede weitere Hürde im Einbürgerungsprozess auch eine Hürde für die wichtigste Art der demokratischen Willensbildung. Jeder Einbürgerungsantrag, jede Stimme, jeder Verein und jeder Prozess den ein Ausländer beantragt, vergibt, gründet und führt ist ein Zeichen der Integration. Einbürgerung ist die juristisch höchste Stufe der Integration und zugleich

das juristische Gegenstück zur Assimilation. Und wenn wir in einem Rechtsstaat leben, so muss die juristische und gesellschaftliche Integration der Ausländer das vorrangig erklärte Ziel sein und nicht die optische.

Ausländerorganisationen und damit Migranten selbst sind, das ist die Erkenntnis, auf dem besten Wege zur Teilhabe an der freiheitlich demokratischen Grundordnung. Einst als „ungebildete Gastarbeiter“ ohne jedwede Aussicht auf ein dauerhaftes Verbleiben in Deutschland, sind sie heute in der Lage, schlagfertige Argumente gegen integrationsfeindliche Vorhaben der Bundesregierung vorzubringen und diese mit juristischen Detailkenntnissen zu untermauern. Das ist der Geist eines demokratischen Rechtsstaats, der zunehmend auch von Migrantenverbänden auf höchster Ebene gelebt wird und den die Bundesregierung zu spüren bekommt.

Sie drängen sich in die Mitte der Gesellschaft. Sie rufen - zunehmend professionell - nach Anerkennung und Möglichkeiten zur Mitgestaltung der gemeinsamen Zukunft. Sie wollen wahrgenommen und gesehen werden, wie es die Moscheebauten zeigen. Das ist keine Invasion, sondern die freiwillige Aufgabe von so genannten Parallelgesellschaften, sofern sie überhaupt existieren. Das ist

keine Abschottung, sondern der Wille, ein Teil des Ganzen zu sein mit der Sprache, mit der Kultur und sozialen Kontakten.

Auffällig ist, dass kein Migrantenverband Kritik über das „ob“ der Notwendigkeit der Erlangung von Sprachkenntnissen geäußert hat. Dennoch ist erstaunlich, dass auch die Kritik über das „wie“ als Integrationsunwilligkeit abgestempelt wird. Das ist nicht nur kontraproduktiv, sondern entspricht auch nicht dem Geiste einer demokratischen Debatte.

Stempelt man jede politische Kritik über Gesetzesverschärfungen, jeden Prozess, den eine Muslima wegen ihres Kopftuchs führt, jedes Diskussion über den Schwimm- und Sexualkundeunterricht – unabhängig davon ob gerechtfertigt oder nicht- als ein Zeichen der Integrationsunwilligkeit ab, sägt man am Stamm, auf dem man selbst steht, die freiheitlich demokratische Rechtsordnung, auf die wir zu Recht stolz sein können. Doch Deutschland sollte auch stolz auf seine Migranten sein, die mit freiheitlich demokratischen und vor allem rechtsstaatlichen Mitteln vorgehen, die sich auf die Religionsfreiheit, auf den Schutz der Ehe und auf den Gleichbehandlungsgrundsatz, kurz: sich auf die deutsche Verfassung stützen.

Sämtliche Debatten der letzten Jahre haben Muslime in Deutschland nicht vom Pfad der hiesigen Ordnung abgebracht. Stets wurde mit Mitteln protestiert, die in unserer Grundordnung als vorbildlich gelten. Dass es - nicht weit weg - auch anders zugehen kann, haben wir zwar registriert aber bis heute nicht ausreichend gewürdigt.

MONITOR SENDUNG ZU DEN FÄLLEN MARCO UND MEHMET: ZWEIERLEI MASS

13. JUL, 2007 1 KOMMENTAR

Mit einer netten Mail hat mich JurBlog-Leser keyline auf eine [Monitor-Sendung](#) im WDR , die [online abrufbar](#) ist, aufmerksam gemacht. Darin wird die volle Bandbreite der Doppelmoral im Fall Marco, der in Antalya sitzt, deutlich. Fazit der Sendung: [Weiterlesen »](#)

WISSENSCHAFTLICHE DIENSTE DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES: WEBLOGS IN DER POLITIK

12. JUL, 2007 KEIN KOMMENTAR

Die [Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages](#) unterstützen die

Abgeordneten bei ihrer politischen Arbeit in Parlament und Wahlkreis durch Fachinformationen, Analysen und gutachterliche Stellungnahmen. Heute werden die Abgeordneten über [Weblogs in der Politik](#) informiert: [Weiterlesen »](#)

INTEGRATIONSGIPFEL OHNE MIGRANTEN!

11. JUL, 2007 31 KOMMENTARE

Der zweite Integrationsgipfel der Bundesregierung wird an diesem Donnerstag voraussichtlich ohne die vier größten türkischen Migrantenorganisationen stattfinden. Sie kündigten am Dienstag ihre Absage an. Nun wird diskutiert, ob und wer die Verlierer sind. [Weiterlesen »](#)

INTEGRATIONSGIPFEL OHNE MIGRANTEN?

6. JUL, 2007 28 KOMMENTARE

Die Staatsministerin für Integration, Maria Böhmer, [rief](#) am 04.07.2007 die Organisationen der türkeistämmigen Zuwanderer zur Teilnahme am 2. Integrationsgipfel auf, nachdem diese mit einem Boykott des Integrationsgipfels gedroht haben. Der Grund ist das neue

Zuwanderungsgesetz, die der Bundestag im Juni beschlossen hat. Das neue Gesetz verlangt unter anderem, dass nachziehende Ehegatten z.B. aus der Türkei - jedoch nicht aus Ländern wie die USA oder Japan - bereits vor der Einreise Deutschkenntnisse nachweisen und mindestens 18 sein müssen oder dass Einbürgerungswillige, die das 23. Lebensjahr nicht vollendet haben, ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten müssen, auch wenn sie sich noch in Ausbildung befinden. [Weiterlesen »](#)

LG KÖLN: KÖLNER KARDINAL IST KEIN HASSPREDIGER

3. JUL, 2007 13 KOMMENTARE

Über [Juracity](#) bin ich auf die einstweilige Verfügung des Landgerichts Köln aufmerksam geworden, in der [Jürgen Becker](#) untersagt wurde, den Kölner Kardinal als "Hassprediger" zu bezeichnen, da dies eine Beleidigung darstelle. Der Hintergrund der Geschichte ist höchst amüsant. Jürgen Becker hatte am 15. Juni im [Express-Interview](#) folgendes gesagt: [Weiterlesen »](#)

AUSLÄNDERFEINDLICHE UND RECHTSEXTREMISTISCHE AUSSCHREITUNGEN IM MÄRZ 2007 IN VERBINDUNG MIT DER HEIMLICHEN ONLINE DURCHSUCHUNG

3. JUL, 2007 KEIN KOMMENTAR

Vor der Fußball Weltmeisterschaft 2006 in Deutschland sprach man in Deutschland über No-Go-Areas und täglich über Opfer irgendwelcher fremdenfeindlicher Gewalttaten. Obwohl über ein Jahr vergangen ist, offenbart die Antwort ([BT-Drucksache 16/5368](#)) der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der "Die Linke", dass sich nichts geändert hat. [Weiterlesen »](#)

JUN
2007

WIESO SETZT SICH NIEMAND FÜR MEHMET EIN? DEUTSCHER, URLAUBER, IM GEFÄNGNIS, SEIT 2002, IN DER TÜRKEI

28. JUN, 2007 8 KOMMENTARE

Kai Strittmatter aus Istanbul macht in der [Süddeutschen Zeitung](#) auf den deutschen Staatsbürger Mehmet D. aufmerksam, der in der Türkei in einem Gefängnis leide. Bisher haben sich weder Medien noch Politik sich für ihn engagiert. Zu Recht möchte er wissen, ob es am Vornamen liegt.

... Verhaftet auf einer Urlaubsreise. Unschuldiger, wie er sagt. Zu Unrecht, wie auch Amnesty International (AI) meint.

Nein, sein Name ist nicht Marco W. Sein Bild erscheint nicht in den Fernsehnachrichten, vor seinem Gefängnis stehen auch keine Ü-Wagen deutscher Sender. Er heißt Mehmet Desde, ist aus Landshut, Sohn einer Gastarbeiter-Familie. Ein deutscher Staatsbürger kurdischer Abstammung. Sein Name ist kaum einem Deutschen ein Begriff.

Dabei begann sein Leidensweg schon vor fünf Jahren. "Warum setzt sich für ihn keiner so ein?", ... "Desde hätte mindestens

so viel Aufsehen verdient wie Marco W. Gegen ihn liegt nichts vor, was internationalen Normen standhalten würde. Die Geschichte des Mehmet Desde ist eine von Willkür und Folter. ...

... Anschließend machte er Urlaub an der Ägäisküste ... Zum Verhängnis wurde ..., dass zu der Zeit in Izmir Flugblätter einer obskuren "Bolschewistischen Partei Nordkudistan/Türkei" verteilt wurden.

Die Polizei suchte die Hintermänner der Aktion - und stolperte dabei über Desde ...

Und ich bin mir sicher, dass dies kein Einzelfall ist. Es gibt sicher viele ähnliche Fälle, in denen weder Medien noch die Politiker auch nur einen Finger krümmen, wenn der Name nicht ins "Bild" passt.

JURBLOG IST DER BESTE JURABLOG

28. JUN, 2007 KEIN KOMMENTAR

[Weiterlesen »](#)

WIR FEIERN DEN 1000. KOMMENTAR

28. JUN, 2007 KEIN KOMMENTAR

Ich möchte, wenn auch verspätet, mir nicht nehmen lassen, mich bei all den Lesern zu bedanken, die seit dem Relaunch von JurBlog im November 2006 über 1000 Kommentare verfasst haben, was mir übrigens heute erst aufgefallen ist. Daher feiern wir den 1000. Kommentar vom 7. Juni 2007 von *hermix*, der, wie ich finde, besonders geistreich geworden ist: [Weiterlesen »](#)

ÜBER DIE GELÖSCHTEN GEHEIMEN DATEN DER BUNDESWEHR

28. JUN, 2007 KEIN KOMMENTAR

Treffender als Bernd Melchers, Leiter der Datensicherung im Rechenzentrum der Freien Universität Berlin, könnte man die Peinlichkeit der Bundeswehr kaum beschreiben können: [Weiterlesen »](#)

NACHRUF: ERST AM BOSPORUS WURDE JUPP DERWALL EIN HELD

27. JUN, 2007 KEIN KOMMENTAR

[Wir werden Dich nicht vergessen](#) titelte die offizielle Webseite von Galatasaray Istanbul. [Weiterlesen »](#)

DER FALL MARCO W.: EINE KEHRTWENDE IN DER BERICHTERSTATTUNG?

26. JUN, 2007 1 KOMMENTAR

Die neuesten Meldungen über den in Antalya in Untersuchungshaft sitzenden deutschen Schüler scheinen, sachlicher zu werden. Schade, dass man nicht von vornherein mit Sachverstand, Geduld und kühlem Kopf an die Angelegenheit herangegangen ist. Während noch am 22.06.2007 beispielsweise die n-tv "[Grund: Urlaubsflirt](#)" titelte, wird heute nach "[Flirt oder mehr](#)" gefragt. Die [Süddeutsche](#) berichtet über erste Äußerungen des Tatverdächtigen und nicht mehr aus dem Spekulatio: [Weiterlesen »](#)

DER FALL MARCO W.: WAS DENN NUN?

26. JUN, 2007 3 KOMMENTARE

In der Juristerei gibt es oft unzählige Meinungen zu meist überflüssigen Streitigkeiten. Während die Mindermeinung das Haar durch die Mitte spalten will, möchte die Rechtsprechung an den Spitzen stutzen. Dazu gesellen sich meist noch mehrere sog. Literaturmeinungen, die alle im Grunde eine Synthese von beidem möchten und das Haar je nachdem durch die Mitte spalten oder an den Spitzen stutzen wollen, aber jeweils eine eigene Definition kreieren.

Seit dem [traurigen Fall des deutschen Schülers in Antalya](#) mischen seit neuestem auch deutsche Magazine und Zeitungen mit. Während der Stern in Anlehnung an die Meinung des Bundesjustizministeriums die Tat, soweit bekannt, nicht unter § 176 StGB subsumieren kann, ist der Tagesspiegel anderer Auffassung. Aber bitte, lesen Sie selbst! [Weiterlesen »](#)

DER FALL MARCO W.: DEUTSCHE SELBSTVERSTÄNDLICHKEITEN

25. JUN, 2007 46 KOMMENTARE

Seit Wochen schreiben und titeln deutsche Blätter über den unglücklichen Fall des deutschen Schülers in Antalya. Der 17-Jährige sitzt wohl seit über zehn Wochen in Untersuchungshaft wegen eines *Urlaubsflirts* mit einer 13-jährigen Engländerin.

Solche Meldungen und Geschichten ignoriere ich in der Regel so gut ich kann. Doch zeigt dieser Fall gleich mehrere deutsche Selbstverständlichkeiten:

1. Selbstverständlichkeiten unserer Politiker

Deutschland regt sich - weshalb auch immer - seit ein Paar Tagen über diesen Fall auf. Der Tatverdächtige sitzt allerdings, wie eingangs erwähnt, seit über zehn Wochen in Antalya. Wie so oft handeln deutsche Politiker erst wenn die Öffentlichkeit ausreichend sensibilisiert ist...

2. Selbstverständlichkeiten unserer Medien

...und deutsche Medien dann, wenn der Sommerloch ansteht oder sonst nichts

Dramatisches passiert. Ich meine, dass dieser Fall vor zehn Wochen zwischen den Meldungen aus dem Innenministerium untergegangen wäre.

3. Selbstverständlich Ausländer

Viele Blätter schreiben, dass "Der Junge ... mit ... *ausländischen* Mitgefangenen eine Zelle teilen ..." müsse. Was damit wohl gemeint ist? Erwartet man, dass ein im Ausland inhaftierter Deutscher, keine Ausländer in der Zelle hat? Natürlich nicht! Ist aber auch nicht so wichtig. Fakt ist: Er sitzt mit "*Ausländern*" in einer Zelle! Dem liegt anscheinend der Gedanke zugrunde, dass ausländische Insassen schlimmer sind als deutsche. Wieso sonst findet diese Selbstverständlichkeit Erwähnung?

4. Selbstverständliche Haftbedingungen

Über die Haftbedingungen in der Türkei braucht man sich nicht lange unterhalten. Da muss Besserung her. Dumm nur, dass man den Eindruck bekommt, als wüsste man sich für den deutschen Schüler die Haftbedingungen, die in Deutschland - in Zusammenhang mit Steuergeldern - oft genug für zu "zu gut", "zu komfortabel" oder sogar als "zu luxuriös" beschrieben wurden.

5. Selbstverständliche Freilassungsforderungen

Die Bundesregierung hat die Türkei offiziell aufgefordert, den 17-jährigen deutschen Schüler vorzeitig aus der Haft zu entlassen.

Möchte nicht wissen, wie groß der Aufschrei wäre, wenn die türkische Regierung die Freilassung eines türkischen Jugendlichen fordert, mit Hinweis auf "besondere Umstände" des Einzelfalls. Was die Eltern einer 13-jährigen, die die Anzeige erstattet hätten, davon halten würden und was wohl Deutschlands größter Boulevardblatt titeln würde - "Kinderschänder frei - Eltern fassungslos" - lassen wir offen.

6. Selbstverständlich strafmildernd

Nicht unerwähnt wird selbst in Fünfeilern gelassen, dass keine Gewalt im "Spiel" war, dass die 13-jährige eingewilligt und sich für eine 15-jährige ausgegeben hätte. Das sind in der Tat erwähnenswerte strafmildernde Gründe zu Gunsten des Tatverdächtigen, sofern sie vorliegen. Doch sind das keine Strafausschließungsgründe im Sinne des Straftatbestandes.

7. Selbstverständlich "... bis zu ..."

Den Tatverdächtigen erwarte *“bis zu acht Jahre Haft“*, ist ebenfalls in fast allen Artikeln zum Thema zu lesen. Ob und wie lange der Tatverdächtige möglicherweise zu erwarten hat und höchstwahrscheinlich nicht einmal annähernd acht Jahre sitzen wird - wenn überhaupt - bleibt, angesichts der mildernden Umstände, unerwähnt.

§ 176 Strafgesetzbuch (Deutschland!): Wer sexuelle Handlungen an einer Person unter vierzehn Jahren (Kind) vornimmt oder an sich von dem Kind vornehmen läßt, wird mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten *bis zu zehn Jahren* bestraft.

Aber egal, oder?

8. Selbstverständlich relativ

Teilweise ist zu lesen, dass der Tatverdächtige lediglich *“Händchen gehalten“* habe mit der 13-Jährigen oder noch harmloser, sich lediglich *“verliebt“* habe in eine Engländerin. In Zeiten zu vieler privatrechtlicher Mittagsshow wird anscheinend alles relativ. Was genau passiert ist, wird die türkische Justiz nun versuchen, herauszufinden. Sie wird allerdings auch berücksichtigen müssen, dass zum *“verliebt sein“* oder *“Händchen halten“* kein Hotelzimmer nötig ist und was

die Mutter des Kindes dazu bewogen hat, selbst im Urlaub eine Anzeige zu erstatten.

9. Selbstverständlich ehrlich

Die Forderung, dass der Tatverdächtige ja nicht in Untersuchungshaft bleiben müsse, ist einfach nur lachhaft. In Deutschland werden Untersuchungshafte gegen Ausländer oft damit begründet, er könne sich in seine Heimat absetzen, selbst wenn der Tatverdächtige in Deutschland geboren, zur Schule gegangen ist, arbeitet und Kind und Familie hat. Wie groß die Gefahr bei einem Osterurlauber ist, sich in seine Heimat abzusetzen, wollen wir hier ebenfalls offen lassen.

10. Selbstverständlich türkisch

Das ganze wird in nahezu allen Artikeln so dargestellt, als wenn sowas typisch türkisch sei und nur türkische Gesetze so einen Unfug vorschreiben könnten. Unter den Teppich kommt die Tatsache, dass das türkische Strafgesetzbuch einen europäischen Ursprung hat.

11. Selbstverständlich überall?

Die Mutter aus England, die die Tat zur Anzeige gebracht habe, könne man nicht nachvollziehen ist teilweise noch zu lesen.

Dieser Vorwurf ist in meinen Augen der Gipfel aller Unverschämtheiten. Mann kann doch eigentlich nur hoffen, dass alle Eltern sich ähnlichen verhalten, wenn ein 17-Jähriger die 13-Jährige Tochter im Hotelzimmer...

12. Selbstverständlich der EU-Beitritt

Last but not least: Der EU-Beitritt. Auch in diesem Fall wird die EU Keule geschwungen und danach gefragt, ob die Türkei reif für die EU sei. So als würde die Türkei etwas anderes tun, als die berechtigte Anzeige einer Kindesmutter verfolgen, sich also wie ein Rechtsstaat zu verhalten. Wären nämlich Haftbedingungen Beitrittskriterium, hätten in jüngster Vergangenheit so manche Länder der EU nicht beitreten dürfen.

Aber die EU-Keule gehört selbstverständlich dazu.

CDU GEGEN EINE GLEICHSTELLUNG DES ISLAM MIT DEM CHRISTENTUM

23. JUN, 2007 10 KOMMENTARE

Kardinal Karl Lehmann und CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla sprachen sich kürzlich gegen eine Gleichstellung des Islam mit dem Christentum aus. Mit

welchen Argumenten eigentlich?
[Weiterlesen »](#)

EINE UNENDLICHE GESCHICHTE? DIE DISKUSSION UM DEN RELIGIONSUNTERRICHT IN NRW

18. JUN, 2007 1 KOMMENTAR

Das Land Nordrhein-Westfalen bietet seit dem Schuljahr 1999/2000 die islamische Unterweisung in deutscher Sprache im Rahmen eines zeitlich nicht befristeten Modellversuchs an. An mehr als 130 beteiligten Schulen besuchen über 8500 muslimische Schülerinnen und Schüler diesen Unterricht. Offiziell wird der Modellversuch aufgrund des vermeintlich fehlenden Ansprechpartners auf islamischer Seite „Übergangsweise“, quasi als „Platzhalter“ für einen ordentlichen Religionsunterricht durchgeführt: Bis „endlich“ entsprechend der Vorgabe im Grundgesetz gemäß Art. 7 Absatz 3 und der Landesverfassung NW in Art. 14 Abs. 1 eine islamische Religionsgemeinschaft als Ansprechpartner des Staates aufwartet, so die immer wieder verlauteten Erklärungsversuche. Doch scheitert die Einführung eines ordentlichen

Religionsunterrichts tatsächlich am fehlenden Ansprechpartner? Oder ist dieses Argument eher ein geschickter Vorwand, mit der die Landesbürokratie die nach Art. 7 Abs. 3 GG erforderliche Einbeziehung der islamischen Religionsgemeinschaften umgeht. [Weiterlesen »](#)

DIE NEUREGELUNGEN DES AUSLÄNDERRECHTS

14. JUN, 2007 1 KOMMENTAR

Nach heftigen Diskussionen hat der Innenausschuss am 13.06.2007 dem Gesetzentwurf der Bundesregierung für ein neues Asyl- und Ausländerrecht ([16/5065](#)) zugestimmt. Der Entwurf, soll elf EU-Richtlinien in nationales Recht umsetzen. [Weiterlesen »](#)

GUTE FRAGEN UND DREISTE ANTWORTEN ZU ZWANGSEHEN

13. JUN, 2007 KEIN KOMMENTAR

In einer kleinen Anfrage der Linken wurde der Bundesregierung ein Fragenkatalog zum Thema Zwangsehen vorgelegt, die von der Bundesregierung beantwortet wurden ([BT-Drucks. 16/5501](#)). Im Folgenden ein Auszug der interessantesten Fragen und Antworten

1. Welche Bemühungen hat die Bundesregierung seit dem 19. Januar 2006 unternommen, um ihren Mangel an statistischen Daten und wissenschaftlichen Erkenntnissen zur Problematik der Zwangsverheiratung zu beseitigen, und zu welchen Erkenntnissen ist sie gekommen?

Um die Datenlage und die bisher fehlende wissenschaftliche Aufarbeitung des Themas zu verbessern, hat die Bundesregierung eine Studie zu einer bundesweiten Evaluierung von Praxisarbeit im Bereich Zwangsverheiratung in Auftrag gegeben, die bis Ende Mai 2007 erstellt und voraussichtlich im Sommer 2007 veröffentlicht wird.

Auf die Studie sowie dessen Ergebnisse bin ich sehr gespannt? Man muss sich allerdings immer wieder vergegenwärtigen, dass der Zwangsehenparagraf beschlossen wurde, noch bevor statistische Daten noch wissenschaftliche Erkenntnisse zur Problematik der Zwangsverheiratung vorlagen.

Der Schutz vor der Zwangsehe sieht folgendermaßen aus: Ehepartner müssen künftig bereits vor der Einreise sich in einfacher Art und Weise in deutscher Sprache verständigen können. Dieser Idee liegt wohl der Gedanke zugrunde, dass eine

Frau aus Anatolien sich, sobald sie einfache Sätze in deutscher Sprache bilden kann, gegen Zwangsheirat schützen kann. Naiv, überheblich und vollkommen am Thema vorbei, wie ich finde. Als ob die deutsche Sprache zwangsläufig die Emanzipation mit sich bringt.

Es ist bereits zweifelhaft, ob die deutsche Sprache dem Opfer einer Zwangsehe Schutz vermittelt. Wichtiger als die deutsche Sprache sind Kenntnisse der deutschen Rechtskultur, um Beratungs- und Informationsangebote wahrzunehmen. Diese werden im Rahmen eines Integrationskurses im Orientierungskurs vermittelt. Allerdings setzt die Teilnahme an einem Integrationskurs voraus, dass der Ausländer sich gerade nicht in einfacher Weise in deutscher Sprache verständigen kann (§ 44 Abs. 3 Nr. 3, § 44a Abs. 1 Nr. 1 AufenthG). Insofern führt der Erwerb einfacher Deutschkenntnisse im Herkunftsland dazu, dass das Opfer an keinem Integrations- und Orientierungskurs teilnehmen darf. Die Erlangung von Kenntnissen der Rechtsordnung, der Kultur und der Geschichte in Deutschland werden dem Ausländer demnach durch die Neuregelung verwehrt, was eher dazu führt, dass mögliche Opfer schutzlos gestellt werden.

4. Aus welchen Gründen hat die Bundesregierung die Forderungen der überwiegenden Mehrheit der Sachverständigen der Anhörung vom 19. Juni 2006

a) nach Verlängerung bzw. Aufhebung der Rückkehrfrist in § 51 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) für ins Ausland zwangsverheiratete Frauen,

b) nach einem unbeschränkten Recht auf Wiederkehr im Rahmen des § 37 AufenthG für ins Ausland zwangsverheiratete Frauen, die als Minderjährige ihren gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland hatten, unabhängig von Nachweisen der Lebensunterhaltssicherung und einer bestimmten Aufenthaltsdauer,

zu a) und b)
Die Bundesregierung hielt die Argumente für eine Verlängerung des Rückkehrrechts nach § 51 des Aufenthaltsgesetzes und für ein unbeschränktes Recht auf Wiederkehr im Rahmen des § 37 des Aufenthaltsgesetzes für ins Ausland zwangsverheiratete Frauen im Rahmen der

Abstimmungen zum Regierungsentwurf nicht für zwingend.

Überzeugendes Argument von der Bundesregierung, wie ich finde: *“nicht für zwingend“*. Wohlgemerkt, *gegen die Forderung der überwiegenden Mehrheit der Sachverständigen!* Hauptsache, die Kelek und Ates waren anderer Auffassung, gell?

c) nach einer gesetzlichen Klarstellung eines eigenständigen Aufenthaltsrecht für Opfer von Zwangsverheiratung im Rahmen des § 31 Abs. 2 AufenthG vor Ablauf der zweijährigen Ehebestandszeit, ..

Der Regierungsentwurf enthält keine Klarstellung, dass Opfer von Zwangsverheiratung in eigenständiges Aufenthaltsrecht nach § 31 Abs. 2 des Aufenthaltsgesetzes vor Ablauf der zweijährigen Ehebestandszeit erhalten können, weil dies weder erforderlich noch sachgerecht wäre. Es handelt sich bei einer Zwangsverheiratung um eines von mehreren Beispielen für eine besondere Härte, das nicht isoliert herausgegriffen werden sollte. Eine entsprechende Klarstellung kann zusammen mit anderen Konkretisierungen in der in Vorbereitung befindlichen Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Aufenthaltsgesetz erfolgen.

Zu *“weder erforderlich noch sachgerecht“*: Es wäre doch sicherlich hilfreich für die Zwangsverheiratete Ehefrau aus Anatolien, wenn Sie sich bei den Behörden melden könnte sobald sie nach Deutschland eingereist ist ohne eine Ausweisung in die Türkei befürchten zu müssen, wo sie womöglich Schlimmeres erwartet. So ist die Zwangsverheiratete gezwungen, die Ehe zwei Jahre fortzuführen.

Zu *“isoliert“*: Als das Problem der Zwangsverheiratung auf dem Rücken aller Türken breitgetreten wurde, um eine weitere Zuzugsbeschränkung auf den Weg zu bringen, hat die Bundesregierung die Debatte ebenfalls *isoliert* von jeglichem Sachverstand und Sachlichkeit geführt. Insofern leuchtet gerade jetzt, wo sogar ein lex-Zwangsheirat eingeführt worden ist, nicht ein, weshalb das Thema nicht isoliert betrachtet werden kann.

5. Wie bewertet die Bundesregierung die Einschätzung des Bundesministeriums der Justiz, dass die geplante Regelung, in Zukunft nur ausländische Ehepartnerinnen und Ehepartner nach Deutschland einreisen zu lassen, wenn diese Grundkenntnisse der deutschen Sprache vorweisen können, kaum mit dem grundgesetzlichen Schutz der Ehe vereinbar sei (ddp vom 27. Januar 2007)?

Im Rahmen der Ressortabstimmung kamen verfassungsrechtliche Bedenken im Ergebnis nicht zum Tragen.

Schon dreist! Selbst der taube Sultan hat über die verfassungsrechtlichen Bedenken gehört.

6. Wenn die Bundesregierung den Erwerb von Deutschkenntnissen für eine sinnvolle (Präventiv-)Maßnahme gegen Zwangsverheiratungen erachtet (vgl. Begründung zum § 30 des AufenthG-GE), aus welchen Gründen tritt sie dann nicht für eine möglichst schnelle Einreise und einen schnellen Zugang zu Sprachkursen in Deutschland ein, da sich die Sprache eines Landes bekanntermaßen am leichtesten in den Ländern selbst erlernen lässt und in Deutschland seit 2005 Sprachkurse zur Verfügung stehen, die die Bundesregierung ansonsten als ein im Grundsatz bewährtes „Erfolgsmodell“ preist?

Die Einführung eines Sprachnachweises vor der Einreise ist erforderlich, da die mit dem Zuwanderungsgesetz eingeführten Regelungen zur Integration (§§ 44 ff. AufenthG) keinen erfolgreichen Abschluss gewährleisten können. Der Nachweis vor Einreise stellt demgegenüber ergebnisorientiert sicher, dass sich Neuzuwanderer zumindest auf

einfache Art in Deutsch verständigen können.

Und wieso ändert man dann nicht die Regelung zur Integration so, dass ein erfolgreicher Abschluss gewährleistet ist, was im Sinne aller wäre, anstatt eine Zuzugsregelung zu verschärfen? Auch sonst überzeugt dieses Argument nicht. Gemäß § 43 Abs. 3 S. 2 AufenthG wird die erfolgreiche Teilnahme an Integrationskursen durch eine vom Kursträger auszustellende Bescheinigung über den erfolgreich abgelegten Abschlusstest nachgewiesen.

ALS JÄGER GETARNT SAMMLER - FINGERABDRÜCKE VON AUSLÄNDERN

12. JUN, 2007 2 KOMMENTARE

Deutschland ist ein Land voller Sammler. Das ist nichts neues. Der Eine sammelt Dessous, der Andere Punkte, um diese in Dessous einzutauschen. Herr Schäuble dagegen, der General von Deutschland, sammelt - getarnt als Terroristen- und Kriminellenjäger - Informationen. Vorzugsweise über Ausländer. [Weiterlesen »](#)

MAI

2007

JURBLOG MACHT URLAUB

23. MAI, 2007 3 KOMMENTARE

Der JurBlog macht Urlaub bis zum 11. Juni 2007. Die Moderation der Kommentare wird für die Zeit meiner Abwesenheit ein Freund übernehmen und Spam sowie gegen die Netiquette verstoßende Kommentare selbstverständlich löschen. Er hat bereits eine restriktive Auslegung angekündigt, so dass ich um Höflichkeit bitte.

Mein Urlaubsort liegt ziemlich [abgelegen](#), so dass ich für eine Woche vom Rest der Welt abgeschirmt und ohne Laptop und Internet leben werde. Die Zeit werde ich nutzen, um hoffentlich schöne Photos zu schießen. Gerüstet bin ich jedenfalls. Anschließend geht es für ein Paar Tage in die schönste Metropole der Welt, [Istanbul](#).

Pünktlich zum Sommerloch werde ich meine Urlaubsphotos in meinem neuen Blog pixappeal.de präsentieren. Wer möchte, kann sich mit der Seite ja schon mal vertraut machen ... Bis bald!

Ekrem Senol - Köln, 23.05.2007

GERICHTSVOLLZIEHER FÜR DAS BUNDESVERFASSUNGSGERICHT T GESUCHT

18. MAI, 2007 7 KOMMENTARE

Und jährlich murmeln Innenminister den islamistischen Terrorismus zur größten Bedrohung für Deutschland hinauf. [Weiterlesen »](#)

DÖNER JA, MOSCHEE NEIN!

11. MAI, 2007 31 KOMMENTARE

Die Islamkonferenz zeigt: Die Muslime wollen mitreden in unserer Gesellschaft. Aber wollen sie auch mitmachen? Und wollen wir das überhaupt? Wie hoch ist der Preis? Muezzinrufe bald überall? Kopftücher akzeptieren wie die Nonnentracht? Extrawurst beim Sportunterricht? Wo ist die Grenze - unserer Geduld und der Anpassungsfähigkeit der Muslime? (Zur online Sendung: [Hart aber fair](#)) [Weiterlesen »](#)

INTEGRATIONSMINISTERIN MARIA BÖHMER ÜBER DIE FREIE GRUNDSCHULAUSSWAHL UND DIE INTEGRATION AUSLÄNDISCHER KINDER

11. MAI, 2007 4 KOMMENTARE

Im zweiten Teil des [Deutschlandfunk-Interviews](#) stellt sich die Staatsministerin für Integration, Frau Maria Böhmer, den Fragen über die freie Grundschulauswahl in einigen Bundesländern und den damit verbundenen Problemen bei der Integration ausländischer Schüler/innen.

Spengler: ... Dient es der Integration, wenn in manchen Bundesländern, zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen, Kinder nicht mehr die der Wohnung nächstliegende Grundschule besuchen müssen, sondern wenn Eltern jetzt auch andere Schulen wählen können? Das hat nämlich die Folge, dass Zuwanderer unter sich bleiben.

Böhmer: Das ist eine sehr unterschiedliche Diskussion, die man damit hat. ... Was Sie jetzt ansprechen, ist die Situation vor Ort. Und das wird auch ein Thema sein heute bei dem Zusammentreffen der Integrationsbeauftragten von Bund, Ländern und Gemeinden: Wie vollzieht sich

Integration vor Ort? Das ist ein entscheidender Gesichtspunkt, und der geht ja weit über die Frage Zusammenleben mit Muslimen hinaus. Die Bildungsfrage ist die Schlüsselfrage. Und eine Variante ist, die Sie ansprechen, dass Freizügigkeit bei der Schulwahl besteht, dass man nicht nur an der Grundschule dann Unterricht erfährt, wo man wohnt, sondern dass man in eine andere Grundschule gehen kann. Genau dieses wird ja gefordert, wenn wir an Stadtteile denken, die ganz stark bewohnt werden von Zuwandererfamilien, dass man fast 90 Prozent von Kindern hat, die aus Zuwandererfamilien stammen. Wenn Sie an Neukölln denken oder an andere Stadtteile in großen deutschen Städten, dann ist die Situation so. Dort wird gefordert, dass man Kinder von einem Stadtteil in den anderen bringt.

Gut, dass Frau Böhmer uns erklären kann, was freie Grundschulauswahl bedeutet. Ob dieser Umstand allerdings der Integration ausländischer Kinder dient, beantwortet sie nicht.

Spengler: Das heißt, die freie Grundschulwahl ist etwas, was den Auswanderern zugute kommt, den Zuwanderern zugute kommt?

Böhmer: Nein. Ich würde es anders sehen, muss ich Ihnen sagen. Wir müssen mit den Gegebenheiten von Schule klar kommen. Das heißt, Schulen, die sich in solchen Stadtteilen befinden, wo überwiegend Zuwandererkinder in die Schule gehen, dort muss die Schulsituation verbessert werden. Das heißt, wir brauchen eine Stärkung der Schule durch einen entsprechenden Lehrerschlüssel. Wir brauchen mehr Lehrerinnen und Lehrer, die selbst Migrationshintergrund haben. Wir brauchen Schulsozialarbeiter an diesen Schulen. Wir brauchen eine Stärkung des Deutschunterrichtes an diesen Schulen.

Nein? Und was sind die Konsequenzen? Was wird dagegen unternommen? Wieso hat man die freie Grundschulauswahl dann überhaupt ermöglicht? Was gedenkt die Staatsministerin für Integration zu unternehmen, um den Deutschunterricht zu stärken? Und was hat bitte die sowieso notwendige Verbesserung der Schulsituation mit der Ursprungsfrage zu tun, ob die freie Grundschulwahl der Integration dient?

Spengler: Und brauchen wir auch deutsche Schüler in diesen Schulen?

Böhmer: Es wäre natürlich hilfreich, und an dieser Stelle sage ich, ich habe Schulen

kennen gelernt, die sich neu ausgerichtet haben und die dann ihren Unterricht so reizvoll gestaltet haben, dass Eltern sagten, dort wollen wir unsere Kinder hinschicken. Und auf einmal hat sich die Zusammensetzung der Schüler geändert. Es ist also eine wichtige Aufgabe, die Schulen hier zukommt, von Seiten der Schulleitung, von Seiten der Lehrerkollegien und der Eltern. Denken Sie an die Hoover-Realschule in Berlin, wo man gesagt hat "Deutsch auf dem Schulhof". Und der Zuspruch zu der Schule ist gewachsen. Hier gibt es Möglichkeiten, dass man sehr innovativ und sehr klar die Weichen stellt für die Zukunft.

Hilfreich? Nein Frau Böhmer, es wäre sicherlich *notwendig*, dass ausländische Schüler in Grundschulen nicht unter sich bleiben sondern auch deutsche Mitschüler haben. Was aber hat bitte die Neuausrichtung mit der Frage zu tun, ob deutsche Schüler an solchen Schulen gebraucht werden?

Auch an dieser Stelle möchte ich § 93 des Aufenthaltsgesetzes auszugsweise zitieren, in der die Aufgaben der Integrationsministerin aufgelistet sind:

1. die Integration der dauerhaft im Bundesgebiet ansässigen Migranten zu fördern ...

2. die Voraussetzungen für ein möglichst spannungsfreies Zusammenleben zwischen Ausländern und Deutschen sowie unterschiedlichen Gruppen von Ausländern weiterzuentwickeln, Verständnis füreinander zu fördern und Fremdenfeindlichkeit entgegenzuwirken;

3. nicht gerechtfertigten Ungleichbehandlungen, soweit sie Ausländer betreffen, entgegenzuwirken;

4. den Belangen der im Bundesgebiet befindlichen Ausländer zu einer angemessenen Berücksichtigung zu verhelfen; ...

7. Initiativen zur Integration der dauerhaft im Bundesgebiet ansässigen Migranten auch bei den Ländern und kommunalen Gebietskörperschaften sowie bei den gesellschaftlichen Gruppen anzuregen und zu unterstützen; ...

10. die Öffentlichkeit zu den in den Nummern 1 bis 9 genannten Aufgabenbereichen zu informieren.

Dennoch viel Erfolg an die Staatsministerin für Integration!

INTEGRATIONS MINISTERIN BÖHMERS ARGUMENTE GEGEN GETRENNTEN SCHWIMMUNTERRICHT

10. MAI, 2007 34 KOMMENTARE

Unsere Staatsministerin für Integration - Frau [Maria Böhmer](#) - spekuliert in einem Interview mit Deutschlandfunk über Gründe, weshalb auch muslimische Kinder und Jugendliche im koedukativen Sport- und Schwimmunterricht teilnehmen müssen.

Spengler: Ich möchte noch mal bei dem Beispiel mit dem gemeinsamen Sportunterricht bleiben. Was wir ja jetzt von den Muslimen verlangen, das war vor einigen Jahrzehnten bei uns in Deutschland ja auch nicht selbstverständlich, also gemeinsamer Unterricht, wirkliche Gleichberechtigung von Mädchen und Jungen. Koedukation, das ist ja eine Sache der 60er Jahre. Das zeigt doch: Werte verändern sich. Brauchen wir vielleicht einfach ein bisschen mehr Geduld mit den Muslimen?

Böhmer: Sie haben völlig Recht, denn wir begehen ja heute 50 Jahre Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Das heißt, in dieser Zeit hat sich

eine Menge getan. Wir Frauen haben uns die Gleichberechtigung in Deutschland in der Tat erkämpft, wenn ich daran denke, welche Stufen wir auch durchlaufen haben. Aber heute stehen Männer und Frauen auf der Basis der Gleichberechtigung in Deutschland. Die muss für alle gelten ... Bei der Frage der Gleichberechtigung merkt man, dass es bei vielen, die aus anderen Gesellschaften kommen, wo noch ein sehr patriarchalisches Verständnis der Rolle von Frau und Mann da ist, dass es hier noch einen Nachholprozess gibt, dass, wie es gestern hieß, auch ein Lernprozess stattfinden muss. Ich glaube, das ist wichtig für beide Seiten. Unsere Chance als Deutsche ist es, deutlich zu machen, welcher Wert sich mit diesem Gleichberechtigungsgrundsatz verbindet. Und für die anderen ist es, denke ich, damit auch die Chance, hier in einer besonderen Art und Weise, nämlich gleichberechtigt und unter den Vorzeichen der Freiheit, leben zu können.

Na, na! Ich bin mir sicher, dass ich innerhalb weniger Minuten ein Dutzend staatliche Schulen finde, in denen der Sportunterricht nach Geschlechtern getrennt angeboten wird. Über die 60er und 50 Jahre Gleichberechtigung der Frau brauchen wir uns hier, glaube ich, überhaupt nicht zu unterhalten. Doch weiter mit Frau Böhmer:

Spengler: Ich will immer noch mal bei dem Beispiel bleiben. Die muslimischen Verbände verlangen ja nicht, dass nun der Sportunterricht prinzipiell getrennt wird, sondern sie verlangen, dass da, wo Eltern gar nicht mal aus Gründen der Gleichberechtigung von Mann und Frau, sondern vielleicht aus Gründen sexueller Freizügigkeit nicht möchten, dass Mädchen und Jungen gemeinsam beim Schwimmunterricht sind, dass Eltern das beantragen können und dass sie eventuell von dem Unterricht befreit werden. Warum dürfen wir da nicht tolerant sein?

Böhmer: Ich glaube, die Toleranz endet dort, wo es um gleiche Chancen auch für Mädchen und Jungen geht in der Schule.

Spengler: Schwimmen lernen.

Böhmer: Bitte?

Bitte? Gleiche Chancen für Mädchen und Jungen? Wo bitte ist die Chancengleichheit einer Muslima, die freiwillig ein Kopftuch trägt?

Spengler: Schwimmen lernen jetzt in dem Fall.

Böhmer: Schwimmen lernen. Ich habe Sie sehr verstanden. Und die Begründung ist ja,

dass das besondere Schamgefühl hier berührt wird. ... Das Schamgefühl ist allen zu Eigen. Der Vertreter der deutsch-türkischen Gemeinden in Deutschland sagte, dass die Verwirklichung der Bildungschancen hier vor Religionsfreiheit geht. Das heißt, in der Schule wird ja nicht nur Wissen vermittelt, sondern es geht um Klassengemeinschaft. Es geht um soziales Lernen. Es geht darum, dass man aufeinander zugeht und dass jemand nicht ausgeschlossen wird von einem Unterricht. Und deshalb ist es auch so wichtig, sich an Eltern zu wenden und ihnen deutlich zu machen, hier gelten die gleichen Regeln. Im Unterricht muss man dann auch diesen wechselseitigen Respekt praktizieren. Das Schamgefühl soll ja nicht verletzt werden, sondern es geht auch darum, dass Schüler wechselseitigen Respekt lernen.

So ganz überzeugen kann mich Frau Böhmer immer noch nicht.

Spengler: Aber warum ist dieser Schwimmunterricht jetzt zum Beispiel so wichtig? Es gibt doch auch Unterricht, an dem nicht alle Deutschen teilnehmen. Zum Beispiel nehmen Protestanten nicht am katholischen Religionsunterricht teil.

Böhmer: Ja. Hier haben wir natürlich die Situation, wenn es zu einem muslimischen Religionsunterricht käme, dass wir sicherlich

genauso die Trennung haben, dass die einen am evangelischen Religionsunterricht, die anderen am katholischen und die dritten dann am muslimischen Unterricht teilnehmen würden. Das ist ja eine Sondersituation, die man nicht mit Schwimmen, Sport oder Teilnahme an Klassenfahrten vergleichen kann.

Spengler: Ich will ja nur verstehen, warum für uns der Sportunterricht jetzt so eine Bedeutung hat.

Böhmer: Ja, das ist doch etwas. Im Sport lernen sie Teamfähigkeit, im Sport lernen sie Gemeinsamkeit. Und man soll Kinder nicht von einem Unterrichtsangebot ausschließen. Dahinter muss man ja auch sehen, dass sozusagen alte Regeln - und Sie haben eben ja auch gesagt, früher galten in Deutschland einmal andere Regeln in der Schule als heute -, dass eine kleine Minderheit in unserem Land die Regeln der Großväter wieder zur Geltung bringen will. Und da sage ich ganz klar: Sie Gleichberechtigung ist etwas, was wir in Deutschland uns erkämpft haben, was festgehalten worden ist im Grundgesetz. Das muss dann auch in konkreten Situationen gelebt werden und dazu gehört ganz vor allen Dingen der Schulunterricht, denn Kinder werden dort groß. Kinder lernen dort spielerisch und im Unterricht die

Fragen der Gleichberechtigung nicht nur vom Papier her kennen, sondern eben auch im ganz normalen Zusammenleben. Deshalb ist das so wichtig. (Quelle: [Deutschlandfunk](#))

Wie wichtig der Sportunterricht ist, in der die Gleichberechtigung gefördert wird, zeigt eine Studie des Deutschen Sportbundes:

Jede vierte Sportstunde fällt aus, die Lehrer sind überaltert, die Unterrichtsinhalte oft langweilig oder schlicht nicht mehr zeitgemäß. Zu diesem Ergebnis kam eine Studie des Deutschen Sportbundes (DSB). "Die üblichen drei Sportstunden pro Woche stehen nur auf dem Papier, werden aber nicht erteilt", kritisierte DSB-Präsident ... die Verantwortlichen für die Bildungspolitik in den Ländern. (Quelle: [Schulsportstudie 2004](#))

Das Grundgesetzargument Frau Böhmers wollen wir natürlich nicht ausblenden: Das Bundesverwaltungsgericht hat muslimischen Eltern und deren Kindern - ebenfalls unter Berufung auf das Grundgesetz - das Recht auf Befreiung vom Schulsport unter gewissen Voraussetzungen zugesprochen. Wieso wird, wenn es um den Sportunterricht in der Schule geht, diese Tatsache stets ausgeblendet?

Doch Grundgesetz hin, Grundgesetz her, werfen wir mal einen Blick in das [zweiten Aktionsprogramm für den Schulsport](#) der Kultusminister der Länder vom 17. April 1985, dass ein Rahmen bis zum Jahre 2000 setzen sollte. Darin wird folgendes bestimmt:

Koedukativer Unterricht ist möglich, wenn er pädagogisch, sportfachlich und schulorganisatorisch vertretbar ist.

Demnach ist beidgeschlechtlicher Unterricht "möglich, wenn ... vertretbar" - also eine Ausnahme.

Alles in allem entpuppen sich die gewürgt wirkenden Argumente Frau Böhmers als Vorwand, um allein gegen die Befreiung einzelner muslimischer Schülerinnen vom Schulsport vorzugehen. Obwohl nach Geschlechtern getrennten Schulsport heute noch an vielen staatlichen Schulen stattfindet und vor nicht einmal allzu langer Zeit selbstverständlich war und mancherorts auch weiterhin ist, wird heute die Gleichberechtigungsschublade bemüht.

Bis vor ein Paar Jahren noch, wo Islamdebatten die Öffentlichkeit nicht beängstigten, wurden keinerlei Bedenken von kaum einer Seite geäußert. Damals wurden über Vor- und Nachteile des

getrennten Sportunterrichts debattiert und die Trennung aus diesen oder jenen Gründen für "wissenschaftlich" legitim angesehen. So schreibt [Prof. Dr. Claudia Kugelman](#):

Was jedoch den Sportunterricht betrifft, so ist in der Fachliteratur nach wie vor unentschieden, ob die geschlechtshomogene oder -heterogene Form des (Sport-)unterrichts die wünschenswerte ist, um gleiche Bildungschancen für beide Geschlechter zu gewährleisten. In einigen Bundesländern wird der Sportunterricht nur in den ersten vier Schuljahren geschlechtsheterogen organisiert, später ist diese Unterrichtsform auf einige wenige Sportarten im differenzierten Sportunterricht beschränkt. Der offizielle Grund dafür ist, unsittliche Körperkontakte zwischen Kindern und zwischen Mädchen und Lehrern beim Sporttreiben zu vermeiden. In Wirklichkeit ist die Trennung der Mädchen und Jungen jedoch vermutlich das Ergebnis der tendentiell eher traditionellen Kultur und Lebensstile, die auf der traditionellen Geschlechterordnung beruhen, sie hervorbringen und aufrechterhalten. Ein Indiz für diese These sehe ich z.B. darin, dass noch im neuesten Lehrplan Sport für das Bayerische Gymnasium (1992) teilweise unterschiedliche Inhalte für Mädchen und

Jungen ausgewiesen sind: Im Umgang mit Ball und Seil, Reifen und Band sollen Jungen die Kondition und Geschicklichkeit verbessern und "Kunststücke" machen, Mädchen auch "Übungsverbindungen" zeigen (S. 770 ff.); auch bei den Sportspielen (S. 777) und beim Turnen (S. 782) werden Unterschiede gemacht. Die Trennung ab der 5. Klasse ist im Gegensatz zu den anderen Bundesländern zum Regelfall geworden. Schreckensmeldungen über die Schwierigkeiten mit gemischten Klassen andernorts halten die Sportlehrerinnen und -lehrer davon ab, Änderung zu fordern.

Heute, wo Einzelne - nicht die Mehrheit! - Muslime die Befreiung - nicht die Trennung! - ihrer Kinder vom Schwimmunterricht fordern, soll das aber aus Gleichberechtigungsgründen kategorisch abgelehnt werden. Irgendetwas flüstert mir ins Ohr, dass es hier nicht um Gleichberechtigung geht.

An dieser Stelle ist es mal angebracht, [§ 93 des Aufenthaltsgesetzes](#) zu zitieren, in der die Aufgaben der Integrationsministerin aufgelistet sind:

1. die Integration der dauerhaft im Bundesgebiet ansässigen Migranten zu fördern und insbesondere die Bundesregierung bei der Weiterentwicklung

ihrer Integrationspolitik auch im Hinblick auf arbeitsmarkt- und sozialpolitische Aspekte zu unterstützen sowie für die Weiterentwicklung der Integrationspolitik auch im europäischen Rahmen Anregungen zu geben;

2. die Voraussetzungen für ein möglichst spannungsfreies Zusammenleben zwischen Ausländern und Deutschen sowie unterschiedlichen Gruppen von Ausländern weiterzuentwickeln, *Verständnis füreinander zu fördern* und Fremdenfeindlichkeit entgegenzuwirken;

3. nicht gerechtfertigten *Ungleichbehandlungen*, soweit sie Ausländer betreffen, *entgegenzuwirken*;

4. den *Belangen der im Bundesgebiet befindlichen Ausländer zu einer angemessenen Berücksichtigung zu verhelfen*;

5. über die gesetzlichen Möglichkeiten der Einbürgerung zu informieren;

6. auf die Wahrung der Freizügigkeitsrechte der im Bundesgebiet lebenden Unionsbürger zu achten und zu deren weiterer Ausgestaltung Vorschläge zu machen;

7. Initiativen zur Integration der dauerhaft im Bundesgebiet ansässigen Migranten auch bei den Ländern und kommunalen Gebietskörperschaften sowie bei den gesellschaftlichen Gruppen anzuregen und zu unterstützen;

8. die Zuwanderung ins Bundesgebiet und in die Europäische Union sowie die Entwicklung der Zuwanderung in anderen Staaten zu beobachten;

9. in den Aufgabenbereichen der Nummern 1 bis 8 mit den Stellen der Gemeinden, der Länder, anderer Mitgliedstaaten der Europäischen Union und der Europäischen Union selbst, die gleiche oder ähnliche Aufgaben haben wie die Beauftragte, zusammenzuarbeiten;

10. die Öffentlichkeit zu den in den Nummern 1 bis 9 genannten Aufgabenbereichen zu informieren.

Dennoch viel Erfolg an die *Staatsministerin für Integration!*

SCHÄUBLES RELATIVIERUNG DES KOORDINATIONSRATES DER MUSLIME (KRM)

4. MAI, 2007 5 KOMMENTARE

Aus nachvollziehbaren Gründen hatte Innenminister Wolfgang Schäuble im Rahmen des ersten Islamgipfels *ein* Ansprechpartner auf Seiten der Muslime gefordert. Nachvollziehbar, weil die große Mehrheit der organisierten Muslime in Deutschland einem der vier großen Dachverbände angehören und keine dieser Organisationen für alle sprechen kann.

[Weiterlesen »](#)

APR

2007

DAS DEUTSCHE INTEGRATIONSMODELL

29. APR, 2007 2 KOMMENTARE

Unter der Überschrift „Neue Impulse für das deutsche Integrationsmodell“ (ZAR 2007, 1), stellt Integrationsminister des Landes Nordrhein-Westfalen Armin Laschet die These auf, dass „Das „unausgesprochene“ deutsche Integrationsmodell seit der ersten Anwerbung ... Integration durch Arbeit und soziale Rechte.“ laute. [Weiterlesen »](#)

HAB IHN ERWISCHT, DEN BUNDESTROJANER!

28. APR, 2007 3 KOMMENTARE

Als ich ihn entdeckte, war er gerade dabei, durch den Netzwerkanschluss in meinen Laptop rein zu krabbeln.

[Weiterlesen »](#)

ANFRAGE FÜR DEN INTEGRATIONS- UND MIGRATIONSAUSSCHUSS: NAZI-SCHMIEREREIEN AUF MOSCHEE-HAUSWAND

27. APR, 2007 1 KOMMENTAR

In der Nacht zum 18. April 2007 sind [Nazi-Schmierereien auf die Hausfront der Alemi Islam Moschee in Ludwigshafen aufgesprüht](#) worden. Die Grünen bitten den Vorsitzenden des Integrations- und Migrationsausschusses um die Beantwortung folgender Fragen: [Weiterlesen »](#)

NACHRICHTENDIENSTE FÜHREN ONLINE- DURCHSUCHUNGEN LÄNGST DURCH

26. APR, 2007 3 KOMMENTARE

Der Bundesnachrichtendienst und das Bundesamt für Verfassungsschutz führen bereits seit zwei Jahren so genannte Online-Durchsuchungen durch. Darüber informierte ein Vertreter des Bundeskanzleramts am Mittwochvormittag die Abgeordneten des Innenausschusses. [Weiterlesen »](#)

VIDEOÜBERWACHUNG UND PEILSENDER GEGEN SCHEINEHEN

26. APR, 2007 2 KOMMENTARE

Wie aus einem Beschluss des Hamburgischen Obergerichtspräsidenten

(Az. 3 Bs 396/05) hervorgeht, hat eine Hamburger Behörde gegen eine Bosnierin mit verdeckter Videoüberwachung, Peilsender am Auto des Ehemannes und verdeckter Beschaffung einer Handynummer ermittelt, um einer angeblichen Scheinehe auf die Spur zu kommen. [Weiterlesen »](#)

PREIS FÜR GUTE GESETZGEBUNG

25. APR, 2007 KEIN KOMMENTAR

Die Deutsche Gesellschaft für Gesetzgebung, DGG, hat am Dienstag, dem 24. April 2007, den "Preis für gute Gesetzgebung" erstmals im Bundestag verliehen. Mit dem Preis werden gute Gesetze oder Gesetzentwürfe, besonders gelungene Teile eines Gesetzentwurfs, aber auch eine erfolgreiche Gesetzesfolgenabschätzung gewürdigt. (Quelle: [Bundestag](#)) [Weiterlesen »](#)

BUNDESREGIERUNG WILL ZUWANDERER ZU INTEGRATIONSKURSEN VERPFLICHTEN

24. APR, 2007 32 KOMMENTARE

Bei der Veröffentlichung der ersten Ergebnisse des nationalen Integrationsplans teilte die Bundesregierung mit, dass sie auf Zuwanderer mehr Druck ausüben wolle, damit sie an Integrationskursen teilnehmen. Denjenigen, die nicht an den Kursen teilnehmen wollen, drohte sie mit Geldstrafen oder mit der Beendigung von Aufenthaltsgenehmigungen. Die Arbeitsgruppe der großen Koalition zur Integration erklärte, die Qualität der Integrationskurse für Zuwanderer würde deutlich verbessert.

Die Kurse würden von 600 auf bis zu 900 Stunden erhöht. Zudem würden verpflichtende Eingangs- und Abschlusstests eingeführt, die Teilnehmerzahl pro Kurs auf 25 begrenzt und die Vergütung für die Lehrkräfte erhöht. Solange sie nicht „wiederholt und gröblich“ gegen ihre Integrationspflichten verstoßen, soll den Kursteilnehmern die Aufenthaltsgenehmigung nicht verwehrt werden, wenn sie den Abschlusstest nicht bestehen. Bis jetzt werden die Integrationskurse mit rund 140 Mio. Euro im Jahr gefördert, was ebenfalls erhöht werde. Die Finanzierung sei aber - wen wundert es - unklar.

Seit 2005 haben bereits rund 250.000 Zuwanderer an solchen Kursen

teilgenommen. 70 Prozent der Teilnehmer sind schon länger in Deutschland lebende Migranten. Ziel sei es, die Erfolgsquote von derzeit 45 auf 75 Prozent zu erhöhen.

STAND DER RECHTLICHEN GLEICHSTELLUNG DES ISLAM IN DEUTSCHLAND

22. APR, 2007 KEIN KOMMENTAR

Der Stand der rechtlichen Gleichstellung des Islam in Deutschland ist Gegenstand einer Großen Anfrage (BT-Drucksache 16/2085) der Abgeordneten Josef Philip Winkler, Volker Beck (Köln), Renate Künast, Monika Lazar und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die Bundesregierung unter Federführung des Bundesministeriums des Innern hat nunmehr eine [umfassende Antwort](#) vorgelegt. [Weiterlesen »](#)

SPIEL UND SPASS BEI "23 NISAN"

22. APR, 2007 KEIN KOMMENTAR

Beim Internationalen Kinderfest 23 Nisan wird das Areal zwischen Brandenburger Tor und Siegessäule am Wochenende zur Spielmeile. Die Veranstalter erwarteten wie in den Vorjahren mehr als 700 000 Besucher, sagte ein Sprecher. Das Fest ist

nach Angaben der Initiatoren - das Netzwerk türkischstämmiger Hochschulabsolventen (EATA) - eine gemeinnützige Veranstaltung.

[Weiterlesen »](#)

MUSLIME IN DEUTSCHLAND VERURTEILEN DIE ABSCHEULICHEN MORDE IN DER TÜRKEI

20. APR, 2007 2 KOMMENTARE

„Mit tiefem Entsetzen und Abscheu verurteilt der Koordinationsrat der Muslime in Deutschland (KRM) die unfassbaren Morde an drei Christen am gestrigen Mittwoch in der türkischen Stadt Malatya“, sagte der Sprecher des KRM Dr. Ayyub A Köhler am heutigen Tag. „Es gibt keine religiöse Rechtfertigung für solche Überfälle“ sagte er weiter und führte aus, „dass solche Taten niemals geduldet werden dürfen“. Er betonte, dass „der Koran das Recht auf Glaubensfreiheit im Vers 256 der zweiten Sura garantiert, wo es heisst: „Kein Zwang im Glauben“. Er sagte weiter: „Diese koranische Grundlage darf niemals in Frage gestellt werden und er endete mit der Hoffnung, „das wir der Versuchung widerstehen, das nun Christen und Muslime gegeneinander ausgespielt werden“.

[Weiterlesen »](#)

DIE MILLIONEN DOLLAR KLAGE CHANCE?!

20. APR, 2007 KEIN KOMMENTAR

Das ist die Millionen-Dollar-Klage-Chance Ihres Lebens. Nutzen Sie sie! Lassen Sie sich von GM eine Route von Köln nach New York erstellen und machen Sie sich auf den Weg. Gut, die Strecke ist mit 6502 Kilometern und geschätzten 29 Tagen und 10 Stunden Reisezeit kein Katzensprung. Doch wird es sich lohnen! Sie können ja auch einen ganzen Monat arbeiten gehen - mal sehen wieviel Sie verdienen. Folgen Sie aber der Route, haben Sie die Chance auf die Million-Dollar-Klage. [Weiterlesen »](#)

MOSCHEE MIT HAKENKREUZEN BESCHMIERT

20. APR, 2007 1 KOMMENTAR

Unbekannte Täter haben in der Nacht die Alemi-Islam-Moschee in Ludwigshafen am Rhein mit rechtsextremen Symbolen beschmiert. Dabei wurden die Außenwände der beiden Moscheegebäude und das Eingangstor mit großen Hakenkreuzen und SS-Zeichen besprüht. Vorstand und Mitglieder der Gemeinde zeigten sich sehr betrübt über den Vorfall. [Weiterlesen »](#)

EINFÜHRUNG DES ETHIKUNTERRICHTS IN BERLIN ALS PFLICHTFACH VERFASSUNGSGEMÄSS

20. APR, 2007 1 KOMMENTAR

Mit Wirkung für das Schuljahr 2006/2007 wurde im Land Berlin für die Jahrgangsstufen 7 bis 10 der öffentlichen Schulen das Fach Ethik als ordentliches Lehrfach eingeführt. Grundlage hierfür ist eine neu gefasste Bestimmung des Schulgesetzes für das Land Berlin. Die Einführung des Lehrfachs erfolgte zunächst in der Jahrgangsstufe 7, in den Folgejahren wird der Unterricht auf jeweils eine weitere Jahrgangsstufe erstreckt. Der Ethikunterricht tritt als Pflichtfach ohne Abmeldemöglichkeit neben den Religionsunterricht. Die Teilnahme am Religionsunterricht ist freiwillig. [Weiterlesen »](#)

CDU-HESSEN GEGEN KOMMUNALES WAHLRECHT FÜR MIGRANTEN

6. APR, 2007 KEIN KOMMENTAR

Der Vorschlag der Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth (CDU),

Migranten aus Nicht-EU-Ländern ein kommunales Wahlrecht zu geben, wurde von der hessischen CDU abgelehnt. [Weiterlesen »](#)

UN VERABSCHIEDET RESOLUTION GEGEN DIFFAMIERUNG VON RELIGIONEN

6. APR, 2007 KEIN KOMMENTAR

Der UN-Menschenrechtsrat in Genf hat einem Antrag der Organisation der Islamischen Konferenz (OIC), das nach den Veröffentlichungen der beleidigenden Prophetenkarikaturen im September 2005 zum Verbot von öffentlicher Diffamierung von Religionen gestellt wurde, zugestimmt. [Weiterlesen »](#)

ACHTUNG VOR DER SCHAFSWÜRDE

5. APR, 2007 5 KOMMENTARE

Wenn in der türkischen Presse über Gewalttaten berichtet werden, wird größte Sorgfalt an den Tag gelegt; die Achtung des Pressekodex ist selbstverständlich. So wird in der heutigen Hürriyet über einen Fall berichtet, in der ein Perversling ein Schaaf

“vergewaltigt” (wörtliche Übersetzung) haben soll. Täter und Opfer konnten mit Hilfe von Überwachungskameras identifiziert werden. [Weiterlesen »](#)

BUNDESREGIERUNG ZU DEN DOPPELSTAATLERN

3. APR, 2007 KEIN KOMMENTAR

In einer [kleinen Anfrage](#) der “Fraktion der Linken” wird die Bundesregierung zu Einbürgerungsthemen befragt. Darin gehen die Fragesteller auch auf die Problematik der Doppelstaatler ein, die aufgrund der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts ihre deutsche Staatsangehörigkeit verloren haben. [Weiterlesen »](#)

TROTZ RÜCKLÄUFIGER EINBÜRGERUNGSAZAHLEN WEITERE VERSCHÄRFUNGEN DES STAATSANGEHÖRIGKEITS- GESETZES

3. APR, 2007 1 KOMMENTAR

Zu dem Gesetzentwurf des Bundesrates, der bundeseinheitliche Einbürgerungsstandards erreichen soll, will die Bundesregierung noch nicht Stellung nehmen. In ihrer Antwort ([16/4543](#)) auf eine Kleine Anfrage

der Fraktion Die Linke ([16/4330](#)) weigert sich die Regierung zudem, auf der Grundlage eines Vorschlags auf der Innenministerkonferenz vom 17. November 2006 eine Prognose zur zukünftigen Entwicklung der Einbürgerungszahlen abzugeben. [Weiterlesen »](#)

MIGRANTENVERBÄNDE WERTEN VERSCHÄRFUNG DES ZUWANDERUNGSGESETZES ALS „EINEN RÜCKSCHRITT“

3. APR, 2007 KEIN KOMMENTAR

21 Migrantenverbände, die am Integrationsgipfel teilgenommen hatten, haben die Verschärfung des Zuwanderungsgesetzes in einem offenen Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel kritisiert. Darin heißt es: „Diese Verschärfungen stehen in krassem Gegensatz zu den Intentionen des von Ihnen initiierten Integrationsgipfels. Die geplanten Änderungen tragen keineswegs zur Integration bei.“ Kritisiert wird vor allem, dass die Einbürgerung und der Familiennachzug erschwert werden. Trotz Protesten hat das Bundeskabinett den Gesetzentwurf zur Reform des Zuwanderungsrechts beschlossen. [Weiterlesen »](#)

MIGRANTEN IN DEUTSCHLAND. STATISTIKEN - FAKTEN - DISKURSE

3. APR, 2007 [KEIN KOMMENTAR](#)

In Sachen Migration ist hierzulande alles klar: Die Migranten, zumal jene türkischer Herkunft, haben Probleme, und zwar seit 30 Jahren die gleichen. Sie sprechen nicht genügend Deutsch, sie leben in so genannten Parallelgesellschaften, und in den Familien werden Frauen unterdrückt. Dass Migranten benachteiligt sind, das bestreitet wohl niemand, doch ein nicht unbeträchtlicher Teil der Bevölkerung, der Medieneliten und der politischen Klasse findet: Schuld sind sie selbst. Wenn man allerdings einen Blick wirft auf die Forschung zu Migration, dann ergibt sich ein anderes Bild. (Quelle: [TAZ](#)) [Weiterlesen »](#)

DER GLÄSERNE BÜRGER IN EINEM STURM IM WASSERGLAS

2. APR, 2007 [6 KOMMENTARE](#)

Das Risiko eines Terroranschlags habe sich nach Einschätzung des Landesamts für Verfassungsschutz in den vergangenen Monaten durchaus erhöht. Anhaltspunkte

für eine konkret bevorstehende Tat gebe es allerdings nicht. Das verstärkte Engagement der Bundeswehr in Afghanistan würde auch die Gefahr einer Gewalttat in Deutschland erhöhen. Insbesondere durch den Einsatz von Tornado-Aufklärungsflugzeugen, trete Deutschland stärker denn je als Kriegspartei hervor. [Weiterlesen »](#)

KONKRETE FORDERUNGEN, VAGE FÖRDERUNGEN

2. APR, 2007 [16 KOMMENTARE](#)

In der Debatte um den nationalen Integrationsplan hat die Bundestagsfraktion der CDU/CSU ein "Fordern und Fördern Positionspapier" vorgelegt. Die Eckpunkte des "förderns" sind: Ausbildungsförderung, Sprachlernprogramme, Erhöhung des Migrantenanteils im öffentlichen Dienst. Wie die einzelnen Punkte jedoch umgesetzt werden sollen, steht wohl auf einem anderen Papier. Das Positionspapier jedenfalls ist sehr vage verfasst, unbeziffert und erweckt nicht den Eindruck, als wenn die Union wirklich wüsste, was sie wollte.

Im Bereich des "Forderns" sind die Damen und Herren aus der Unionsriege dagegen glasklar: Bußgelder bis zu 1.000 Euro, Kürzungen der Hartz-IV-Bezüge um 30 Prozent, Beendigung der

Aufenthaltserlaubnis. Wehe dem, der beim Sprachkurs "pflichtwidrig" fehlt. Die bloße Teilnahme reicht nicht; die Prüfungen müssen bestanden werden!

Obwohl Google bei den Suchbegriffen "Fördern und Fordern" mehr Ergebnisse liefert, fällt im Positionspapier der Union auf, dass das "Fordern" stets vor dem "Fördern" steht, was wohl auch die Grundhaltung der Verfasser zum Ausdruck bringt.

MRZ

2007

CDU-ORTSVERBAND UNTERSTÜTZT RECHTSEXTREME ORGANISATION IM STREIT UM MOSCHEE-BAU

31. MRZ, 2007 31 KOMMENTARE

Die Türkisch-Islamische Union (Ditib) plant in Köln-Ehrenfeld eine neue Moschee mit zwei Minaretten zu bauen. Die rechtsextreme Gruppe „pro Köln“ will mit einem Bürgerbegehren den Moscheebau stoppen. Auch die Ehrenfelder CDU ist gegen den Bau der Moschee. Der Vorsitzende des CDU-Ortsverbandes Ehrenfeld sagte dem „[Kölner Stadtanzeiger](#)“ (ksta), das von der rechtsextremen Organisation „pro Köln“ angestrebte Begehren werde „von der Ehrenfelder CDU als Volkspartei“ befürwortet. [Weiterlesen »](#)

GLEICHHEITSGRUNDSATZ DELIGHT

30. MRZ, 2007 1 KOMMENTAR

Mit einer Verschärfung des Zuwanderungsgesetzes will die Bundesregierung eine bessere Integration von Ausländern durchsetzen und Sicherheitsrisiken beseitigen. Ausländische

Ehepartner, die nach Deutschland kommen möchten, müssen künftig schon vor der Einreise nachweisen, dass sie Deutsch gelernt haben. Dies, so Schäuble, sei „im Zeitalter audiovisueller Medien gar nicht so furchtbar schwierig“. Sprachkenntnisse werden von Türken, aber nicht von allen Ausländern erwartet - beim Zuzug aus Staaten wie USA, Kanada oder Japan seien Ausnahmen geplant, erklärte Schäuble. (Quelle: [TAZ](#)) [Weiterlesen »](#)

ASÜL-ANTRAG AUS INGOLSTADT

29. MRZ, 2007 2 KOMMENTARE

Der CSU-Politiker und Ex-Staatssekretär Hermann Regensburger hat gar nichts gegen Ausländer und schätzt Django Asül als Kabarettisten. Aber dass ein Türke die bayerischen Politiker derbleckt, das geht ihm dann doch zu weit, kommentiert [Stefan Mayr in der Süddeutschen Zeitung](#) und kommt zu dem Schluss, dass nicht nur Einwanderer und ihre Nachfahren Integrationswillen vermissen lassen, wie so oft behauptet wird, sondern auch Einheimische und ihre Vordenker an den Stammtischen. Dies hat der frühere Staatssekretär Regensburger schonungslos offengelegt. [Weiterlesen »](#)

DER NACHWEIS VON SPRACHKENNTNISSEN BEI EHEGATTENNACHZUG

29. MRZ, 2007 15 KOMMENTARE

Nach langem Streit zwischen Union und SPD hat die Bundesregierung eine Reform des Zuwanderungsrechts auf den Weg gebracht. In Kraft treten sollen die Neuregelungen nach dem Willen der Koalition zum 15. Juli dieses Jahres.

Neben zahlreichen anderen Änderungen, sieht die Neuregelung vor, dass die Aufenthaltserlaubnis beim Ehegattennachzug künftig davon abhängen soll, ob der Ausländer sich auf einfache Art in deutsche Sprache verständigen kann (§ 30 I Nr. 2 Entw-AufenthG). Insofern werden Ausländer verpflichtet, bereits im Herkunftsland sich Deutschkenntnisse anzueignen. Hauptargument für die Neuregelung sei der Schutz vor Zwangsehe.

Da die Neuerungen des Aufenthaltsgesetzes in den Schutzbereich des Art. 6 Abs. 1 GG (Ehe und Familie) sowie des Art. 3 Abs. 1 GG (Gleichheitsgrundsatz) eingreifen, wollen wir im Folgenden kurz auf die Verhältnismäßigkeit, Geeignetheit sowie Erforderlichkeit eingehen.

Art. 6 Abs. 1 GG

Es ist bereits zweifelhaft, ob die deutsche Sprache dem Opfer einer Zwangsehe Schutz vermittelt. Wichtiger als die deutsche Sprache sind Kenntnisse der deutschen Rechtskultur, um Beratungs- und Informationsangebote wahrzunehmen. Diese werden im Rahmen eines Integrationskurses im Orientierungskurs vermittelt. Allerdings setzt die Teilnahme an einem Integrationskurs voraus, dass der Ausländer sich gerade nicht in einfacher Weise in deutscher Sprache verständigen kann (§ 44 Abs. 3 Nr. 3, § 44a Abs. 1 Nr. 1 AufenthG). Insofern führt der Erwerb einfacher Deutschkenntnisse im Herkunftsland dazu, dass das Opfer an keinem Integrations- und Orientierungskurs teilnehmen darf. Die Erlangung von Kenntnissen der Rechtsordnung, der Kultur und der Geschichte in Deutschland werden dem Ausländer demnach durch die Neuregelung verwehrt, was eher dazu führt, dass mögliche Opfer schutzlos gestellt werden.

Im Sinne der Erforderlichkeit käme als milderer Mittel die Verpflichtung in Betracht, einfache Deutschkenntnisse nach der Einreise durch Absolvierung eines Integrationskurses nachzuweisen. So würden Rechte derjenigen, die im

Herkunftsland keinen Zugang zu Deutschkursen haben, weniger beschnitten.

Gegen die Eignung von Integrationsmaßnahmen nach der Einreise wird in der Gesetzesbegründung im Wesentlichen vorgebracht, dass die Verpflichtung zur Teilnahme an Integrationskursen nach der Einreise allein nicht in gleichem Maße ausreiche, um die Verhinderung eines eigenen Soziallebens der Opfer aufzufangen. Bis zum Kursbeginn und zur damit verbundenen Vermittlung von Deutschkenntnissen könne einige Zeit vergehen, während derer das Opfer dem Zwang der Schwiegerfamilie ausgesetzt bleibe.

Das überzeugt schon deshalb nicht weil ein nachziehender Ehegatte nach § 44a Abs. 1 AufenthG ohne schuldhaftes zögern an einem Integrationskurs teilnehmen muss. Daher tritt eine eher nachteilige Wirkung ein. Eine zwangsverheiratete Frau, die keinen Zugang zu Bildungseinrichtungen hat, wird, wenn überhaupt, sogar wesentlich später Zugang zu öffentlichen Einrichtungen haben und Hilfe in Anspruch nehmen können. Entsprechend länger wäre sie dem Zwang der Schwiegerfamilie ausgesetzt. Insofern ist ein Besuch eines Integrationskurses besser geeignet, das angestrebte Ziel zu erreichen.

Des Weiteren wird aufgeführt, dass die Verpflichtung zur Teilnahme am Integrationskurs keinen erfolgreichen Abschluss sicherstellte. Auch dieses Argument überzeugt nicht. Gemäß § 43 Abs. 3 S. 2 AufenthG wird die erfolgreiche Teilnahme an Integrationskursen durch eine vom Kursträger auszustellende Bescheinigung über den erfolgreich abgelegten Abschlusstest nachgewiesen. Sanktioniert wird lediglich die Verletzung der regelmäßigen Teilnahme.

Letztlich kommt noch das Argument, dass aufgrund bisheriger Erfahrungen nicht davon ausgegangen werden könne, dass die sprachliche Integration im Inland gelingen könne. Hier wird nicht berücksichtigt, dass Integrationskurse erst im Jahre 2005 eingeführt wurden. In nur zwei Jahren ist es abstrus zu behaupten, dass sich das neue Integrationskonzept mit den Integrationskursen nicht behaupten wird.

Die Verpflichtung zum Erwerb von Sprachkenntnissen vor der Einreise ist daher allenfalls dazu geeignet, nachzugswillige Ehegatten dauerhaft aus dem Bundesgebiet fernzuhalten. Das aber ist, jedenfalls ausweichlich der Gesetzesbegründung, nicht das Ziel.

Art. 3 Abs. 1 GG

Die Neuregelung steht auch wegen einer Ungleichbehandlung auf wackeligen Füßen. Der nachziehende Ehegatte ist verpflichtet einfache Sprachkenntnisse vorzuweisen für eine Aufenthaltserlaubnis. Beantragt allerdings ein Ausländer eine Aufenthaltserlaubnis, um in Deutschland zu arbeiten, braucht dieser keine Sprachkenntnisse nachzuweisen und wird ggf. zur Teilnahme an einem Integrationskurs verpflichtet; die nachziehende Ehefrau müsste dagegen Sprachkenntnisse vorweisen und müsste an keinem Integrationskurs teilnehmen. Diese Ungleichbehandlung ist – führt man sich das Ziel vor Augen - erst Recht nicht nachvollziehbar, wenn der Ehemann nachzieht.

Fazit:

Festzuhalten ist, dass die Verpflichtung von Ausländern, Sprachkenntnisse bereits vor der Einreise vorzuweisen, eine nicht erforderliche Beeinträchtigung des Grundrechts aus Art. 6 Abs. 1 GG enthält und daher verfassungswidrig ist. Die Ungleichbehandlung unter den Ausländern dürfte verfassungsrechtlich ebenfalls nicht gerechtfertigt sein.

SCHILY ENTLASTET GENOSSE STEINMEIER

29. MRZ, 2007 KEIN KOMMENTAR

Ex-Minister Schily hat im Untersuchungsausschuss die politische Verantwortung für den Fall Kurnaz übernommen und damit den amtierenden Außenminister und Genossen Steinmeier entlastet. [Weiterlesen »](#)

TÜRKISCHE FRAUEN MIT KOPFTÜCHER SIND HOCH IM KURS

28. MRZ, 2007 5 KOMMENTARE

In der Sache geht es um die Bleiberechtsregelung für [Unabschiebbare](#). Also für Menschen, die entweder Staatenlos sind, aus Kriegsgebieten geflüchtet sind oder schlicht um Staatsbürger solcher Staaten, in denen Folter bzw. der Tod droht. In den allermeisten Fällen geht es also nicht um Türken, türkische Mütter, türkische Kinder und erst Recht nicht um Kopftücher. [Weiterlesen »](#)

NICHT "LANGJÄHRIG GEDULDETE" SONDERN "LANGFRISTIG NICHT ABSCHIEBBARE"

28. MRZ, 2007 2 KOMMENTARE

Die Bundesregierung arbeitet bereits seit Monaten über eine Regelung der langjährig geduldeten Ausländer. Man wolle diese Menschen an die Gesellschaft heranführen und ihnen eine Perspektive bieten, heißt es immer wieder. Heute gibt die Bundesregierung bekannt, dass eine Einigung erzielt und eine Regelung auf den Weg gebracht worden sei. Vorausgesetzt, der Ausländer kann bis Ende 2009 eine Arbeitsstelle vorweisen. [Weiterlesen »](#)

MERKEL, CHIRAC, EIN BIERKRUG, NAPOLEON UND DIE OSMANEN

27. MRZ, 2007 12 KOMMENTARE

Würde ich türkische Zeitungen nicht lesen, wäre die Meldung spurlos an mir vorbeigegangen. In der deutschen Medienlandschaft hat ein Detail kaum Erwähnung gefunden. Lediglich in der "[Thüringer Allgemeine](#)" wird es nebenbei erwähnt. [Weiterlesen »](#)

KLEINE ANFRAGE AN DIE BUNDESREGIERUNG: ISLAMBILD DEUTSCHER MEDIEN

27. MRZ, 2007 22 KOMMENTARE

Die Linksfraktion möchten in einer kleinen Anfrage ([16/4645](#)) von der Bundesregierung wissen, wie sie die Entwicklung der Berichterstattung über den Islam in deutschen Medien beurteilt. Mit der Anfrage wollen die Angeordneten zudem in Erfahrung bringen, wie die Bundesregierung die Auswirkungen eines medial verzerrten Islambildes auf das gesellschaftliche Klima gegenüber den in Deutschland lebenden Muslimen einschätzt und welche Maßnahmen sie plant, um diesem negativen Bild vor allem in den öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten entgegenzutreten. [Weiterlesen »](#)

GASTBEITRAG: DIE „BÖSE“ RICHTERIN

27. MRZ, 2007 16 KOMMENTARE

Die Frankfurter Familienrichterin hat mit ihrem Urteil eine heftige Debatte ausgelöst, womit sie wahrscheinlich nicht gerechnet hat.

Das Urteil der Familienrichterin mag juristisch gesehen, falsch oder richtig sein, doch die Debatte geht darüber hinaus. [Weiterlesen »](#)

KRITIKER, GEWINNER UND VERLIERER DES KORAN- URTEILS

27. MRZ, 2007 1 KOMMENTAR

Nach Artikel 97 des Grundgesetzes sind Richter unabhängig und nur dem Gesetze unterworfen. Wie steht es aber mit der Unterwerfung, wenn ein Rechtsstreit unter Hinweis auf den Koran entschieden wird? Dieser Frage liegt der folgende Sachverhalt zugrunde:

Eine deutsche Frau marokkanischer Abstammung, die von ihrem Mann geschlagen wurde und Morddrohungen erhielt, stellte im Oktober letzten Jahres beim Frankfurter Amtsgericht einen Antrag auf vorzeitige Scheidung, weil sie das gesetzlich vorgesehene Trennungsjahr nicht mehr aussitzen wollte. Der Antrag wurde jedoch abgelehnt. Die Ausübung des Züchtigungsrechts begründe keine unzumutbare Härte gemäß Paragraph 1565 BGB. Die Richterin verwies bei ihrer Entscheidung auf den Koran (Sure 4, 34) und meinte, dass die Gewalttaten des Ehemanns

vom Koran legitimiert würden. So entschied sie, dass es sich hier nicht um einen Härtefall handelt. Vorzeitige Scheidungen können aber nur mit Härtefällen begründet werden. Zu berücksichtigen sei, dass beide Ehepartner aus dem marokkanischen Kulturkreis stammen.

Seit dem publik werden der Entscheidung meint man, Deutschland werde vom Islam unterwandert. Dabei kristallisieren sich drei Gruppen heraus, die aus unterschiedlichen Motiven heraus kritisieren.

Die Entscheidung gibt in der Tat Anlass zu Diskussionen. Darf nach dem Koran der Ehemann die Ehefrau schlagen? Darf die Rechtsprechung unter Hinweis auf den Koran Recht sprechen? Die Bandbreite der Meinungen gehen von striktem Gewalt-Verbot in der Ehe bis hin zum Schlagen als ultima-ratio unter Islamwissenschaftlern oder von Berücksichtigung kultureller oder religiöser Besonderheiten bis hin zur strikten Ablehnung dessen unter Rechtswissenschaftlern.

Die erste Gruppe, dem überwiegend Politiker und Islamkritiker angehören, wollen den willkommenen Anti-Islam-Populismus-Zug nicht ohne Eigennutz vorbeiziehen lassen und kritisieren

überwiegend den Verweis auf den Koran unter Missachtung deutscher Gesetze.

Die Familienrichterin, die mittlerweile ihre Rechtsprechung [bedauert](#), hat sich, was den Koran-Verweis angeht, nichts vorzuwerfen. Das Schächturteil, das Kopftuchurteil, das Schwimmunterrichtsurteil und viele andere sind von den höchsten Gerichten Deutschlands mit Hinweisen auf den Koran entschieden worden. Ebenso wurden in vielen Entscheidungen Täter milder bestraft weil kulturelle sowie religiöse Besonderheiten berücksichtigt wurden.

Allerdings findet die Beachtung religiöser und kultureller Unterschiede dort ihre Grenzen, wo grundrechtliche Wertordnungen tangiert werden. Wenn es um die körperliche Misshandlung von Menschen oder eine Todesandrohung geht, ist es absurd zu urteilen, dass das in der einen Kultur milder zu beurteilen ist als in der anderen. Die Menschenwürde ist unteilbar.

Islamische Spitzenverbände kritisieren dagegen vornehmlich die Falschauslegung des Korans. Die Sure 4, 34 ist dabei aus zweierlei Sicht streitig:

Der hier streitige Begriff "darabe" wird überwiegend mit "schlagen" übersetzt,

wobei es auch Stimmen gibt, die es als "weggehen" verstehen wollen.

Schließt man sich dem "schlagen" an, ist weiterhin die Ausführung streitig. Während einige wenige es als ultima-ratio legitimieren meint die überwiegende Mehrheit unter Berufung auf Haditen (Überlieferungen aus dem Leben des Propheten), es handele sich eher um ein symbolisches Schlagen als ultima-ratio, wenn die vorherige Ermahnung sowie die Trennung der Betten nicht fruchten, um eine kurz vor der Trennung stehende Ehe zu retten. Dabei dürfe das Schlagen nicht auf das Gesicht, auf Schmerzzufügung oder Verletzungszufügung gerichtet sein. Aus Überlieferungen sei bekannt, dass der Prophet das Schlagen von Kindern und Frauen ausdrücklich missbilligt habe.

Der gemäßigten dritten Gruppe - vorwiegend Juristen und Islamwissenschaftler - geht die Debatte zu weit und ist typisch populistisch.

Der quasi-vierten Gruppe - weil immer dabei - ist die Debatte ein willkommenes Geschenk: Die Medien, die wieder einmal etwas handfestes zu berichten haben und ([fast](#)) jeden zu Wort kommen lassen, rollen gleich alle Themen der letzten Jahre noch einmal auf. Zeitschriften widmen dem

Thema ihre Titelseiten und die Tagesschau berichtet zur Primetime. Journalisten fangen an, sich mit dem Islam zu beschäftigen und würdigen [Koranauslegungen sowie -übersetzungen](#).

Die Gewinner dieser Debatte werden vornehmlich Bild-Politiker, die wir-haben-es-doch-schon-immer-gesagt-Islamkritiker sowie die Medien sein.

Die Verlierer sind erneut Muslime, die mit dem Vorwurf konfrontiert werden, Schläger oder Geschlagte zu sein, denen man helfen muss, den richtigen Weg zeigen muss, bevormunden muss.

Ein weiterer Verlierer ist die unabhängige Rechtsprechung. Der Vorfall zeigt, wie selbst Richter sich von der seit Jahren herrschenden Anti-Islam-Hysterie beeinflussen lassen können und sich zu solchen Urteilen verleiten lassen. Eine Muslima muss Gewalt erdulden. Das muss man sich mal auf der Zunge zergehen lassen! Bitter, bitter.

Der letzte Verlierer ist der Rechtsstaat. Wenn Politiker posaunen, dass Richter nur dem Gesetz unterworfen und unabhängig sind (Art. 97 GG), stellt sich für mich die Frage, was eine derart heftige Einmischung von außen bewirken soll. Das Urteil des

Familiengerichts ist nicht die schwerwiegendste Fehlentscheidung in der Geschichte Deutschlands, nicht die Erste und wird auch nicht die Letzte sein. Gegen Fehlentscheidungen gibt es Rechtsmittel, Populismus dagegen ist nicht vorgesehen.

Es erhärtet sich der Eindruck, als wollten Politiker sich gegen die Rechtsprechungen der letzten Jahre rächen und ihrem Unmut Luft machen. Nicht umsonst finden die oben genannten Rechtsprechungen über Muslime immer wieder [Erwähnung](#). Nach dem Motto: "Das ist die Chance - Schlagen wir zu!" werden [dienstrechtliche Prüfungen](#) gefordert gegen die Richterin um ein Zeichen zu setzen und zu warnen.

Nicht unberücksichtigt darf gelassen werden, dass in Fällen, in denen kulturelle oder religiöse Besonderheiten berücksichtigt werden (müssen), die Richter eine Gratwanderung wagen. In diesen Fällen hängt die Entscheidung nicht selten vom persönlichen Empfinden des Richters ab.

GASTBEITRAG: OFFENER BRIEF AN SIBEL KEKILLI

9. MRZ, 2007 29 KOMMENTARE

Sehr geehrte Frau Kekilli,

im [Interview mit Spiegel Online vom 06. März 2007](#) beschweren Sie sich zu Recht, dass sie - in Deutschland geboren und eingebürgert - immer noch nicht akzeptiert und willkommen sind. Trotz guter Ausbildung, perfekter Sprachkenntnisse, überragendem beruflichen Erfolg, herausragender Verdienste für die Kultur. Anstatt daraus konsequent den Schluss zu ziehen, dass die Deutschen offenbar eine nicht integrationsfähige Gesellschaft bilden, machen Sie den (Mit-)Schuldigen da aus, wo ihn alle ordentlichen Deutschen für alles und jedes verorten: der böse Muselmane ist schuld. Ich möchte es Ihnen entgegen schreien, weil soviel Blindheit kaum erträglich ist: es sind nicht die gläubigen Muslime schuld. Es sind noch nicht mal die Islamisten schuld. Es ist die deutsche Schuld, Frau Kekilli. [Weiterlesen »](#)

CDU WILL VOR EINBÜRGERUNG EID VERLANGEN

5. MRZ, 2007 KEIN KOMMENTAR

Der [hessische CDU](#)-Landesvorsitzende, Ministerpräsident Roland Koch:

"Das beinhaltet auch die Frage nach der Loyalität zu unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung. Die

deutsche Staatsbürgerschaft ist kein Kästchen zum Ankreuzen. ... Unsere Gemeinschaft ist etwas wert und die gibt es nicht zum Nulltarif. ... Wer Deutscher werden will, muss sich zu unseren Werten bekennen, muss wissen, dass Religion und Staat getrennt sind, dass Mann und Frau gleichberechtigt sind, muss unsere einheitliche Sprache auf dem Schulhof, den Ämtern und in den Familien anerkennen ... und er soll einen Eid auf unser Grundgesetz leisten und ist uns dann herzlich willkommen". [Weiterlesen »](#)

FEB

2007

DER FALL GÖRGÜLÜ UND DIE KAPITULATION DES FAMILIENRECHTSSYSTEMS

24. FEB, 2007 8 KOMMENTARE

Seit der gerichtlichen Feststellung seiner Vaterschaft bemüht sich der Vater - dank OLG Naumburg - darum, die elterliche Sorge für sein 1999 geborenes Kind übertragen zu bekommen und Umgang mit diesem zu erhalten. Das Kind wurde gleich nach der Geburt von der Kindesmutter zur Adoption freigegeben und lebt seitdem in einer Pflegefamilie. Hier die unglaubliche Chronologie: [Weiterlesen »](#)

WENN DAS SCHULAMT JURA SPIELT

17. FEB, 2007 3 KOMMENTARE

Im folgenden geht es um den Antrag einer muslimischen Familie auf Befreiung ihrer Töchter vom Sport- und Schwimmunterricht. Das Schulamt in Hessen verlangt die Vorlage einer Bescheinigung einer "anerkannten Autorität der Glaubensrichtung", um dem Antrag zu entsprechen. Die Familie ist der Ansicht, eine solche Bescheinigung nicht vorlegen zu müssen. Zu Recht? [Weiterlesen »](#)

HEIMLICHE VATERSCHAFTSTESTS KEIN BEWEISMITTEL – GESETZGEBER MUSS VERFAHREN ZUR FESTSTELLUNG DER VATERSCHAFT BEREITSTELLEN

13. FEB, 2007 1 KOMMENTAR

Heimliche Vaterschaftstests dürfen nach einer Entscheidung des [Bundesverfassungsgerichtes](#) weiterhin nicht vor Gericht verwendet werden. Der Gesetzgeber muss aber ein neues Verfahren zur erleichterten Überprüfung der Vaterschaft bis zum 31. März 2008 schaffen. [Weiterlesen »](#)

“GEDANKEN ZUM ISLAM” VOM MACHER DES HESSISCHEN GESINNUNGSTESTS

13. FEB, 2007 12 KOMMENTARE

Aus dem Manuskript "Dichtung und Wahrheit: Die Geschichte des „Muslim-Tests“ in Baden-Württemberg" unter der Überschrift "Gedanken zum Islam" von Rainer Grell, der bis zu seiner Pensionierung (Juni 2006) Leiter des Referats für

Staatsangehörigkeitsrecht im Innenministerium Baden-Württemberg war. [Weiterlesen »](#)

DAS WORT ZUM FREITAG

10. FEB, 2007 5 KOMMENTARE

Vor einem Jahr genau schien es so, als sei "Das Wort zum Freitag" für Muslime unmöglich. Was hat sich geändert? [Weiterlesen »](#)

TÜRKEN AM WOHNUNGSMARKT STARK DISKRIMINIERT!

7. FEB, 2007 16 KOMMENTARE

Bei einem "Testing" in Online-Wohnungsbörsen kam der Planerladen zu dem alarmierenden Ergebnis, dass 42 Prozent von 105 getesteten Vermietern türkische gegenüber deutschen Mietinteressenten benachteiligen. Der Planerladen fordert daher einen Anti-Diskriminierungs-Kodex. Die Untersuchung fand im Rahmen des vom Land NRW geförderten Integrationsprojektes des Planerladen e.V. statt. [Weiterlesen »](#)

VERHALTENSLEITFADEN BEI ONLINE-DURCHSUCHUNGEN

7. FEB, 2007 6 KOMMENTARE

Im Folgenden möchte ich, da die Behörden die Online-Durchsuchung unter § 102 StPO (Hausdurchsuchung) subsumieren, auf praktische, technische und juristische Probleme eingehen. Dabei zeigen wir zunächst den Normalfall (Hausdurchsuchung) und übertragen diese auf die Online-Durchsuchung.

1. Anwesenheit

Hausdurchsuchung: Grundsätzlich hat der Inhaber der Wohnung das Recht, bei der Durchsuchung anwesend zu sein. Die Durchsuchung darf nicht beginnen, bevor er eingetroffen ist, sofern er mit angemessenem Aufwand benachrichtigt werden kann.

Allerdings darf der Durchsucher unangemeldet kommen, wenn der Zweck der Durchsuchung gefährdet wäre; der Betroffene hätte sonst Gelegenheit, Beweismittel wegzuschaffen.

Online-Durchsuchung: Das bedeutet für den Computerinhaber, dass er vorab zumindest per E-Mail über die Durchsuchung

benachrichtigt werden muss, damit dieser am angegebenen Zeitpunkt auch vor dem Computer sitzt. Das Verfassen und Versenden einer E-Mail wäre für ausgewiesene Bundes-Hacker ein nicht unangemessener Aufwand. Ein u.U. eingerichteter eMail-Spam-Filter könnte allerdings den Zugang der Benachrichtigungsmail verhindern, was zu Lasten des Empfängers geht, da die Zugangsverhinderung in seiner Sphäre liegt. Daher empfiehlt es sich, künftig keine eMail-Spam-Filter einzusetzen. Das Recht des Einzelnen, belästigende Mails abzuwehren, muss dem Allgemeinwohl (hier Verbrechensbekämpfung) zurückstehen.

Bei einer Überraschungsdurchsuchung entfällt die E-Mail Benachrichtigung selbstverständlich. Doch hat hier der Computerinhaber den Vorteil, dass nur dann durchsucht werden kann, wenn der Computer an ist. Daher empfiehlt es sich, den Computer nicht unnötig und vor allem nicht unbeaufsichtigt laufen zu lassen.

2. Gewaltanwendung

Hausdurchsuchung: Die Polizei darf die Wohnung gewaltsam aufbrechen, wenn der Inhaber oder ein Stellvertreter mit Schlüssel nicht auffindbar ist. Während der Durchsuchung darf die Polizei Behältnisse

aufbrechen, wenn sie nicht anders zu öffnen sind.

Online-Durchsuchung: Der Bundes-Trojaner darf den Firewall umgehen, wenn ein Administrator den Zugang des Bundes-Trojaners nicht ermöglicht. Während der Durchsuchung darf der Bundes-Trojaner verschlüsselte Dateien entschlüsseln, wenn sie nicht anders zu öffnen sind. Vorsicht! Ein besonders hartnäckiger Firewall kann u.U. als "Widerstand" gegen Vollstreckungstrojaner geahndet werden.

3. Anwalt

Hausdurchsuchung: Der Wohnungsinhaber hat das Recht auf einen Anwalt während der Durchsuchung. Allein die Anwesenheit kann sich tendenziell positiv auf die Art und Weise der Durchführung auswirken.

Online-Durchsuchung: Im vorliegenden Fall, dürfte allerdings ein Anwalt, wie wir sie kennen, bei der still und im Innern des Computers vollzogenen Durchsuchung kaum etwas bewirken, geschweige denn etwas kontrollieren können. Hier muss das Gesetz dahingehend ausgelegt werden, dass ein adäquater Ersatz gefunden wird. In Betracht kommen geeignete Anwalts-Programme, die dem Bundes-Trojaner bei der Durchsuchung auf die Finger schauen und die Aktion

Protokollieren. Ob der Bundes-Trojaner sich von einem solchen Programm beeindrucken lässt, kommt darauf an, von wem der Bundes-Trojaner programmiert wurde, ob er sich noch im Betastatus befindet oder Sicherheitslöcher hat.

4. Zeugen

Hausdurchsuchung: Der Wohnungsinhaber darf normalerweise Vertrauenspersonen als Zeugen zuziehen.

Online-Durchsuchung: Auch hier ist eine Gesetzesüberdehnung (nach dem Vorbild der Bundesbehörden) dahingehend nötig, dass ein Programm ihres Vertrauens dem Bundestrojaner Gesellschaft leistet und bei Bedarf als Zeuge fungiert. Da ein Programm an sich nicht als Zeuge fungieren kann, muss ein Screenshot des Windows Task-Managers ausreichen, der dokumentiert, dass der Zeugen-Programm auch tatsächlich lief.

5. Durchsucher

Hausdurchsuchung: Findet die Durchsuchung ohne Beisein eines Richters oder eines Staatsanwalts statt, also nur mit Polizeibeamten, so muss die Polizei, "wenn möglich", einen Gemeindebeamten oder zwei Gemeindemitglieder hinzuziehen.

Online-Durchsuchung: Hmm... Der Bundes-Trojaner darf also nicht allein kommen. Richter oder Staatsanwalt dürften bei Online-Durchsuchungen meist nicht anwesend sein. Übertragen auf unseren Fall müssten demnach mindestens ein in der Gemeinde programmierter Gemeinde-Trojaner in der Endversion oder zwei örtliche Freeware-Trojaner im Beta-Status mitkommen.

6. Legitimation

Hausdurchsuchung: Es genügt, den Einsatzleiter nach seiner Legitimation zu befragen. Folgende Angaben muss er normalerweise machen, die man sich notieren sollte: Name, Dienstgrad, Dienstnummer, Dienststelle. Außerdem muss er den Dienstaussweis vorzeigen.

Online-Durchsuchung: Schwierig! Da man einen Trojaner in der Regel nicht befragen kann, dürfte die Verwendung eines Anti-Trojaner-Programms hilfreich sein. Mit Hilfe dieses Programms könnte man zumindest herauskriegen, welchen Namen der Trojaner hat. Der Bundes-Trojaner müsste dann in seinem Namen bereits sämtliche Informationen beinhalten (z.B. Becker.***.36A.Kreuzberg.exe). Der Dienstaussweis liegt dem Bundes-Trojaner dann als jpg- oder gif-Bilddatei bei, der in

einem Popup-Fenster erscheint. Vorsicht: Die Verwendung eines Popup-Blockers geht zu Lasten des Verwenders!

Bei der Verwendung eines Anti-Trojaner-Programms sollte man allerdings darauf achten, den Bundes Trojaner nicht zu löschen oder in Quarantäne zu nehmen. Es besteht die Gefahr, dass man sich des Mordes oder der Freiheitsentziehung in Mittäterschaft mit dem Produzenten des Anti-Trojaner-Programms schuldig macht. Bei einem Bundesbeamten, der in Verrichtung seines Dienstes unterwegs ist, kann das weit reichende Konsequenzen mit sich bringen.

7. Vorgehen

Hausdurchsuchung: Da der Inhaber oder sein Vertreter das Recht haben, bei der Durchsuchung anwesend zu sein, können sie verlangen, dass die Räume nacheinander und einzeln durchsucht werden, so dass sie alle Durchsuchungshandlungen beobachten können.

Online-Durchsuchung: Demnach muss der Bundes-Trojaner stets angeben, in welchen Ordnern er gerade durchwühlt und so lange warten, bis der Computerinhaber den Ordner geöffnet hat. Sonst ist das Anwesenheitsrecht des Durchsuchten

Makulatur. Dass bei dieser Vorgehensweise die Durchsuchung etwas dauern kann, muss von beiden Seiten hingenommen werden.

8. Durchsicht von privaten Unterlagen und Geschäftspapieren

Hausdurchsuchung: Nur Richter und Staatsanwalt dürfen solche Papiere durchsuchen. Polizeibeamte müssen Papiere in Gegenwart des Inhabers versiegeln (um festzustellen, ob es private Unterlagen sind oder nicht, überfliegen die Beamten die Unterlagen mehr oder weniger intensiv). Der Inhaber darf bei der späteren Entsiegelung beim Staatsanwalt zugegen sein.

Online-Durchsuchung: Da Staatsanwälte und Richter bei einer Online-Durchsuchung enorm wirkungslos wären, darf der Bundes-Trojaner private Unterlagen und Geschäftspapiere nicht einsehen, sondern mit einer elektrischen Signatur versehen. Besonders ist darauf zu achten, dass der Bundes-Trojaner bei privaten Dateien (Liebesbriefe etc.) möglichst keine Texterkennung vollzieht sondern nur ein Snapshot macht. Der Computerinhaber darf bei der späteren Entsiegelung beim Staatsanwalt zugegen sein.

9. Aussagen

Hausdurchsuchung: Der von einer Durchsuchung Betroffene kann (und sollte) jegliche Aussage verweigern.

Online-Durchsuchung: Der von einer Durchsuchung Betroffene kann (und sollte) jegliche Benutzung der Tastatur verweigern.

10. Mithilfe

Hausdurchsuchung: Die von der Durchsuchung betroffenen sind nicht verpflichtet, bei der Durchsuchung Mithilfe zu leisten. Eine Behinderung der Durchsuchung kann jedoch ggf. als "Widerstand" gegen Vollstreckungsbeamte ausgelegt werden.

Online-Durchsuchung: Der Computerinhaber muss dem Bundes-Trojaner keine Hilfe leisten. Verschlüsselte Daten können jedoch als eine Behinderung der Durchsuchung angesehen werden, was als "Widerstand" gegen Vollstreckungstrojaner zu bewerten ist und üble Konsequenzen mit sich bringt. In solchen Fällen sollten die Passwörter zur Entschlüsselung in einer separat angelegten Datei in demselben Ordner bereitgehalten werden.

11. Quittung

Hausdurchsuchung: Die Durchsucher sind verpflichtet, ein genaues Verzeichnis der beschlagnahmten Gegenstände anzufertigen, mit Unterschrift zu versehen und dem Betroffenen als Quittung auszuhändigen. Der Betroffene dagegen ist nicht verpflichtet, von der Polizei vorgelegte Papiere etc. zu unterschreiben.

Online-Durchsuchung: Die Bundes-Trojaner sind verpflichtet, ein genaues Verzeichnis der verschobenen Dateien anzufertigen, mit einer elektronischen Unterschrift zu versehen und dem Betroffenen Druckfertig auf dem Desktop zu hinterlassen. Der Computerinhaber dagegen ist nicht verpflichtet, von dem Bundes-Trojaner vorgelegte Dateien etc. mit einer elektronischen Signatur zu versehen.

Fazit:

Ich denke, es leuchtet ein, weshalb der [Bundesgerichtshof](#) die Online-Durchsuchung nicht unter § 102 StPO (Hausdurchsuchung) subsumieren konnte, zumal die bisherigen Online-Durchsuchungen ja geheim durchgeführt wurden. Der Durchsuchte hatte also nicht einmal den Hauch einer Chance, seine Rechte, die er bei einer normalen Hausdurchsuchung gehabt hätte, einzufordern.

AUSDRÜCKLICHE EINWILLIGUNG ZUR VERARBEITUNG PERSONENBEZOGENEN DATEN ZUR RASSISCHEN UND ETHNISCHEN HERKUNFT

6. FEB, 2007 17 KOMMENTARE

Ein Behördenformular hat in der Hauptstadt politischen Wirbel ausgelöst: Wer sich in Berlin einbürgern lassen will, soll der Verarbeitung von Daten "zur rassischen und ethnischen Herkunft" zustimmen. Der genaue [Wortlaut](#): "Ich erteile ferner ausdrücklich meine Einwilligung gem. § 6a Abs. 2 BlnDSG zur Verarbeitung der für mein Einbürgerungsverfahren erforderlichen personenbezogenen Daten besonderer Kategorien, hier zur rassischen und ethnischen Herkunft." [Weiterlesen »](#)

TÜRKEN BELAUSCHT

6. FEB, 2007 KEIN KOMMENTAR

Mit freundlicher Genehmigung der Belauscht-Redaktion möchte ich im folgenden fünf Beispiele aus www.belauscht.de präsentieren, die mir besonders gefallen haben: [Weiterlesen »](#)

GEWERKSCHAFT DER POLIZEI: ISLAM-KONVERTITEN EXTREMER

6. FEB, 2007 29 KOMMENTARE

Nachdem Innenminister Schäuble in einem Interview mit der Tageszeitung "[Die Welt](#)" in Islam-Konvertiten etwas "bedrohliches" ausgemacht hatte, legt heute der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP) nach und erklärt die Gründe. (Quelle: [Focus](#)) [Weiterlesen »](#)

SCHÄUBLE: ISLAM KONVERTITEN HABEN ETWAS BEDROHLICHES

5. FEB, 2007 15 KOMMENTARE

In einem Interview mit der Tageszeitung die "[Die Welt](#)" erklärt Herr Schäuble:

Auch hat die wachsende Zahl von Menschen, die ... zum Islam konvertieren, durchaus etwas Bedrohliches. Ich sage natürlich nicht, dass jeder Konvertit ein potenzieller Terrorist ist. Aber man muss sehen, es wächst bei uns das Phänomen des home-grown terrorism, des Terrorismus, der gewissermaßen auf unserem eigenen Mist gewachsen ist. [Weiterlesen »](#)

NICHT ERLAUBT? KEIN PROBLEM!

5. FEB, 2007 KEIN KOMMENTAR

Heute hat der [Bundesgerichtshof \(StB 18/06\)](#) die heimliche Durchsuchung von Computer-Dateien von Beschuldigten als unzulässig verworfen. Ein solcher Eingriff sei durch die Strafprozessordnung nicht gedeckt. [Weiterlesen »](#)

SCHÄUBLE: "SUCHEN SIE SICH EHEPARTNER IN DEUTSCHLAND"

4. FEB, 2007 15 KOMMENTARE

Nach Angaben der türkischen Tageszeitung Milliyet soll Bundesinnenminister Schäuble an einer Veranstaltung der Union Europäisch-Türkischer Demokraten (UETD) in Köln die Türken in Deutschland aufgefordert haben, sich ihre Ehepartner in Deutschland auszusuchen, statt Partner aus der Türkei zu improtieren. [Weiterlesen »](#)

ARD- UND ZDF-PROGRAMM "STÄRKT ISLAM-ANGST"

3. FEB, 2007 51 KOMMENTARE

Das Ergebnis der Erfurter Studie über die Islamberichterstattung bei ARD und ZDF, in der die Forscher 37 Talk- und Magazinsendungen unter die Lupe nahmen, überrascht mich nicht. Schön an dieser Meldung ist nur die Erkenntnis. Hier die Einzelheiten: [Weiterlesen »](#)

EIN MUSLIM AUF DEM MOND?

1. FEB, 2007 1 KOMMENTAR

Eine Geschichte über ein Muslim (Neil Armstrong) auf dem Mond von Kadir Yücel: [Weiterlesen »](#)

§ 301 TÜRK. STGB VS. § 90A STGB

1. FEB, 2007 28 KOMMENTARE

Seit der Ermordung des türkisch-armenischen Journalisten Hrant Dink und der anschließenden Absage der Deutschlandreise des türkischen Literaturnobelpreisträger Orhan Pamuk, steht § 301 des türkischen Strafgesetzbuches, der die Beleidigung des Türkentums unter Strafe stellt, erneut im Rampenlicht der Öffentlichkeit. Vehement wird die Abschaffung des § 301 türk. StGB gefordert.

Im ersten Absatz des § 301 türk. StGB ist bestimmt, dass die Herabsetzung des Türkentums, der Republik oder der Großen Nationalversammlung mit einer Haftstrafe von sechs Monaten bis zu drei Jahren bestraft wird. Im Absatz vier derselben Vorschrift ist ausgeführt, dass kritische Meinungsäußerungen nicht unter Strafe gestellt sind.

Im Vergleich dazu schauen wir uns [§ 90a StGB](#) an:

Wer öffentlich, in einer Versammlung oder durch Verbreiten von Schriften (§ 11 Abs. 3) die Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder oder ihre verfassungsmäßige Ordnung *beschimpft* oder böswillig *verächtlich* macht ...

Schauen wir uns zunächst einmal den Begriff "beschimpft" näher an:

Beschimpfen ist eine durch Form oder Inhalt besonders verletzend Äußerung der Missachtung, namentlich durch den Vorwurf eines besonders schimpflichen oder verachtungswürdigen Verhaltens oder Zustands. Die Beschimpfung muss die Bundesrepublik gerade in ihrer verfassungsgemäßen Ordnung treffen, sie muss also politisch gerichtet sein. Eine Beschimpfung wurde z.B. angenommen

- bei der Gleichsetzung der Bundesrepublik mit dem NS-Staat (Bay 8.9.1988, RReg. 5 St 96/88, in Bay 88, 139);
- bei der Behauptung, der deutsche Staat haben 19 politische Gegner ermordet (Bay NStZ-RR 96, 135);
- bei Herabwürdigung der verfassungsmäßigen Ordnung der BRep im Gesamten (BGH 7, 111)

(Quelle: StGB Kommentar, Tröndle Fischer, § 90a StGB, Rn. 4)

Nun schauen wir uns den Begriff "verächtlich" an:

Verächtlichmachung bedeutet, dass der Staat oder die verfassungsmäßige Ordnung durch Werturteil oder Tatsachenbehauptung als der Achtung der Bürger unwert oder unwürdig hingestellt wird

- Vergleich der BRep. mit einer "frischgestrichenen Coca-Cola-Bude" (BGH 3, 346)
- Bezeichnung eines Landes als "Unrechtsstaat" (BGH 7, 111)
- Bezeichnung der BRep. als "Bimbess-Republik" und "käuflicher Saustall" (NStZ 03, 145)

- Bezeichnung der Bundestagswahl als "Betrugsmanöver" (NJW, 76, 2177)
- "Staat der Verbrecher und Vaterlandsverräter" (3 StR 229/77)
- Bezeichnung des Berliner Abgeordnetenhauses als "Allerheiligstes des bürgerlichen Volksbetruges" (KG JR 80, 290)

(Quelle: StGB Kommentar, Tröndle Fischer, § 90a StGB, Rn. 5)

An dieser Stelle möchte ich mein Augenmerk insbesondere auf die Beschimpfung durch Gleichsetzung der Bundesrepublik mit dem NS-Staat legen. Schauen wir uns die Vorwürfe gegen Hrant Dink und viele andere Journalisten, Politiker oder Schriftsteller in der Türkei an, von denen die allerwenigsten verurteilt wurden, so drängen sich parallelen auf.

Hrant Dink wurde insbesondere angeklagt - ohne die Anklage rechtfertigen zu wollen - weil er die Vertreibung der Armenier durch die Osmanen (1914, 1915) als Völkermord - also als Genozid - bezeichnet und dies verbreitet hat. Ein Vergleich der Bundesrepublik Deutschland mit dem NS-Staat und der Vorwurf an die Türkei, sie habe einen Völkermord begangen, sind sicherlich nicht Eins-zu-Eins identisch, doch vergleichbar. Genau so wie die

Beschimpfung, die Bundesrepublik Deutschland sei einem NS-Staat vergleichbar, für uns abstrus ist, ist die Behauptung (jedenfalls in der Türkei) abstrus, die Türkei habe Völkermord an den Armeniern begangen.

Ein Unterschied ist der, dass durch den § 90a StGB die "Beschimpfung & Verächtlichmachung", durch den § 301 türk. StGB die "Herabsetzung" und darunter auch die "Beleidigung" unter Strafe gestellt ist. In den Medien wird jedoch der Eindruck erweckt, als sei § 301 türk. StGB ein Monstrum, ein böser Scherz. Diese Art der Berichterstattungen als auch die Forderungen nach Abschaffung verkennen nicht nur die eigentlichen Probleme, lenken auch noch ab.

Diese Ausführungen sollen - darauf lege ich Wert - weder als eine Rechtfertigung noch als eine Relativierung für die Verurteilung Dinks und anderer Fälle, geschweige denn für Morde aufgefasst werden. Mir geht es darum zu verdeutlichen, dass Strafvorschriften wie § 301 türk. StGB in vielen europäischen Ländern existieren und mehr oder weniger den Zweck erfüllen und richtig gehandhabt relativ harmlos sind.

Insofern kommt es darauf an, was man mit einer unbestimmten Vorschrift macht. Die

Abschaffung des § 301 türk. StGB würde lediglich eine von vielen Strafvorschriften beseitigen, Täter dagegen nicht.

JAN

2007

US-GERICHT VERURTEILT STUDENTEN WEGEN "TOTALER BLÖDHEIT"

30. JAN, 2007 KEIN KOMMENTAR

Ein 21-jähriger Student aus Miami schaffte es im August vergangenen Jahres nicht mehr ganz rechtzeitig zum Flughafen. Um trotzdem noch an Bord seiner Maschine zu kommen, ließ er sich etwas einfallen - nämlich eine Bombendrohung. Ein US-Gericht würdigte die Aktion mit einem Urteil wegen "totaler Blödheit". (Quelle: [RP](#)) [Weiterlesen »](#)

TÜRKISCHES WINDOWS XP HINTERGRUNDBILD

28. JAN, 2007 KEIN KOMMENTAR

So oder so ähnlich hätte der XP Wallpaper wohl ausgesehen, hätten Türken Windows erfunden.

Und jetzt skandieren die Fans wieder: Türkiye, Türkiye, was so viel heißt wie Türkei, Türkei. *Heribert Faßbender* [Weiterlesen »](#)

HERIBERT PRANTL IN DER SZ ÜBER DEUTSCHE AUSLÄNDERPOLITIK

27. JAN, 2007 22 KOMMENTARE

[Heribert Prantl schreibt in der Süddeutschen Zeitung](#) über den Fall Kurnaz, Herr Steinmeier und über Ausländerpolitik, als wollte er die Gedanken vieler Türken in Deutschland wiedergeben. [Weiterlesen »](#)

HASSPREDIGER WAR V-MANN

26. JAN, 2007 1 KOMMENTAR

VGH Bayern hat den Verbot des Bayerischen Innenministeriums vom Dezember 2005 über ein ausländisches Verein bestätigt. Das Gericht war zu dem Ergebnis gelangt, dass sich die Tätigkeit des Vereins gegen die verfassungsmäßige Ordnung, wie sie im Grundgesetz festgelegt sei, sowie gegen den Gedanken der Völkerverständigung richte. Als Beleg wurden dabei vor allem radikale Predigten, die man in dem Verein gehört habe, angeführt. Was man bisher nicht wusste: Der Prediger war nach [Informationen der Suttgarter Zeitung](#) V-Mann des Landesamtes für Verfassungsschutz in Baden-Württemberg. [Weiterlesen »](#)

KÄMPFT SELBST FÜR EURE INTEGRATION! ES GEHT!

25. JAN, 2007 14 KOMMENTARE

Auf Empfehlung von [Jörg Lau](#) habe ich [gestern](#) auf einen zweisprachigen Artikel in der Zeit von Birand Bingül, aufmerksam gemacht. [Die Zeitung](#) ist heute erschienen: *“Deutschtürken, kämpft selbst für eure Integration!”*. [Weiterlesen »](#)

DEUTSCHTÜRKEN, KÄMPFT SELBST FÜR EURE INTEGRATION!

24. JAN, 2007 1 KOMMENTAR

[Jörg Lau](#) macht uns in seinem Blog auf die Printausgabe der “Die Zeit” vom morgigen Donnerstag aufmerksam, in der ein Aufruf an Deutschtürken von Birand Bingül auf Deutsch und Türkisch erscheinen soll. [Weiterlesen »](#)

BGH: STÄRKUNG DER ANLEGERRECHTE - SCHADENERSATZANSPRÜCHE AUS ÜBERLEITUNGSFÄLLEN SIND NICHT VERJÄHRT

24. JAN, 2007 KEIN KOMMENTAR

Der Bundesgerichtshof hat heute die Rechte von Kapitalanlegern dramatisch gestärkt. Nach den Feststellungen des für das Bank- und Börsenrecht zuständigen XI. Zivilsenats sind die Schadensersatzansprüche geschädigter Kapitalanleger, die vor dem 01.01.2002 entstanden sind (sog. Überleitungsfälle), in den meisten Fällen nicht verjährt. Denn in diesen Fällen kommt es für den Beginn der Verjährung entscheidend auf die Kenntnis des Anlegers vom Schaden und vom Schädiger an, § 199 Abs. 1 Nr. 2 BGB. [Weiterlesen »](#)

DRUCKER-HERSTELLER MÜSSEN KEINE URHEBERRECHTSGEBÜHR AN DIE VERWERTUNGSGESELLSCHAFT WORT ZAHLEN

24. JAN, 2007 1 KOMMENTAR

Die [“Verwertungsgesellschaft Wort”](#) hatte von den Herstellern rückwirkend ab 2001 eine Abgabe für jedes verkaufte Gerät verlangt, weil mit Druckern geschützte Werke vervielfältigt werden könnten. (OLG Düsseldorf, Az: 20 U 38/06) [Weiterlesen »](#)

NIEDERLÄNDISCHER AUSSENMINISTER: MANGELNDES “TOLERANZGEN” BEI MUSLIMEN

24. JAN, 2007 5 KOMMENTARE

In einem Interview mit der brasilianischen Zeitung “Correio Braziliense” behauptet der niederländische Minister Bernard Bot, Muslime in den Niederlanden würden aufgrund ihrer Gene weniger tolerant sein als Niederländer. Hingegen preiste er sein eigenes Volk hoch: „Wir waren schon immer ein sehr tolerantes Land und sind es auch weiterhin. Das liegt an unseren Genen.“ [Weiterlesen »](#)

BERLIN DEBATTIERT ÜBER GEWALTEXZESSE VON TÜRKISCHEN UND ARABISCHEN JUGENDLICHEN

24. JAN, 2007 31 KOMMENTARE

Am Freitagabend, auf einer Schulparty in Berlin-Lichtenrade, gingen rund ein Dutzend Jugendliche auf einen Polizisten los. Sie prügeln mit einer Eisenstange auf den 42 Jahre alten Beamten ein, als er blutüberströmt am Boden lag. Die Schüler sind sich sicher: Die Meute wollte töten.

Eylem, Eren, Ahmet, Yahya – alle zwischen 14 und 17 Jahren alt – sollen die Jugendlichen laut [Tagesspiegel](#) heißen. Die Angreifer, arabischer und türkischer Herkunft, haben alle einen deutschen Pass. ([Tagesspiegel](#) zum detaillierten Verlauf) [Weiterlesen »](#)

UNWORT DES JAHRES 2006: “FREIWILLIGE AUSREISE”

23. JAN, 2007 3 KOMMENTARE

Freiwillige Ausreise» ist das «Unwort des Jahres 2006». Der Begriff werde in Zusammenhang mit der Behandlung von abgelehnten Asylbewerbern benutzt. «Freiwillige Ausreise» beziehe sich darauf, dass viele abgelehnte Asylbewerber vor einer Abschiebung unter Zwang «freiwillig» in ihre Heimat zurückkehren würden. Tatsächlich hätten sie aber keine andere Wahl. (Quelle: [Wikipedia](#)) [Weiterlesen »](#)

ELTERNVERTRAG

22. JAN, 2007 24 KOMMENTARE

Immer mehr Schulen schließen mit Eltern bei Anmeldung ihrer Kinder in eine weitergehende Schule sog. Schul- bzw. Elternverträge ab. Darin werden Eltern über Klassenfahrten, Schwimm- und Sportunterricht sowie Sexualkunde

unterrichtet. Wer den Schulvertrag unterschreibt, erklärt sich mit der Teilnahme des Kindes einverstanden. [Weiterlesen »](#)

BUNDESREGIERUNG VERHINDERTE RÜCKKEHR VON MURAT KURNAZ

22. JAN, 2007 KEIN KOMMENTAR

Nach Berichten der Süddeutschen Zeitung hat die frühere Bundesregierung unter Gerhard Schröder versucht, die Rückkehr des im Jahr 2001 bei einer Reise in Pakistan von US-Behörden ins US-Gefangenenlager Guantanamo auf Kuba verschleppten Murat Kurnaz nach Deutschland zu verhindern. Wie aus internen Unterlagen der ehemaligen Regierung hervorgehe, sollte das Bundesamt für Verfassungsschutz versuchen, Kurnaz' türkischen Pass von US-Behörden zu bekommen, um seine Aufenthaltsgenehmigung zu entziehen. So würde seine Heimkehr nach Deutschland unmöglich gemacht. [Weiterlesen »](#)

NACH MORD AN DINK ZWEIFEL AN EU-REIFE DER TÜRKEI

22. JAN, 2007 KEIN KOMMENTAR

Die Türkei trage eine Mitverantwortung an dem jüngsten [Journalisten-Mord](#), sagt Erika Steinbach. Als Ursache sieht die CDU-Menschenrechtspolitikerin Defizite in der Rechtsprechung (Quelle: [Netzeitung](#)). [Weiterlesen »](#)

FORDERUNGEN NACH VERSCHÄRFUNG DER EINBÜRGERUNGSVERFAHREN

21. JAN, 2007 1 KOMMENTAR

[Spiegel Online](#) berichtet über den geplanten US-Militärverfahren gegen Terrorverdächtige. Demnach sollen Richter selbst entscheiden, ob sie erzwungene, als geheim eingestufte und über *Hörensagen* gewonnene Informationen als Beweis zulassen. Laut [Frankfurter Rundschau](#) fordern SPD und Grüne neue Verfahren bei der Einbürgerung von Ausländern, um Extremisten auszuschließen als Reaktion auf die [Entscheidung des hessischen Verwaltungsgerichtshofs](#), wonach vier [IGMG](#) Mitglieder die deutsche Staatsbürgerschaft behalten dürfen. Auf den ersten Blick haben diese Meldungen nicht viel gemeinsam. Doch beleuchten wir etwas die Hintergründe, drängen sich Parallelen auf. [Weiterlesen »](#)

DIE ERMORDUNG VON HRANT DINK UND § 301 DES TÜRKISCHEN STRAFGESETZBUCHES

20. JAN, 2007 3 KOMMENTARE

Erneut ist § 301 des türkischen Strafgesetzbuches, der die Beleidigung des Türkentums unter Strafe stellt, im Rampenlicht der Öffentlichkeit. Hrant Dink, ein türkisch-armenischer Journalist war am Freitag auf offener Straße ermordet worden. Wie andere Schriftsteller und Journalisten war auch er wegen Beleidigung des Türkentums angeklagt und auf Bewährung verurteilt worden. Nun überschlagen sich sämtliche Zeitungen mit Forderungen, den [Paragrafen 301](#) abzuschaffen. [Weiterlesen »](#)

EGAL WER KOMMT, ER WIRD EIN GROSSES "C" VOR DEM "SU" TRAGEN

20. JAN, 2007 7 KOMMENTARE

Als ich heute Morgen in den türkischen Tageszeitungen blätterte, musste ich über eine Meldung der [Milliyet](#) auf der [Titelseite](#) schmunzeln: "Türkei-Freund bringt Türkei-Feind zu Fall". Gemeint waren Gabriele Pauli

und Edmund Stoiber in exakt dieser Reihenfolge. In einem Interview mit der [Milliyet](#) hätte Frau Pauli über die schöne Türkei als ihr Urlaubsziel gesprochen. [Weiterlesen »](#)

E-MAIL-ABONNEMENT FÜR KOMMENTARE

19. JAN, 2007 KEIN KOMMENTAR

Soeben habe ich [JurBlog.de](#) um eine sinnvolle Funktion erweitert: [Subscribe to Comments 2.0](#). Sie haben von nun an die Möglichkeit, Kommentare für einzelne Beiträge zu abonnieren. Sobald ein neuer Kommentar für den von Ihnen abonnierten Beitrag eingegangen ist, werden Sie per E-Mail benachrichtigt. [Weiterlesen »](#)

AUSLÄNDISCHE KINDER IN NRW HÄUFIG VON ARMUT BEDROHT

18. JAN, 2007 18 KOMMENTARE

Durchschnittlich bezogen im Jahr 2006 in den untersuchten kreisfreien Städten des Landes NRW 23 Prozent der unter 15-Jährigen Sozialgeld; bei den Ausländern lag das Mittel bei 38 Prozent. Die [Bertelsmann Stiftung](#) stellt erstmals Daten zur Integration von Zuwanderern für jede einzelne

Kommune des Landes online zur Verfügung. [Weiterlesen »](#)

WIDERSPRÜCHLICHE VERWENDUNGSHINWEISE DER ONLINE RECHTSPRECHUNGSDATENBANK BW

18. JAN, 2007 4 KOMMENTARE

Über [InsoBlog](#) kam ich auf die [online Datenbank](#) der Justiz in Baden Württemberg und wurde, was das Vorurteil anbetrifft, die Schwaben seien geizig, eines besseren belehrt: [Weiterlesen »](#)

VG HESSEN: RÜCKNAHME VON EINBÜRGERUNGEN NICHT RECHTMÄSSIG

18. JAN, 2007 1 KOMMENTAR

Die vier Kläger sind in den Jahren 2002 und 2003 jeweils gemeinsam mit weiteren Familienmitgliedern von dem Regierungspräsidium Gießen in den deutschen Staatsverband eingebürgert worden. Zuvor hatten sie sich in einer sog. Loyalitätserklärung zu der verfassungsmäßigen Ordnung der BRD bekannt. [Weiterlesen »](#)

JURBLOG.DE IN HÜRRIYET

15. JAN, 2007 2 KOMMENTARE

Die türkische Tageszeitung [Hürriyet](#) berichtet über die Zitierung des JurBlog's vom Bundesverfassungsgericht (Beschluss vom 08.12.2006 ([2 BvR 1339/06](#))). Das Bundesverfassungsgericht hatte aus einem meiner Aufsätze über das Problem der [doppelten Staatsüberschneidung der türkischstämmigen Bevölkerung](#) erstmalig aus einem Blog zitiert und juristische Blogs offiziell als "Literatur" anerkannt.

Ekrem Senol - Köln, 15.01.2007

ISLAM BEGREIFT ZWANGSVERHEIRATUNG ALS SCHWERE FORM DER MENSCHENRECHTSVERLETZUNG

11. JAN, 2007 22 KOMMENTARE

Die [Islamische Religionsgemeinschaft Hessen \(IRH\)](#) hat zur schriftlichen Anhörung im Hessischen Landtag eine ausführliche Stellungnahme zum Thema der Zwangsehen aus islamischer Sicht abgegeben. In Folgenden eine Kurzdarstellung

(zusammengefasst von Eva El-Shabbassy) der IRH-Stellungnahme: [Weiterlesen »](#)

ZWANGSEHEN AUCH IN DER DEUTSCHEN GESELLSCHAFT

10. JAN, 2007 14 KOMMENTARE

Auf [Migrationsrecht.net](#) stieß ich soeben auf interessante Ausführungen Faruk Sen's ([Zentrum für Türkeistudien](#)), wonach im Jahre 2005 64.000 deutsche Männer im Rentenalter sich mit 20jährigen thailändischen Frauen haben trauen lassen.

Die Fixierung der Medien auf Zwangsehen und so genannte Ehrenmorde, sei eine Kampagne, um die Erfolge türkischstämmiger Frauen in Europa zu mindern. Denn die Befunde zeigten, dass türkische Frauen besser Deutsch könnten als ihre Männer, und dass 41 Prozent aller türkischen Studenten in Deutschland Frauen seien.

Den Wahrheitsgehalt dieser Zahlen, konnte ich auf Anhieb nicht überprüfen. Zumindest konnte ich in der polizeilichen Kriminalstatistik des Bundes für das Jahr 2005 keinen einzigen Hinweis über Zwangsehen dieser Art finden. Im [Migrationsreport 2005](#) fand ich allerdings einige Zahlen. Diese bestätigen oder

widerlegen die von Sen aufgestellte Behauptung nicht, stimmen aber nachdenklich.

So sind im Jahre 2004 aus der Türkei 2.217 Frauen zu deutschen (wohl mehrheitlich zu türkischstämmigen Deutschen) und 5.741 Ehefrauen zu ihren ausländischen Ehemännern nach Deutschland gezogen. Im selben Jahr waren allein aus Thailand 2.825 Frauen zu ihren deutschen Ehemännern nach Deutschland gezogen und lediglich 48 zu ihren ausländischen Ehemännern. Der Frauenanteil unter den thailändischen Ausländern beträgt laut dem Bericht 85,6 % (7.010 Männer und 41.779 Frauen). Bei Türken stehen 943.644 Männern 820.674 Frauen gegenüber. Prozentual gesehen holten 2004 ca 0,7 % der türkischen und 0,68 % der thailändischen Männer ihre Ehefrauen aus der Heimat nach Deutschland.

Gestoßen bin ich des weiteren auf viele Internetseiten - auf die ich nicht verlinken möchte - in denen Partnervermittlungsdienste (mit asiatischen und osteuropäischen Frauen) für Männer aus Deutschland angeboten werden. Dazu interessant ist folgendes:

Wenn bis dato auf dem Heiratsmarkt besonders Asiatinnen u.a. wegen ihrer

Anschmiegsamkeit und Unterwürfigkeit gegenüber den deutschen Frauen angepriesen wurden, greift nun ein neuer Rassismus um sich.

Osteuropäerinnen sind von deutschen Frauen äußerlich nicht so gut oder gar nicht zu unterscheiden, dies wird von Vermittlungsunternehmen besonders angepriesen. Von der äußeren Erscheinung her ist ein russisches Mädchen von einer deutschen Frau nicht zu unterscheiden. Sie werden mit einer russischen Partnerin in ihrer Umgebung in keiner Weise auffallen, ganz anders, als wenn Sie eine Frau aus Thailand oder den Philippinen an Ihrer Seite haben. Zudem sind die Anreisekosten niedriger, einer Besichtigung vor Ort steht wenig im Wege und neue Visa können leichter beschafft werden.

Die Zunahme der Ermittlungsverfahren wegen Menschenhandels seit Öffnung der osteuropäischen Grenzen soll aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Frauenhandel in Deutschland schon lange blüht und behördlicherseits herzlich wenig dagegen unternommen wird. (Quelle: jungedemokratinnen.de)

Hmm. Ich denke gerade über die Zwangsheiratdebatten bei Türken der vergangenen Monate und an die geplanten

Gesetzesänderungen zur Verschärfung des Aufenthaltsgesetzes nach und behalte meine Meinung ausnahmsweise mal für mich.

AUSLÄNDER MIT OFFIZIELL WIRKENDEN AUSREISEAUFFORDERUNGEN GETÄUSCHT

10. JAN, 2007 [KEIN KOMMENTAR](#)

Einen üblen Scherz haben sich Unbekannte in Siegen erlaubt. Mit offiziell wirkenden Ausreiseaufforderungen wurden mehrere Ausländern in Angst und Schrecken versetzt. Familien verschiedener Nationalitäten hätten seit dem Wochenende "Briefe mit volksverhetzendem Inhalt" bekommen.

[Weiterlesen »](#)

VERFASSUNGSBESCHWERDE GEGEN VERLUST DER DEUTSCHEN STAATSANGEHÖRIGKEIT NACH § 25 STAG OHNE ERFOLG

10. JAN, 2007 [2 KOMMENTARE](#)

Der Beschwerdeführer wurde im März 1999 in den deutschen Staatsverband eingebürgert. Seine türkische Staatsangehörigkeit hatte er im Zusammenhang damit aufgegeben. Auf seinen Antrag vom Juni 1999 erwarb er im Februar 2001 erneut die türkische Staatsangehörigkeit. Daraufhin zog die Stadt Frankfurt am Main die deutschen Ausweispapiere des Beschwerdeführers ein. Hiergegen erhob der Beschwerdeführer Klage vor den Verwaltungsgerichten. Nach seiner Auffassung müssen Personen, die wie er den Antrag auf Erwerb einer anderen Staatsangehörigkeit noch zur Zeit der Geltung der Inlandsklausel gestellt haben, aber erst nach dem 1. Januar 2000 in dem anderen Staat eingebürgert worden sind, von der Anwendung des § 25 StAG ausgenommen werden. Seine Klage blieb ohne Erfolg. Die hiergegen gerichtete Verfassungsbeschwerde wurde von der 2. Kammer des Zweiten Senats des Bundesverfassungsgerichts nicht zur Entscheidung angenommen ([BVerfG, 2 BvR 1339/06 vom 8.12.2006](#)). [Weiterlesen »](#)

DAS BUNDESVERFASSUNGS- GERICHT ZITIERT JURBLOG.DE

10. JAN, 2007 12 KOMMENTARE

Eher zufällig habe ich heute erfahren, dass das Bundesverfassungsgericht in seinem Beschluss vom 08.12.2006 ([2 BvR 1339/06](#)) meinen Aufsatz über das Problem der [doppelten Staatsbürgerschaft der türkischstämmigen Bevölkerung](#) vom 26.05.2005 aus dem JurBlog.de zitiert hat.

Obwohl die Entscheidung anders hätte ausfallen können, gibt es neben der Tatsache, dass ich vom Bundesverfassungsgericht zitiert wurde, noch einen weiteren erfreulichen Aspekt:

... Diese Auslegung entspricht der einhelligen fachgerichtlichen Rechtsprechung (vgl. ... Entscheidungen: BayVGH, etc., etc.) und wird auch in der *Literatur* - zum Teil vorbehaltlich verfassungsrechtlicher Bewertung - ganz überwiegend vertreten (vgl. Marx, in: GK-StAR, Stand: Juni 2006, § 25 StAG Rn. 58.1 ff.; Uslucan, ZAR 2005, S. 115 f.; Silagi, StAZ 2006, S. 134 <136>; Renner, [www.migrationsrecht.net/gesetzgebung-auslaenderrecht/doppelte-staatsbuergerschaft-tuerken-deutscher-](#)

[pass-ade.html](#); Senol, Doppelte Staatsbürgerschaft der türkischstämmigen Bevölkerung in Deutschland, [www.jurblog.de/2005/05/26](#); wohl auch Engst, ZAR 2005, S. 227 <231>; a.A. mit verfassungsrechtlichen Gründen Odendahl, IPRax 2005, S. 320 <325>). ...

... (die Einbürgerung, die durch Beschluss des Ministerrats erfolgt, wird den Betroffenen nicht oder jedenfalls nicht regelmäßig individuell bekannt gegeben; vgl. BTDrucks 16/139, S. 4; Marx, GK-StAR, Stand: Juni 2006, § 25 StAG Rn. 58.4; Senol, Doppelte Staatsbürgerschaft der türkischstämmigen Bevölkerung in Deutschland, [www.jurblog.de/2005/05/26](#), Nr. 5a; Odendahl, IPRax 2005, S. 320 <325>)

...

Damit erhebt das Bundesverfassungsgericht juristische Blogs offiziell zur "Literatur".

Der Dank für den ersten Hinweis geht an: [LAWgical](#) und alle anderen auch, die sich mitfreuen.

WIDERRUFSBELEHRUNG BEI HAUSTÜRGESCHÄFTEN IST OHNE HINWEIS ÜBER DIE ZURÜCKGEWÄHRUNGSPFLICH T UNWIRKSAM

9. JAN, 2007 1 KOMMENTAR

Weist die Belehrung nicht auf die Rechtsfolgen des § 357 Abs. 1 und 3 BGB hin, entfaltet sie auch dann keine Wirkung, wenn die gegenseitigen Leistungen erst nach Ablauf der Widerrufsfrist erbracht werden. [Weiterlesen »](#)

DEUTSCHER BLOGGER VON CHINESISCHEN PRODUZENTEN VERKLAGT

9. JAN, 2007 KEIN KOMMENTAR

Der Brief kommt aus China. Gerichtet ist er an einen Blogger. Die Klageschrift fordert, ein rechtlicher Vertreter der Blogger möge am 17. Juli, pünktlich um 9 Uhr am Morgen, vor Gericht erscheinen. Aber nicht in Berlin-Mitte – sondern vor dem „Gericht mittlerer Ebene der Stadt Yancheng in der Provinz Jiangsu“. [Weiterlesen »](#)

TV-TIPP: DEUTSCHLAND FÜR ANFÄNGER - DIE WELT-KLASSE

9. JAN, 2007 KEIN KOMMENTAR

Der SWR-Autor Jean Boué hat einen Integrationskurs der Frankfurter Lehrerkooperative über Monate hinweg begleitet. Sein Film "Die Welt-Klasse" erzählt unterhaltsam und bewegend von den Mühen, im Deutschen und in Deutschland Fuß zu fassen. [Weiterlesen »](#)

SG BERLIN: NICTHELICHER LEBENSPARTNER HAFTET ENTGEGEN HARTZ-GESETZEN NICHT FÜR FREMDES KIND

9. JAN, 2007 1 KOMMENTAR

Eine Verschärfung der Hartz-Gesetze, die am 1. August 2006 in Kraft getreten war, stand am Montag (08.01.2007) beim Berliner Sozialgericht auf dem verfassungsrechtlichen Prüfstand. Nach den verschärften Vorschriften (§ 9 Absatz 2 Sozialgesetzbuch II) hat das Kind erst dann einen Anspruch auf Sozialleistungen, wenn auch das Einkommen und Vermögen des „Stief“-Partners nicht für den Lebensunterhalt ausreicht. Nach der

früheren Rechtslage war nur auf das Geld der Eltern zurückgegriffen worden.

[Weiterlesen »](#)

WEIHNACHTSBAUM UND OPFERLAMM

9. JAN, 2007 5 KOMMENTARE

„Die schönsten Geschichten schreibt das Leben“ hat uns einer unserer Jura-Professoren in einer Vorlesung mal gesagt. Er hatte Recht! Hier der Beweis: [Weiterlesen »](#)

QUOTE FÜR AUSLÄNDISCHE LEHRER

9. JAN, 2007 1 KOMMENTAR

Die Türkische Gemeinde in Deutschland fordert eine Quotenregelung, nach der jeder zehnte Lehrer einen Migrationshintergrund mitbringen soll. (Quelle: [TAZ](#)). [Weiterlesen »](#)

RECHTSEXTREME STRAFTATEN AUF HÖCHSTSTAND

8. JAN, 2007 30 KOMMENTARE

Bis Ende November 2006 registrierte die Polizei bundesweit bereits 11.252 rechtsextremistisch motivierte Straftaten,

darunter 657 Gewalttaten. Deutschland steuert damit auf den höchsten Stand bei den rechtsextremen Delikten seit fünf Jahren zu. [Weiterlesen »](#)

TV-TIPP: WELT DER WUNDER - GEHEIMWISSEN DES ISLAM

7. JAN, 2007 107 KOMMENTARE

Das Ende der Kreuzfahrer ist der Beginn des größten Wissenschaftsdiebstahls in der Geschichte des Abendlandes. Das geheime Wissen des Islam gelangt nach Europa, wird dort verbreitet und beschleunigt den Aufstieg und den Wohlstand des Christentums. Doch konsequent werden die eigentlichen Quellen und die Herkunft wissenschaftlicher Erkenntnisse von der katholischen Kirche eliminiert. [Weiterlesen »](#)

WDR REALITY-SERIE: AUS FUSSBROICHS WIRD ÖZDAGS

7. JAN, 2007 KEIN KOMMENTAR

Mit "Die Özdags - eine wahre Familienserie" will der WDR an die preisgekrönte Erfolgsserie "Die Fussbroichs" anknüpfen. Journalistin Ute Diehl hat lange nach der perfekten Familie gesucht. Und wurde

schließlich in einer Bäckerei fündig.
[Weiterlesen »](#)

BAYVGH: SCHÄCHTERLAUBNIS FÜR MUSLIMISCHEN METZGER

7. JAN, 2007 1 KOMMENTAR

Mit Beschluss vom 29.12.2006 hat der Bayerische Verwaltungsgerichtshof (BayVGHE v. 29.12.2006, 25 CE 06.3458) der Beschwerde eines türkischen muslimischen Metzgers aus Augsburg abgeholfen und seinem Antrag stattgegeben. Der muslimische Metzger hatte zuvor einen Antrag bei der zuständigen Behörde Landratsamt Donau-Ries gestellt, um für das Opferfest Kurban Bayrami in der Zeit vom 31.12.2006 bis 02.01.2007 eine Ausnahmegenehmigung von dem allgemeinen gesetzlichen Verbot zu bekommen, Tiere ohne vorherige Betäubung zu schlachten („Schächten“).
[Weiterlesen »](#)

DIE VERWAHRLOSUNG DER RECHTSSTAATLICHKEIT

3. JAN, 2007 7 KOMMENTARE

Prof. Dr. Werner Schiffauer lehrt
Vergleichende Sozial- und

Kulturanthropologie an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder. In den vergangenen Jahren hat er sich einen Namen als Experte für den türkischen Islam, türkische Migration und Muslime in Deutschland gemacht. Schiffauer ist einer der ausgesprochensten Kritiker der gegenwärtigen Migrations- und Islampolitik. Die Islamische Zeitung sprach mit ihm:
[Weiterlesen »](#)

IMPRESSUM

Herausgeber:

Ekrem Senol

Alfred-Schütte-Allee 140

51105 Köln

Mail: senol@jurblog.de

Internet: www.jurblog.de

Alle Texte, Fotos und Illustrationen dieses Journals sind urheberrechtlich geschützt. Eine Veröffentlichung ist nur mit der ausdrücklichen Genehmigung des jeweiligen Autors erlaubt. Sie dürfen dieses Magazin gern manuell weitergeben, aber nicht automatisiert verbreiten, beispielsweise als Download auf Ihrer Website. Ebenso ist eine Aufnahme in Datenbanken und andere Verzeichnisse untersagt. Ich hoffe auf Ihr Verständnis.

Sie haben allerdings die Möglichkeit ein Link auf www.jurblog.de zu setzen. Dies ist ausdrücklich erwünscht.

Ich freue mich über Ideen, Kritik, Lob, Vorschläge und Artikelangebote an senol@jurblog.de.

Das JurBlog.de Journal ist kostenlos.